DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 33. JAHRGANG
199 | MAI/JUNI 2010 EUR 1,50

Aus dem Inhalt

WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt" · VKZ H20318

Die Faust in der Schlinge

Mit dem Recht auf Streik ist es in Deutschland nicht weit her. Nach den Lokführern und der FAU Berlin bekommen das nun die Piloten zu spüren

Wer nicht streiken darf, steht fast schon auf der Stufe eines Landsknechtes. Wo es einem unter Strafandrohung untersagt ist, die Arbeit zu verweigern, bleibt einem nur die Kündigung oder soldatischer Gehorsam am Arbeitsplatz. Natürlich ist die Situation der „freien Lohnarbeiter" in Deutschland nicht ganz so düster; die Möglichkeiten zu streiken sieht das deutsche Recht durchaus vor. Sie unterliegen aber einer strengen Reglementierung.

Und damit ist keineswegs nur die Ächtung des politischen Streiks gemeint, die in der Gewerkschaftsdebatte zuletzt mehrfach beklagt wurde. Das Problem sitzt viel tiefer. Denn selbst simple Arbeitskämpfe können in Deutschland leicht illegalisiert werden.

Der repressive Charakter des deutschen Streikrechts ist schon lange bekannt, war im Großen und Ganzen aber nur theoretisch zu ertasten. Erst in letzter Zeit zeigten sich dessen rigide Grenzen für viele spürbar auch in der Realität, seitdem sich zunehmend Kämpfe jenseits des DGB entwickeln. Der DGB selbst, mit seinen sozialpartnerschaftlichen Ritualen und seiner institutionalisierten Rolle als anerkannter und gewollter Verhandlungspartner der Arbeitgeber, kriegt das nur selten zu spüren, wie im Falle der Tendenzbetriebe. So entschied im März das Arbeitsgericht Bielefeld, dass es ArbeiterInnen der Evangelischen Kirche nicht erlaubt sei, zu streiken. Das Gericht ächtete damit nachträglich einen Ausstand ver.dis in diakonischen Einrichtungen der Region. „Gott kann man nicht bestreiken", triumphierte die Kirche und zementierte mit ihrer erfolgreichen Klage ihr Sondersystem der Arbeitsbeziehungen. Was die Kirche hierbei als „Dritten Weg" bezeichnet, sieht einen strikten Korporatismus zwischen den Interessengruppen vor. Ohne Druckmittel solle verhandelt werden, im Streitfall per Schlichtung. Eine Art Miniaturfaschismus mag manch einer das nennen.

Außerhalb der Tendenzbetriebe oder etwa des Beamtentums stoßen vor allem die kampfwilligen Gewerkschaften jenseits des DGB auf die Grenzen des Streikrechts. Aktuell trifft es die Pilotengewerkschaft Cockpit. Als diese Mitte Februar bei der Lufthansa in den Streik trat, versuchte der Konzern, eine einstweilige Verfügung gegen den Streik zu erwirken, und drohte gleichzeitig mit einer Schadensersatzklage in Millionenhöhe. Die „Einigung" vor Gericht, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, war aufgrund der Erfolgschancen relativ alternativlos für Cockpit. Auf den Punkt brachte dies die anwaltliche Vertretung der Lufthansa: In einer Pressemitteilung rühmte sich die Kanzlei Lovells, die Piloten nach nur einem Tag Streik „gestoppt" zu haben.

In den einstweiligen Verfügungen finden die Arbeitgeber ein effektives Instrument zur Aushebelung von Streiks. Zudem verbergen sich hinter solchen Manövern Juristen, die sich fast schon auf das „Union Busting" spezialisiert haben. Denn mit Lovells greift die Lufthansa auf eine Kanzlei zurück, die schon die GDL bei der Deutschen Bahn 2007 zwischenzeitlich stoppen konnte. Und diese Kanzlei fusioniert im Mai mit Hogan & Hartson zu einer der Top-Kanzleien der Welt. Hogan & Hartson wiederum vertreten das Berliner Kino Babylon Mitte im Konflikt mit der FAU Berlin, der Ende vorigen Jahres die Arbeitskampfmaßnahmen untersagt wurden.

Wurde der FAU Berlin der Arbeitskampf aufgrund angeblich fehlender Tariffähigkeit verboten, stehen die Piloten unter Druck, weil eines ihrer zentralen Anliegen nicht vom Tarifrecht gedeckt sei. Die Piloten wollen nämlich auch ausländische Konzerntöchter in den Konzerntarif integrieren, um ein Lohndumping durch billigere Piloten zu unterbinden. Eben diese Sprengung der nationalen Tarifschranken betrachten die Lufthansa und ihre Anwälte als „keine zulässigen Streikziele". Im Zuge des zweiten Streikanlaufs Mitte April musste nun Cockpit, erneut unter dem Druck massiver Schadensersatzdrohungen, die Zusage zu einem Schlichtungsverfahren machen, bei dem es nur um Vergütung und Arbeitsbedingungen geht.

Das außergewöhnliche Hauptanliegen der Piloten ist damit formal vom Tisch. Die Lufthansa könnte sich aber zu früh gefreut haben. Denn indes gab ein Cockpit-Sprecher bekannt, die Laufzeit eines möglichen Tarifergebnisses der Schlichtung – und damit die Friedenspflicht – auf wenige Wochen beschränken zu wollen. So sei man nach kurzer Zeit wieder streikfähig.

Nicht nur aufgrund dieser alten syndikalistischen Methode oder dem interessanten Versuch, den Konzerntarif zu internationalisieren, sollten die Piloten unsere Aufmerksamkeit genießen. Denn die Verteidigung des Rechts auf Streik sollte für alle GewerkschafterInnen von höchster Priorität sein, auch wenn man Kritik am Berufsegoismus der Piloten oder Lokführer haben mag. In Anbetracht der Wirkung derartiger Präzedenzfälle auf die Situation aller Lohnabhängigen gilt es, differenziert solidarisch zu sein. Die FAU sollte hier die Weitsicht zeigen, die viele Gewerkschafter im Falle des Gewerkschaftsverbots für die FAU Berlin haben missen lassen. Sonst gilt für uns alle schon bald das Streikzölibat des Kirchenkorporatismus.

Holger Marcks

Leben wie in Büchsen

Flüchtlinge in Bayern wehren sich gegen miese Lebensbedingungen

Wer als Flüchtling den Landkreis bzw. das Bundesland, in dem er wohnt, ohne Erlaubnis verlässt, macht sich strafbar. Bei Zuwiderhandlung drohen Geld- und Gefängnisstrafen. Diese rassistische Praxis der Residenzpflicht wurde trotz jahrelanger Proteste schließlich im Jahr 2007 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bestätigt. Nun bröckelt die in Europa einzigartige Residenzpflicht doch noch. Diesmal allerdings nicht ausgehend von Straßburg, sondern von Bayern.

Seit Januar 2010 kämpfen über 250 Flüchtlinge in zehn bayerischen Lagern gegen die miserablen Lebensbedingungen in den Unterkünften. Sie verweigern die Annahme der Essenspakete, mit denen sie versorgt werden. Auch im Saarland gibt es mittlerweile Proteste. Sie werden dabei von Gruppen, wie etwa der Karawane München, dem Passauer Bündnis für Flüchtlingsrechte, der Bürgerinitiative Asyl Regensburg und dem Bayerischen Flüchtlingsrat, unterstützt, die zurzeit noch eine Notversorgung durch Geldspenden aufrecht halten. „Aufgrund des finanziellen Engpasses müssen wir jedoch die Unterstützung im Laufe der nächsten Wochen herunterfahren", befürchtet ein Sprecher von der Karawane München.

Eine zentrale Forderung der Flüchtlinge ist es, die Sachleistungen durch Geld zu ersetzen, damit sie ihre Ernährung selbst bestimmen können. Um ihre Lage zu verbessern, fordern sie zudem eine Arbeitserlaubnis, freie Wohnungswahl und die Aufhebung der Residenzpflicht. Denn gemeinhin sorgt die schlechte Situation der Asylsuchenden dafür, dass sie einer „freiwilligen Rückführung" schneller zustimmen. Diese Strategie der Zermürbung wird von Flüchtlingsorganisationen seit Jahren skandalisiert. „Die Flüchtlinge wollen auf ihre miserable Situation hinweisen. Das soll natürlich die Bevölkerung und die Presse erreichen – und natürlich, das im Moment wohl wichtigste, die Parteien", erklärt der Karawane-Sprecher.

Wie öffentlichkeitswirksam der Boykott ist, hat sich jüngst gezeigt. Eine Neuregelung der bayrischen Residenzpflicht wurde von den Regierungsfraktionen der FDP und CSU bereits am 18. März beschlossen. Die Bewegungsfreiheit für Asylsuchende soll damit auf den gesamten Regierungsbezirk und die angrenzenden Landkreise benachbarter Regierungsbezirke ausgeweitet werden. Bisher durften sie sich nur in einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt bewegen.

Der Bayerische Flüchtlingsrat begrüßt diese Neuregelung, fordert aber das Innenministerium auf, weiterzugehen. Denn an der Residenzpflicht für die geduldeten Flüchtlinge – der anderen Betroffenengruppe neben den Asylsuchenden – ändert sich vorerst nichts. Der Rat fordert deshalb, dass sie sich, wie im Aufenthaltsgesetz vorgesehen, im ganzen Bundesland frei bewegen dürfen. Auch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist eine grundsätzliche Überprüfung der Residenzpflicht vereinbart worden. Die Innenminister der Länder zieren sich bislang allerdings noch, über eine entsprechende Lockerung zu entscheiden, und geben dabei, wie im Fall von Berlin/Brandenburg, vor, juristische Einwände zu befürchten.

Julia Hoffmann

Catwalk

Solidarität hoch vier

In diesen Tagen ist vielfach Solidarität gefragt. Gleich aus vier Ländern erreichten uns Solidaritätsappelle von befreundeten Organisationen. Die CNT Zaragossa in Spanien befindet sich derzeit im Konflikt mit der Zeitarbeitsfirma SmartPeople, wo sie für die Wiedereinstellung einer gekündigten Genossin kämpft. Das Unternehmen gehört der Muttergesellschaft USG People an, die über Strukturen in ganz Deutschland verfügt, die sich für Soli-Aktionen anbieten. Relevante Niederlassungen findet ihr auf: www.smartpeople.de/ueber-all-ganz-nah-fuer-sie.html. Weitere Infos: siehe www.cnt.es/node/1940

Für die Wiedereinstellung von sechs GenossInnen kämpft auch die CNT-F in Paris. Diese wurden bei einer Kinderbetreuungseinrichtung des Unternehmens „People & Baby" entlassen, nachdem die dortige Sektion der CNT einen Streik durchgeführt hatte. Weitere Infos auf www.fau.org. Dort findet sich auch eine Vorlage für Protestschreiben an das Unternehmen sowie der Link zu einem Infoblog, den die CNT eingerichtet hat.

Unterstützung benötigen auch die polnische ZSP in ihrem Konflikt mit Greenway und die von Repression betroffene Studentengewerkschaft Priama Diya in der Ukraine. Weitere Infos dazu findet ihr auf unseren Globales-Seiten.

Emmely in Revision

Am 10. Juni steht die Revision der bei Kaiser's gekündigten Kassiererin Emmely beim Bundesarbeitsgericht an, ein Präzedenzfall in Sachen Bagatell- und Verdachtskündigungen. Das Solidaritätskomitee für Emmely sammelt zur Unterstützung derzeit Unterschriften aus dem Gewerkschaftsspektrum. Weitere Infos auf: www.labournet.de/branchen/dienstleistung/eh/kaisers.html

Gedenk dich glücklich!

Am 25. Mai jährt sich der 10. Todestag von Dieter Eich, der in seiner Berliner Wohnung von Neonazis ermordet wurde, weil sie ihn als „Asozialen" verachteten. Das Feindbild des „Sozialschmarotzers" hat heute wieder Konjunktur. Umso wichtiger ist es, diesen feigen Mord in Erinnerung zu rufen. Die FAU Berlin unterstützt deshalb die Initiative der North East Antifa gegen Faschismus und Leistungsterror. Demonstration am 23. Mai 2010 in Berlin-Buch. Weitere Infos auf www.niemand-ist-vergessen.de

FAU-Ticker

Vom 1. bis 4.4. fand ein libertäres Bildungstreffen von FAU-Bildungsinitiativen in Halle statt. Es wurde über libertäre Bildungsansätze, freie Schulen, den Bildungsstreik und Gewerkschaftsperspektiven im Bildungssektor gesprochen. Verschiedene Aktivitäten sind in Planung. +++ Die FAU Halle veranstaltete am 3.4. ein Soli-Konzert für die Belgrade-Six mit „Fidl Kunterbunt“ und „Geigerzähler“. +++ FAU Darmstadt solidarisiert sich mit den FDP-Büro-BesetzerInnen und ruft zu Spenden auf: Mehr Infos: http://fauda.blogsport.de +++ Am 9.4. fand in Bonn, Düsseldorf, Hannover und Frankfurt/M. ein Aktionstag gegen Leiharbeit und Hartz IV statt. In Frankfurt nahmen 150 Menschen an einer Leiharbeit-Rallye teil. Zudem gab es Soli-Aktionen für eine Leiharbeiterin der CNT Zaragossa. +++ In NRW startete am 17. März eine sozialrevolutionäre Kampagne verschiedener Gruppen und Syndikate mit mehreren Aktionen auf der Wuppertaler Leiharbeitsmesse. +++ In Dortmund findet am 1. Mai zum ersten Mal ein Euromayday statt. Mehrere FAU-Syndikate aus der Region unterstützen ihn und beteiligen sich daran. Mehr Infos: http://euromayday.noblogs.org/

Zeit – das ist ein unglaublich spannendes und meist völlig unterschätztes Thema. Die Rede ist nicht von Zeit als physikalischer Größe, sondern von ihrer kulturellen Bedeutung. Wenn jetzt wieder die Temperaturen steigen und die Tage länger werden, freuen wir uns darüber natürlich. Aber letztlich hat sich die industrialisierte Gesellschaft schon längst von den Jahreszeiten unabhängig gemacht. Künstliches Tageslicht und die feste Einteilung des Tages in Stunden und Minuten machen es möglich, einen immergleichen Tagesrhythmus einzuhalten. Ob die Sonne dabei früher oder später auf- und wieder untergeht – das spielt keine Rolle. Aber was habe ich dann von der schönen Sonne, wenn ich mich nur in geschlossenen Räumen aufhalte? Und was nützt es mir, wenn mein Körper im Winter einem seit Urzeiten bestehenden Zyklus folgend mehr Schlafbedürfnis entwickelt, ich aber morgens zur gleichen Zeit zur Arbeit muss? Wir kämpfen dauernd gegen unseren natürlichen Rhythmus und haben meist noch nicht einmal mehr eine Ahnung davon, dass das nicht immer so war. Den Arbeiterinnen und Arbeitern musste die heutige Vorstellung von Zeit erst mühsam aufgezwungen werden. So soll es zu Anfang häufig vorgekommen sein, dass die Leute einfach nach Hause gegangen sind, wenn sie das Gefühl hatten, für den Tag genug gearbeitet – ihr „Tagewerk vollbracht“ – zu haben. Aus heutiger Sicht eine skurrile Vorstellung. Nun ja, genießt den Frühling trotzdem so gut ihr könnt! Ihr könnt den Hintergrund-Artikel dabei ja mal als Anlass nehmen, ein wenig über die Rolle des modernen Zeitbegriffs zu sinnieren. Und wenn ihr in der Zeitlupe vom Kampf für den Achtstundentag 1919 in Spanien lest, versucht mal euch vorzustellen, wie es gewesen wäre, hätte kein Mensch gewusst, was eine „Stunde“ eigentlich sein soll.

Wenn euch das zu abgehoben erscheint, hat die aktuelle Ausgabe auch greifbarere Themen zu bieten. Das Streikrecht in Deutschland zum Beispiel ist zwar von juristischen Begriffen geprägt, die sich dem gesunden Menschenverstand nicht gerade anbiedern, die Auswirkungen können aber ziemlich konkret spürbar werden, wenn's darauf ankommt. Oder: Der Tod durch Arbeit wird viel zu wenig thematisiert. Es liegt an uns, daran zumindest in diesem Lande etwas zu ändern. Migration hat ebenso ihre hässlichen Seiten. In dieser Ausgabe berichten wir über mehrere Kämpfe von Migranten und Migrantinnen für eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen.

Das alles und noch einiges mehr findet ihr in dieser Ausgabe. Wir haben uns diesmal etwas früher ins Zeug gelegt, damit ihr die Direkte Aktion *schon am Workers' Memorial Day, auf einer traditionellen oder einer revolutionären 1. Mai-Kundgebung oder bei einer Euromayday-Parade in den Händen halten könnt. Dann kommt ganz bestimmt keine Langeweile auf.*

Viel Spaß beim Lesen wünscht euch

Holger (DA-Layout)

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Ammerland ..... Kontakt über Bremen
Aurich............ Kontakt über Bremen
Bad Segeberg... Café Freiheit im Hotel am Kalkberg (AJZ), Lübecker Str. 85, jeden Mittwoch ab 16 Uhr. Kontakt: <fause@fau.org> und (0160) 91 56 25 96
Bielefeld .... FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o BI Bürgerwache e.V., Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld. Offenes Treffen jeden 2. Montag (ungerade Kalenderwoche) ab 19.30h, Raum 102 in der „Bürgerwache“. AGs und Syndikate siehe www.fau-bielefeld.de.vu
Braunschweig .. FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Straße 253, 38122 Braunschweig. Offener Abend jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20:00Uhr. <faubs@fau.org>
Bremen .... FAU-IAA Bremen, c/o Naturfreundejugendhaus Buchte, Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>
Flensburg........ FAU Flensburg, c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>
Hamburg .... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Fr., 19.00 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124
Hannover .... FAU-Lokalföderation Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, <fauh@fau.org>, Tiermedizinisches Syndikat, <tiermedizin@fau.org>, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>
Kiel .... FAU Kiel, c/o Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel, <fauki@fau.org>
Lübeck........... Kontakt über Hamburg
Wismar........... FAU Westmecklenburg, c/o Tikozigalpa, Doktor-Leber-Straße 38, 23966 Wismar, <fauhwi@fau.org>, fauwm.systemausfall.org

REGION WEST

Aachen .... FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net
Bonn .... FAU Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt. Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de
Dortmund .... FAU Dortmund c/o „Langer August“, Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 86 30 105 (AB), (0231) 86 30 101 (Fax), <faudo@fau.org>
Duisburg......... FAU Duisburg, Querstr.38, 47178 Duisburg. Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten Sa. im Monat um 20.00 Uhr im „Ostenende“, Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk
Düsseldorf ...... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Essen............. FAU Essen, <faue@fau.org>
Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade“, Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster.......... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster. Offene Treffen jeden 2. Mi. im Monat 20.00 Uhr und jeden 4. Mi. im Monat 19.00 Uhr, Tel. (0251) 52 11 12, <faums@fau.org>, www.fau.org/muenster/
Solingen .... FAU Solingen, Postfach 10 08 02, 42608 Solingen, Treffen 14-tägig sonntags um 15 Uhr, <fausg@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

REGION OST

Altenburg .... Kontakt über Leipzig
Berlin .... FAU Berlin, Straßburger Str. 38, 10405 Berlin (U2 Senefelder Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 16.00–20.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur im ASy, 3. Do. im Monat 20.00 Uhr, <ksy-b@fau.org>. Sektion Gesundheits- und Sozialberufe: 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr im FAU-Lokal und am 4. Mi. im Monat 20.00 Uhr im Cafe Walden, Choriner Str. 35, <gesundheit.asy-b@fau.org>. Sektion IT: 1. Do. im Monat um 19.00 Uhr, <faub-it@fau.org>
Dresden.......... Kontakt über Leipzig, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
Gransee.......... Kontakt über Berlin
Halle/Saale...... VAB FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Leipzig .... VAB FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle“, Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: donnerstags 17.00–18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
Magdeburg...... FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv“, Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg.
Meiningen....... FAU Südthüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>
Plauen/Vogtland FAU-Gründungsinitiative, Kontakt über FAU Südwestsachsen
Potsdam .... Kontakt über Berlin
Südwestsachen FAU-Vernetzung für Chemnitz, Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau: <fau-sws@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>

REGION SÜD

Aschaffenburg. FAU Aschaffenburg, Postfach 100 361, 63703 Aschaffenburg, <fauab@fau.org>
Darmstadt ...... FAU Darmstadt, c/o Oettinger Villa, Kranichsteiner Straße 81, 64289 Darmstadt, <fauda@fau.org>
Dreieich .... Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. ... FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, <fauffm@fau.org>
Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr2@fau.org>, Treffen: jeden ersten So.im Monat ab 17 Uhr, KTS, Baslerstr. 103, 79100 Freiburg; zum Thema Leiharbeit jeden dritten So. im Monat ab 18 Uhr, Fabrik e.V., Habsburgerstr.9, 79104 Freiburg (Cafe im Hauptgebäude 1.OG links – nicht mit der Kneipe im Vorderhaus verwechseln!).
Ilmenau .... Kontakt über Meiningen
Kassel............ FAU Kassel, <fauks@fau.org>, Offene Treffen: in allen geraden Kalenderwochen, montags 19.30 Uhr im Café Desasta an der Universität (Holländischer Platz), www.fau.org/kassel
Lich............... FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Mainz............. Kontakt über Frankfurt/M.
Marburg.......... <faumr@fau.org>
Memmingen..... FAU, Postfach 1701, 87687 Memmingen
München .... FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str. 139 (Rgb.), 80339 München, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden zweiten Mittwoch (ungerade Kalenderwochen) ab 19h
Neustadt/W..... FAU Neustadt/Weinstraße, Tante-Emma-Laden, Stangenbrunnengasse 5, 67433 Neustadt/Weinstraße, (01578) 16 77 780 , <faunw@fau.org>
Nürnberg .... FAU Nürnberg c/o Armer Teufel, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg, <faun@fau.org>
Saarbrücken.... FAU Saarbrücken, Postfach 10 10 04, 66010 Saarbrücken, <fausb@fau.org>
Stuttgart........ FAU Stuttgart, Postfach 10 14 19, 70013 Stuttgart, <faus@fau.org>, (01578) 17 81 177, Treffen jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 19 Uhr
Suhl .... Kontakt über Meiningen
Tübingen .... c/o Infoladen „Grenzenlos“, Schellingstr. 6, 72072 Tübingen
Wiesbaden ...... GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungswesen: <bsy-public-info@list.fau.org>
AG Jugend & ASJ: <kontakt.jugend@fau.org>, Koordinationsstelle NRW: <asj-nrw@riseup.net>
Branchen-Homepage zur Leiharbeit: www.fau.org/leiharbeit
Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

Regionalkoordinationen

Nord: Braunschweig <reko-nord@fau.org> | West: Duisburg <reko-west@fau.org> | Ost: Magdeburg <reko-ost@fau.org>
Süd: Neustadt/Weinstraße <reko-sued@fau.org>

Geschäftskommission der FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Belgrad (Serbien), AIT, ASI-MUS CLS, Postanski pretinac 6, 11077 Beograd, SERBIE <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

Bern.............. FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch

Österreich

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) – www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:

- Allgemeines Syndikat Wien, c/o „Hängematte“, Stiftgasse 8, 1070 Wien, <allgemeines@syndikat-wien.org>
- Allgemeines Syndikat Oberösterreich, Infoladen Wels c/o ASOÖ, Anzengruberstr. 8, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 69 32 864, <syndikat_ooe@linuxmail.org>
- ArbeiterInnen Syndikat Wissens-Industrie (AS:WI), Stiftgasse 8, 1070 Wien, <aswi@lnxnt.org>
- Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte“, Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Auf dem Altar der Arbeit

Die Gefahren am Arbeitsplatz sind unscheinbar, aber nicht zu unterschätzen. FAU begeht den Workers' Memorial Day

In diesem Jahr wird erstmals auch in Deutschland der Workers' Memorial Day (WMD) begangen, mit dem die internationale Gewerkschaftsbewegung am 28. April all derer KollegInnen gedenkt, die am Arbeitsplatz oder infolge der Arbeit ums Leben kamen, Verletzungen erlitten oder erkrankten. Ihre Zahl geht, nach Schätzungen der UNO-Organisation ILO, weltweit und jährlich in den dreistelligen Millionenbereich. Entsprechende Ausmaße erreicht der bundesdeutsche WMD im ersten Anlauf wohl kaum, angekündigt aber sind immerhin Veranstaltungen und Aktionen u.a. in Berlin, München, Nürnberg und Köln (aktuelle Infos auf www.fau.org).

Die geringe Aufmerksamkeit hängt sicher auch mit der spezifischen Situation hierzulande zusammen. Denn die Mehrzahl der Schädigungen ereignet sich nicht schlagartig, sondern schleichend. Wir reden also nicht nur von Arbeitsunfällen, sondern auch Berufskrankheiten. Außerdem umfassen Fragen der Sicherheit den präventiven Arbeitsschutz, der zu oft als Experten-Domäne angesehen wird.

Churchill's Statistik

Statistiken vermitteln eine Objektivität, die so nicht besteht. Das ist bekannt. Der Winston Churchill nachgesagte Ausspruch – „Traue keiner Statistik, die du nicht selber gefälscht hast“ – ist inzwischen ein geflügeltes Wort. Das tut ihrer Wirkung jedoch keinen Abbruch.

So vermeldet die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) im April eine stark gesunkene Zahl von Arbeits- und Wegeunfällen, d.h. der meldepflichtigen, die mehr als drei Tage Krankschreibung oder den Tod zur Folge haben. Demnach hätte es im Krisenjahr 2009 erstmals weniger als 1 Mio. Arbeitsunfälle gegeben, davon „nur“ 468 tödliche. Auch die Zahl der Wegeunfälle habe auf gut 178.000, darunter 362 tödliche, abgenommen. Demnach hätte sich der Tribut an Lebendopfern, den die Arbeit tagtäglich in der Bundesrepublik fordert, binnen drei Jahren fast halbiert: Von vier auf 2,3. Wenn das keine Erfolgsmeldung ist!

Die DGUV-Zahlen für 2008 sind jedoch nicht deckungsgleich mit denen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAUA). Die veröffentlichte im Januar ihren Bericht über „Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit 2008“ (SUGA) und verzeichnet darin 765 Arbeits- und 478 Wegeunfälle mit Todesfolge, während die Unfallversicherung nur von 572 bzw. 458 Toten wissen will. Einerlei, jeder Unfall ist ein Unfall zu viel. Und in den kommenden Jahren ist wieder vermehrt mit verletzten oder getöteten ArbeiterInnen zu rechnen, denn, so DGUV-Geschäftsführer Breuer, „Hauptursache für die starke Abnahme der Arbeitsunfälle ist wahrscheinlich die Kurzarbeit“.

Bisher hatte sich die Berichterstattung der DA[1] auf die konkret greifbaren Fälle beschränkt, als wir meldeten: Vier Tote täglich, durch Arbeits- und Wegeunfälle. Das verstellte jedoch den Blick auf die Langzeitfolgen, auf die geschädigten ArbeiterInnen, die an Berufskrankheiten leiden. Laut SUGA erlagen allein 2008 mehr als 2.430 ehem. Beschäftigte dem mangelhaften Schutz vorvergangener Jahre. Damit steigt die Zahl der vorzeitig aus unserer Mitte gerissenen KollegInnen im Jahr 2008 auf zehn – jeden Tag!

Über Lücken, Mängel und Abhilfe

Zu den gefährlichsten Branchen zählt seit alters her der Bau. Die Branche beschäftigte im vergangenen Jahr 5,5% der Erwerbstätigen, so das Statistische Bundesamt; war aber für 31% der getöteten Arbeiter verantwortlich. Auf Baustellen in Deutschland ist die Unfallhäufigkeit mehr als doppelt so hoch wie in der gesamten gewerblichen Wirtschaft. Dabei ist zu beachten, dass als „selbstständig“ geführte ArbeiterInnen in diesen Unfallstatistiken nicht auftauchen. Eine Lücke der Datenauswertung besteht ebenfalls in der Überwachung von technischen Anlagen, von denen potenziell Gefahren für Mensch und Umwelt ausgehen. So blieb es dem TÜV Thüringen vorbehalten, im Februar erstmals einen „Sicherheitsreport“ für das Bundesland vorzulegen. Das Ergebnis: Jede fünfte überwachungsbedürftige Anlage wies Mängel auf; bei fast fünf Prozent der Anlagen wurden „erhebliche und gefährliche Mängel“ festgestellt. Die Beschäftigten dieser Betriebe arbeiten an Zeitbomben!

Allgemein lässt sich für alle Arbeitsbereiche nur eines feststellen: Gefährdungen haben viele Ursachen. Risiken ergeben sich durch die Gestaltung des Arbeitsplatzes, durch physikalische, chemische und biologische Einwirkungen, durch die Gestaltung, Auswahl und den Einsatz von Arbeitsmitteln, insbesondere von Werkstoffen und Anlagen, schließlich durch die Arbeits- und Fertigungsverfahren, durch Arbeitsabläufe und Arbeitszeit und deren Zusammenwirken, und auch durch unzureichende Qualifikation der Beschäftigten. Aber auch der vulgäre kapitalistische Sparzwang spielt eine bedeutende Rolle: In nahezu 50% der tödlichen Arbeitsunfälle in der Industrie sind, nach BAUA-Angaben, Fragen der Organisation (unzureichende Sicherheitsvorkehrungen, Fehlen geeigneter Arbeitsmittel) mitursächlich.

Hier gilt: Niemand kann gezwungen werden, die eigene Gesundheit für den Job aufs Spiel zu setzen, wenn die Risiken vermieden werden können. Wenn die Anlagen oder Werkzeuge derart mangelhaft sind, dass sie eine akute Gefahr darstellen, dann ist die Arbeitsverweigerung unser gutes Recht, genauer: unser „Zurückbehaltungsrecht“. Wichtig ist es, die Missstände konkret und genau zu benennen.

Die unsichtbare Gefahr

Eine der häufigsten Krankheitsursachen ist neben schwerer körperlicher Arbeit unzureichender Lärmschutz. So sind allein in Deutschland sind ca. fünf Mio. ArbeitnehmerInnen gefährlichem Lärm ausgesetzt. Schwerhörigkeit rangiert unter den Berufskrankheiten an erster Stelle, weit vor Asbest-bedingten Erkrankungen. Durch Lärm entsteht auch ein erhöhtes Unfallrisiko, etwa infolge des Überhörens von Signalen und Warnrufen oder durch Fehlverhalten im Zuge von Ermüdung. Auch im Büro kann Lärm die Gesundheit gefährden, weil er zu Stress führt. Häufigste Stressfaktoren sind indes Zeit- und Leistungsdruck, zu viel Arbeit, Doppelbelastung durch Beruf und Haushalt oder Zweitjob, sowie die Angst vor Arbeitslosigkeit. Stress führt in hoher oder langfristiger Konzentration zur Schwächung des Immunsystems mit erhöhter Anfälligkeit für Infektionskrankheiten oder erhöhtem Herzinfarkt-Risiko.

Und auch psychische Belastungen nehmen durch Rationalisierung und Flexibilisierung der Arbeitswelt zu – vermeidbares Leid, wohlgemerkt! Nach Krankenkassen-Angaben wurden im Jahr 2008 10,6% der Arbeitsausfalltage durch seelische Erkrankungen verursacht, und zwar insbesondere im Gesundheitswesen und im Öffentlichen Dienst. Damit stehen diese Erkrankungen an vierter Stelle nach Erkrankungen des Muskel-Skelett-Systems, der Atemwege und Verletzungen.[2] Seelische Erkrankungen treten, so eine Studie der Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK), v.a. in Dienstleistungsbranchen auf. Unter besonderem Druck stünden etwa Callcenter-Beschäftigte. Um Abhilfe zu schaffen, so BPtK-Präsident Richter, müssen „Arbeitsstakkato und Überforderung vermieden werden. Ziel ist es außerdem, dass der Einzelne mehr Kontrolle über seine Arbeitsabläufe zurückgewinnt.“

André Eisenstein & Gregor May

[1] Alle Artikel online: *DA* Nr. 186, 194 und 198.
[2] BAUA: Info-Dienst „Sozialer Arbeitsschutz“, 1/2010.

TERMINE

☞**Berlin**
Sa., 22. Mai, 19.30 Uhr
BAIZ, Christinenstr. 1 (Ecke Torstr.)
Fritz-Kater-Gedenkfeier
Veranstaltet von der ASJ Berlin

So., 23. Mai
In Berlin-Buch
Dieter-Eich-Gedenkdemo
Weitere Infos auf www.niemand-ist-vergessen.de

☞**Freiburg**
So., 16. Mai, 19.00 Uhr
KTS Freiburg, Baslerstr.103
„Staatsbankrott in Griechenland“
Mit Ralf Dreis

Sa., 22. Mai, 15.00 Uhr
Bertholdsbrunnen, Kaiser-Joseph-Straße
„Leiharbeit abschaffen!“
Kundgebung der FAU Freiburg und des Aktionsbündnisses „Leiharbeit abschaffen“

☞**Hannover**
Mo., 3. Mai, 20.00 Uhr
UJZ Korn, Kornstr. 28–30
„HighTech Maquilas in Mexiko. Ausbeutung auf hohem Niveau“
Veranstaltet vom Dritte Welt Forum Hannover, Radio Flora, FAU Hannover

☞**München**
Mi. 28. April, 19.00 Uhr
FAUM-Büro, Schwanthalerstr. 139 (Rgb.)
Workers Memorial Day
Referat/Diskussionsbeitrag eines Mitarbeiters einer Berufsgenossenschaft

☞**Erster Mai**
Auch dieses Jahr beteiligen sich zahlreiche FAU-Syndikate an den Aktivitäten rund um den 1. Mai. Infos über lokale und regionale Aktivitäten siehe auf www.fau.org

Weitere Termine im Internet auf www.direkteaktion.org/termine

Kolumne Durruti

Die Welt, in der ich lebe, wird mir immer enger. In Restaurants darf ich nicht mehr rauchen, in Kneipen eigentlich auch nicht, da geht es auch schon dem Alkoholischen an den Kragen. Nichts wird uns mehr gegönnt.

Früher ging es keinen Chef etwas an, wie viel Bier seine Angestellten während der Arbeitszeit tranken. Und in manchen Arbeitsverträgen waren den Arbeitern und Arbeiterinnen sogar Mindestmengen Alkohol garantiert, den Glasbläsern zum Beispiel, die in der heißen, trockenen Luft rasch durstig wurden. Da hatte auch der geizigste Boss Verständnis dafür, dass so ein hart schuftender Prolet seine zwei, drei Liter frisch Gezapftes braucht bei der Arbeit. Berühmt sind von daher auch die alteingesessenen, tschechischen Glashütten, die mit eigenen Hausbrauereien ausgestattet waren. Diese brauten exklusiv für die Glasbläser, welche obendrein ein Anrecht darauf hatten, den Humpen direkt an den Platz gebracht zu bekommen. Übrig geblieben davon ist nur ein bisschen Folklore für die Touristen. In anderen Ländern, wie etwa der Schweiz, sind derlei Passagen in Arbeitsverträgen von Glasbläsern dahingehend abgeändert worden, dass aus dem Wörtchen „Bier“ kurzum „Mineralwasser“ wurde. Wie traurig.

Zuletzt geht es nun den Trinkrechten der Brauer an den Kragen. Nun, wovon reden wir? Es ist ein hier und da gültiges Privileg der Belegschaft einer Fabrik, über das selbst erzeugte Produkt verfügen zu können, in einem gewissen Rahmen zumindest, für den Eigenverbrauch, versteht sich. Das ist in manchen Keksfabriken so, beim Schraubendrehen, bei Autoreifen, wieso also soll Bier da eine Ausnahme bilden?

Weil es schlecht ist, moralisch verderbend und der Gesundheit abträglich. So schimpft nicht nur der Zeitgeist, so dachte auch die Chefetage der dänischen Carlsberg-Brauerei. Anfang April ordnete sie an, dass ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Kopenhagen nur noch während der Mittagspause Bier trinken dürfen. Doch wie viele Gläser schafft man schon in einer dreißigminütigen Pause? Während der man ja auch noch was essen will? Eben, es ist ein Hohn! Und darum traten 800 erzürnte Brauereiangestellte in den Streik. Und die 200 BierwagenfahrerInnen erklärten sich mit ihnen solidarisch und streikten gleich mit.

Bislang wurde nicht bekannt, ob Carlsberg einlenkt; der Streik ist unterbrochen, bis das Management zu den Forderungen Position bezieht. Es ist eine eigenartige Lehre der Geschichte, dass man den Menschen alles nehmen kann, die Freiheit, den Frieden, aber will man ihnen ihr Alltagslaster vergällen, brennen die Barrikaden. Als Gorbatschow aus moralisch hehrem Grund, der Volksgesundheit wegen nämlich, den Wodkaverzehr drosseln wollte, sprach bald niemand mehr in Russland seinen Namen ohne Zorn aus. Das Ende kennen wir. Ebenso bekannt ist, dass die Prohibition die USA in die wohl schwerste innenpolitische Krise ihrer Geschichte stürzte, oder dass in Bolivien die Massen fest wie eine Mauer hinter dem Präsidenten stehen, weil dieser gegen das Koka-Verbot kämpft.

Sie werden einlenken, sonst streiken morgen die Kneipen, die Supermärkte, die Tankstellen. Und übermorgen steht Dänemark in Flammen. Denkt daran, werte Carlsberg-Manager, wenn ihr über die Forderungen der Streikenden beratet. Ihr habt keine Chance!

Matthias Seiffert

Tarife in schwerer See

Die Krise hat die Seehäfen stark getroffen. Gegen die Abwälzung des Drucks auf die Beschäftigten regt sich Widerstand, zum Beispiel in Bremerhaven

Container sind ein Symbol des Exportriesen Deutschland. Wirtschaftsnachrichten werden gerne mit Containerterminals bebildert, mit großen Umschlaggeräten, die die eckigen, normierten Kisten transportieren oder den über die Kaikanten ragenden Containerbrücken. Fast nie im Bild sind die HafenarbeiterInnen, welche die Van Carriers fahren, die Container auf den Schiffen löschen oder die Kisten be- und entladen – auch am Wochenende, bei Wind und Wetter. Sogar wenn in den Hamburger Strandbars gefeiert und gearbeitet wird, sind die Containerterminals auf der anderen Elbseite oft hell erleuchtet.

Im letzten Jahr war es stiller an den Containerterminals und Autoverladekais. Die globale Wirtschaftskrise hat in den Seehäfen weltweit, auch in Norddeutschland, zu massiven Rückgängen in den internationalen Warenumschlägen geführt. Massenentlassungen und Kurzarbeit sind die Folge. Die Krise wird auch dafür genutzt, um das Tarifsystem im Hafenbereich zu unterlaufen, das in lange zurückliegenden Kämpfen etabliert worden war. Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften sind nun mit Lohndumping und einer Ausweitung von Leiharbeit konfrontiert.

Dammbruch in der Krise

Um über 20% ging 2009 der Güterumschlag, u.a. bei den Autos, im Hamburger Hafen zurück. Der Containerumsatz sank gar um 33%. Auch in Bremen und Bremerhaven gab es einen massiven Rückgang: 20% weniger Container und 40% weniger Autoumschlag.

Beim Gesamthafen-Betriebsverein Bremen (GHB) wurden bereits vor einem Jahr 800 befristet Beschäftigte entlassen, darunter viele teilzeitbeschäftigte Frauen. Der GHB unterhält einen Pool von HafenarbeiterInnen, meist Männern, die von Unternehmen bei Bedarf angefordert werden. Gibt es für sie keine Arbeit, dann werden die GHB-Beschäftigten aus der sog. Garantielohnkasse bezahlt. Nach diesem Prinzip gleicht der GHB die Konjunkturschwankungen im Hafengeschäft aus. Der Unterschied zu Zeitarbeitsfirmen: Die Gesamthafenbetriebsvereine sind nicht gewinnorientiert und wurden vor Jahrzehnten von staatlichen wie privaten Hafenbetrieben und den DGB-Gewerkschaften gegründet, um die Schwankungen in der Arbeitsmenge mit eingearbeiteten Beschäftigten ausgleichen zu können – eine Absage an das Tagelöhnerprinzip.

Als die EU 2006 durchsetzen wollte, dass Seeleute zu Dumpinglöhnen ihre Ladungen selber löschen, demonstrierten tausende HafenarbeiterInnen gegen die „Port Package II" genannten Liberalisierungspläne – und hatten Erfolg. „Port Package II" wurde nicht umgesetzt. Betriebsräte und ver.di profilierten sich damals plakativ mit den Protesten. Seitdem ist die Tarifbindung aber schleichend aufgeweicht worden. Im Bremer Hafen werden, etwa im großen Distributionslager, wo u.a. die Tchibo-Produkte vertrieben werden, um die acht Euro Stundenlohn gezahlt.

Wem gehört der GHB?

Mitte letzten Jahres ist im GHB ein schwerer Konflikt zwischen dem Betriebsrat und ver.di einerseits und einem großen Teil der Belegschaft andererseits ausgebrochen. Ursache ist die drohende Insolvenz des GHB. Da es keine Aufträge gab, aber die Beschäftigten die Garantielöhne erhalten, drohten die Einlagen im August 2009 aufgebraucht zu sein. Der von ver.di dominierte Betriebsrat unter dem Vorsitzenden Peter Frohn und die für die Bremer Häfen zuständigen ver.di-Funktionäre entschieden sich, mit der Geschäftsführung über einen Sanierungsplan zu verhandeln. Funktionäre von ver.di sind zudem im GHB auf der Arbeitgeberseite vertreten – ver.di ist Mitglied des Vereins GHB. Umso wichtiger wäre ein Offenlegen, Transparenz beim Konflikt gewesen. Aber genau das Gegenteil wurde getan: Die Funktionäre wollten alleine entscheiden, die drohende Insolvenz war für sie eine größere Gefahr als der Tarifbruch und Entlassungen. Die Beschäftigten wurden von vorneherein nicht einbezogen; sie wurden von dem Sanierungsplan, dem Sozialplan und der Sozialauswahl völlig überrascht. Nach der Entlassung der 800 befristet Beschäftigten sollten nun auch über 300 unbefristet Beschäftigte Kündigungen oder Änderungskündigungen erhalten. Der gültige Tarifecklohn von 14, 30 Euro für Hafenarbeit, der auch für die Bezahlung beim GHB gilt, sollte unterlaufen werden.

Bild: Hilde Rosenkranz

In dieser Situation regte sich Protest. Einige Beschäftigte riefen das Komitee „Wir sind der GHB!" ins Leben, dessen Gründung Mitglieder des Komitees rückblickend so schilderten: „Als einzige Information [über die Kündigungspläne] hat es einen unauffälligen Aushang in einem Glaskasten am Betriebsgebäude gegeben ... Der Betriebsrat hat auf Anfrage keine Kopie mit den Unterlagen herausgegeben ... Als so langsam klar wurde, was da auf uns zukommt, haben wir ein Flugblatt gemacht, Rechtsanwälte angesprochen, und wir haben am 11. Juli zu einer Gründungsversammlung in ... einem bekannten Bremerhavener Lokal eingeladen. Dort ist das Komitee dann gewählt worden. Geholfen und unterstützt haben uns dabei die Bremerhavener Arbeitsloseninitiative und die Linke in Bremerhaven. Wir sind völlig demokratisch organisiert, wir treten alle für alle auf ..."

Das Komitee rief dann zu mehreren Protestkundgebungen auf, u.a. gegen ver.di und den eigenen Betriebsrat. Der hatte sich Ende Juni mit dem GHB zwar auf keinen Sozialplan einigen können, aber das Ergebnis der Einigungsstelle akzeptiert: 103 Beschäftigte sollten Ende Juli entlassen werden, weitere 217 bekamen Änderungskündigungen. Sie sollten in Zukunft nicht mehr in Bremerhaven, sondern in Bremen arbeiten – und zwar für acht anstatt wie bislang für rund 15 Euro pro Stunde. Das Komitee griff diesen „Hartz-IV-Sozialplan" scharf an, der selbst die Vollzeitarbeiter dazu zwingt, sog. „Aufstocker"-Leistungen beantragen zu müssen.

Alles für die Firma

Rund 200 Kündigungsschutzklagen gingen in der Folge beim örtlichen Arbeitsgericht ein. „Das ist in diesem Umfang neu für uns", erklärte dessen Sprecher, Michael Grauvogel. „Mit acht Euro Stundenlohn würde das Bruttogehalt im Bereich des Arbeitslosengelds liegen", so Arbeitsrechtler Ortwin Krause, der 50 Beschäftigte des GHB als Anwalt vertritt. „Das ist für die Betroffenen existenzbedrohend". Anwalt Krause bemängelte auch die Verkürzung der Kündigungsfrist auf einen Monat. Und Abfindungen, die der GHB den entlassenen Mitarbeitern zahlen will, erklärte er für „haarsträubend niedrig".

Auf Initiative des Komitees unterschrieben hunderte Beschäftigte eine Resolution, in der sie den Betriebsrat zum Rücktritt aufforderten. Dessen Vorsitzender, Peter Frohn, wies die Kritik zurück. „Ich wollte nicht zugucken, wie das Unternehmen abgewickelt wird", so Frohn. Der BR-Vorsitzende ließ sich soweit auf die Logik der Geschäftsführung ein, dass er sich gar sogar Sorgen um das Image des Betriebes machte, anstatt um die Rechte der Beschäftigten: Die Stimmung sei schlecht, der Krankenstand sei hoch, einige würden sich gar verweigern.

Unterstützung fand Frohn bei Harald Bethge, dem Bremer Landesfachbereichsleiter Verkehr bei ver.di. Es sei wichtig, Mitarbeiter schnell und mit verkürzter Kündigungsfrist zu entlassen, um das Unternehmen handlungsfähig zu halten, argumentierte dieser. Auch die geringe Abfindung rechtfertigte Bethge. Sie orientiere sich an der Garantielohnkasse des GHB. Die könne man nicht komplett für Abfindungen leeren. Schließlich müsse weiter Lohn gezahlt werden, wenn Unternehmen wegen Auftragsflauten keine GHB-Leute anfordern. „Es war einfach nicht mehr Geld da", erklärte Bethge, ohne auch nur einen Gedanken darauf zu verwenden, dass die Hafenunternehmen einen Teil ihrer Gewinne in die Vereinskasse des GHB einzahlen könnten.

Im Windschatten der Krise

Die Notlage dauert auch im Jahr 2010 weiter an. Denn aufgrund ihrer Vereinsstruktur und ihrer Funktion als Ausgleichspuffer für Auftragsspitzen und -flauten befinden sich die Gesamthafenbetriebe trotz einer leichten Erholung der globalen Wirtschaft weiterhin in einer Schieflage. Das liegt beim GHB Bremerhaven auch an seiner Abhängigkeit von den großen Autokonzernen Mercedes-Benz und BMW, die gnadenlos die Kosten drücken wollen – nicht nur bei den Beschäftigten im Konzern, sondern auch bei der Autoverladung. So kündigte Mercedes-Benz im Sommer 2009 an, zukünftig alle Aufträge für den Autotransport in einem internetbasierten Auktionsverfahren neu ausschreiben zu wollen. Mit den profitorientierten, untertariflichen Leiharbeitsfirmen hätte der GHB da nicht konkurrieren können. Mercedes-Benz hat sich letztlich doch für die Fortführung der jahrelangen Zusammenarbeit mit dem GHB entschieden. In diesem hochprofitablen Bereich flächendeckend auf Leiharbeit zu bauen, ohne qualifizierte Beschäftigte, wäre ein zu hohes Risiko gewesen.

Aber in den Betrieben geht weiterhin die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes um. „Im Windschatten der Krise versuchen viele Unternehmensleitungen im Hafen- und Logistik-Bereich, bestehende Tarifverträge zu unterlaufen und drastische Lohnkürzungen durchzudrücken", wie der Hafenexperte Manfred Steglich von der Linkspartei feststellt. „Zur Hilfe kommen ihnen dabei Zeitarbeitsfirmen ..., die im tariffreien Raum agieren und Lohndumping in reinster Form betreiben. Aber auch das größte Bremer Hafenunternehmen, die Bremer Lagerhaus, mehrheitlich im Besitz des Landes, nutzt die Folgen der Krise als willkommene Gelegenheit, Lohntarife zu drücken oder gar neue Niedriglohngruppen zu installieren." Mit der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG) hatte ver.di Bremen bereits einen Haustarifvertrag so gut wie unter Dach und Fach, der vorsieht, dass das Autoverladen künftig mit neun Euro die Stunde statt wie vorher mit 14 Euro bezahlt wird. Diese Lohnsenkung sollte auch für die Beschäftigten des GHB gelten.

Doch die erschreckend enge Verbindung der ver.di-Funktionäre in Bremen und Bremerhaven mit dem SPD-nahen Management der mehrheitlich staatlichen Bremer Hafenwirtschaft hat in der Bundestarifkommission Hafen von ver.di einen Dämpfer erhalten: Mit sieben gegen sieben Stimmen erhielt in der entscheidenden Abstimmung am 25. März der Antrag keine Mehrheit, den bundesweiten Hafentarifvertrag aufzuheben. Die Vertreter aus Hamburg und Lübeck akzeptierten weder den Neun-Euro-Lohn der BLG noch den in den Verhandlungsrunden ausgehandelten Kompromisslohn von 10,90 Euro. Sie pochten auf einen bundesweiten Tarifvertrag.

Stets dieselbe Leier

„Alle Eckpunkte sind vom Tisch", so Klaus Lindner. Er war Verhandlungsführer von ver.di und hatte in Bremen mit den Arbeitgebern diese Eckpunkte ausgearbeitet. „Jetzt ist die BLG am Zug. Sie muss sagen, wie es weitergeht", erklärte der ratlose Funktionär und gab erneut freiwillig die Initiative an das Management ab. „Ich bin riesig enttäuscht", sagte Manfred Kuhr, stellvertretender BLG-Vorstandsvorsitzender. „Das was ein sehr guter Kompromiss. Ich glaube, die machen einen großen Fehler." Noch zehn Tage vor Kuhrs Wehklagen hatte der BLG-Vorstandsvorsitzende Detlef Aden im „Weserkurier" verkündet, dass die BLG 2009 trotz Krise Gewinne eingefahren habe: „Wir sind mit dem Ergebnis von 16 Millionen Euro zwar zufrieden, aber eigentlich ist es ungenügend". Aden sagte das beliebte Mantra auf, mit dem die Kapitalseite gerne den Sozialabbau begründet: Die BLG müsse konkurrenzfähig bleiben, sonst verliere sie Marktanteile, denn „wir können uns nicht nur über Sparen retten ... Wir als Marktführer in einzelnen Segmenten müssen jetzt imstande sein, attraktive Angebote zu machen, wo unsere Wettbewerber eher schwach werden."

Bild: Hilde Rosenkranz

Adens Doppelstrategie lautet: Massive Lohnkostensenkung nach innen, Marktoffensive nach außen. Und gleichzeitig verzichten die ver.di-Funktionäre in Bremen darauf, den verstärkten Druck auf die Beschäftigten bei gleichzeitigen Gewinnen in der Hafenwirtschaft zu skandalisieren. Zum Glück gibt es das selbstorganisierte, unabhängige Komitee „Wir sind der GHB!".

Gaston Kirsche (gruppe bricolage)

Internetseite des Komitees:
www.wirsindderghb.de

Politische Kündigung

Dem halleschen Straßenbahnfahrer Frank Oettler wurde insgesamt dreimal gekündigt. Und zweimal hat er bereits das Kündigungsschutzverfahren gewonnen. Am 9. März fand die letzte Verhandlung statt. Hier stand der Vorwurf im Raum, in einem Zeitungsinterview mit der *Mitteldeutschen Zeitung* (MZ) von „verschärfter Ausbeutung" und schlechten Arbeitsbedingungen bei der Halleschen Verkehrs AG (HAVAG) gesprochen zu haben. Die Arbeit sei stark verdichtet, so dass kleine Pausen wegfielen und es nur noch eine unbezahlte Blockpause gäbe. Damit verlängere sich aber die gesamte Arbeitszeit um eine Stunde. Das Verfahren zog sich durch alle Instanzen und wurde letztendlich vom Bundesarbeitsgericht zum Landesarbeitsgericht Sachsen-Anhalt zurückgegeben. Der Richter erklärte die Kündigung durch das Unternehmen für ungültig, weil die Aussage von Oettler in dem Interview durch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung (GG Art. 5) gedeckt sei. Außerdem kommt hinzu, dass Oettler zum Zeitpunkt der Kündigung Betriebsratsmitglied war und dadurch unter einem besonderen Kündigungsschutz stand. Der Kollege kann seine Arbeit aber noch nicht wieder aufnehmen, weil ein weiteres Kündigungsverfahren wegen „Flyer-Verteilen an Fahrgäste" gegen ihn noch offen ist.

Mehr Infos:
www.kollegenhilfe.net
(WK)

Steter Tropfen auf heißen Stein

Nach den Betriebsratswahlen 2010: Die Zuversicht der IG Metall-"Alternative" bei Daimler

Im März 2010 begannen in der BRD turnusmäßig die Betriebsratswahlen. Die meisten Gewerkschaften sehen darin einen unverzichtbaren Garanten für ihre betriebliche Verankerung – allein die FAU-Syndikate teilen diesen Zweckoptimismus nicht, sondern stehen diesem „Instrument" kritisch bis ablehnend gegenüber.[1]

Die „Alternative" wählen ... und dann?

Doch auch außerhalb der FAU, in den Reihen des DGB, gibt es kritische GewerkschafterInnen, die sich für eine kämpferische Gewerkschaft einsetzen und intensiv für eine Abkehr vom sozialpartnerschaftlichen Schmusekurs eintreten. Vielfach sind es diese Kritiker, die „den Gewerkschaften" an der Basis ein Gesicht verleihen. Sie werben für den Eintritt und für Engagement. Exemplarisch dafür stehen die (recht unterschiedlichen) „Alternative"-Gruppen in der IG Metall, die beim zweitgrößten deutschen Autobauer Daimler durch eigene Zeitungen eine Betriebsöffentlichkeit herstellen. Für sie ist die BR-Wahl immer auch ein Gradmesser: Wer für die „Alternative" stimmt, stimmt für einen anderen Kurs der IG Metall. Das ist ihre Message.

Das Ergebnis ist durchwachsen: In der Alternative-Bastion in Stuttgart-Untertürkheim erhielten die Dissidenten auf der IG-Metall-Liste – die fortan 34 von 43 Betriebsräten stellt – insgesamt neun Sitze. Die IGM-interne Sitzverteilung bleibt damit in etwa gleich. In den Daimler-Werken Hamburg und Berlin legten die Alternativen mit eigenen Listen auf je fünf Betriebsräte zu. Und das, wie Mustafa Efe, Berliner Spitzenkandidat, gegenüber der *Direkten Aktion* betont, trotz des „Drucks von Unternehmen, Betriebsrat und IG Metall"[2]. In Hamburg verlor der IGM-Mainstream sogar die absolute Mehrheit und wird auf Bündnisse mit der Alternative oder einer der anderen Fraktionen angewiesen sein. Enttäuschend hingegen fielen die Ergebnisse in Kassel und Sindelfingen aus: Hier verlor die IGM-Opposition zwei von sechs Sitzen, dort erreichte sie bei ihrem Debüt nur einen Platz.

In Berlin ist man jedoch „sehr zufrieden", so Efe. Denn auch hier war die Alternative erstmals als solche angetreten. Obwohl die alte BR-Vorsitzende auch die neue ist, sind 526 Stimmen doch mehr als ein Achtungserfolg. Aber was kommt nach der Wahl? Laut Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) werden die Entscheidungen im Betriebsrat mit einfacher Mehrheit gefällt. Selbst zur Gestaltung der Tagesordnung der Sitzungen wird die IGM-interne Opposition bei Daimler auf Kooperationen angewiesen sein, denn das gesetzliche Quorum eines Viertels der Betriebsrats erreichte sie nicht – auch nicht in Untertürkheim. Was zu tun bleibt, so Efe, ist zweierlei: Die Informierung der Belegschaft über die Vorgänge und Pläne im Unternehmen. Und die Umsetzung einer „politischen Oppositionsstrategie" in Betriebsrat, IG Metall und Vertrauensleutekörper. Zusammen ergibt das den Versuch, mittelbar auf einen Kurswechsel der Gewerkschaft und die Mobilisierung der Belegschaft hinzuwirken.

Immerhin führte das schon soweit, dass KollegInnen die „freiwillige Mehrarbeit" am Samstag verweigern, um ihre Forderung nach Aufhebung der Gesamtbetriebsvereinbarung zur „Unternehmensrettung" (8,75% Lohnsenkung seit Mai 2009) zu unterstreichen.

Sie können nur gewinnen

Die Hauptamtlichen der IG Metall begreifen ein solches Ansinnen der eigenen Mitglieder jedoch als „gewerkschaftsschädigendes Verhalten". So leitete der Ortsvorstand nun auch in Berlin-Marienfelde ein Ausschlussverfahren gegen alle 31 „Alternative"-KandidatInnen ein, nachdem er im vergangenen Jahr die Anerkennung einer zweiten IGM-Liste verweigert hatte. Hier bestätigt sich also die anarchosyndikalistische Kritik an bezahlten Funktionären, die allein ihre eigenen Interessen als Organisationsinteresse gelten lassen. Dabei, so führt die Opposition in Untertürkheim aus, wurden im Werksteil „Mettingen die besten Wahlergebnisse für die IG Metall erreicht ... [Hier] wird seit vielen Jahren mit den KollegInnen offen und kritisch diskutiert. Hier wird auch Kritik an Betriebsrats- und Gewerkschaftsentscheidungen offen vertreten, wenn sie nötig ist".[3] Untertürkheim war, neben Bremen, der einzige Daimler-Standort mit Alternative-Präsenz, an dem die IG Metall die Opposition – nach einer zähen Schlichtung im Herbst 2009 – auf ihrer Liste duldete.

Ein Kurswechsel oder eine Demokratisierung ist jedoch noch lange nicht erreicht. Überhaupt erscheinen die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschafter als Betriebsräte sehr begrenzt. Das liegt nicht zuletzt an der geltenden restriktiven Gewerkschaftsrechtsprechung und an der trotz aller Unzufriedenheit mangelnden Initiative der übergroßen Mehrzahl der KollegInnen. Wenn die Neugründung einer Gewerkschaft – etwa eines FAU-Syndikats – auch gewagt erscheinen mag, wäre damit zumindest ein Problem gelöst: das der Abhängigkeit von den IGM-Vorständen. Den Wegfall organisationsinterner Auseinandersetzungen könnte man getrost als win-win-Situation bezeichnen, zumindest auf Seiten der Gewerkschaften.

André Eisenstein

1) Zur Diskussion um Möglichkeiten und Grenzen der BR-Arbeit, siehe *Direkte Aktion* #185 und #186, auch im Internet.
2) Ausführlicher zur Lage und Geschichte im Berliner Daimler-Werk, siehe Interview mit Mustafa Efe, *Direkte Aktion* #198, online.
3) *Alternative* #81, 31.3.10, online: www.labournet.de/branchen/auto/dc/s/alternative.html

Der normale Wahnsinn

Im „befriedeten" Kino Babylon Mitte führt die Geschäftsleitung weiter Krieg gegen die Beschäftigten

Betriebsversammlungen im Babylon Mitte sind fast ebenso berüchtigt wie der Geschäftsführer des Kinos. Und dieser ließ sich ausnahmsweise am 31. März auch mal auf einer blicken. Nachdem er sich um alle Antworten auf die Fragen der MitarbeiterInnen in peinlicher Weise herumlaviert hatte („Warum wurden die Babylon-Service-Mitarbeiter nicht auf der Berlinale beschäftigt?" – „Das hatte ... verschiedene Gründe."), bekam er richtig Feuer von der Belegschaft. Was für eine jämmerliche Personalpolitik es sei, Vollzeitler einzustellen, von denen manche Schichten von elf Stunden und mehr machen müssten, und dafür Teilzeitler einfach nicht mehr einzuteilen. Und dass das für niemanden gut sei, nicht für die Vollzeitler, nicht für die Teilzeitler, und erst recht nicht für den Betrieb.

Die Reaktion war typisch für Grossman: Der Mitarbeiter, der ihn am schärfsten „angegriffen" hatte, bekam eine Abmahnung wegen zwei angeblicher Verspätungen vor über einem Monat. Die Befürchtung, dass dieser Kollege auf der Abschussliste steht, kommt nicht von ungefähr. Ein anderer Mitarbeiter, der auf der letzten Betriebsversammlung offene Kritik an der Geschäftsleitung geäußert hatte, wurde prompt anschließend ins Büro bestellt. Dort wurde ihm vorgeschlagen, sich „im Guten zu trennen", was er empört ablehnte. Drei weitere Teilzeitler wurden in der nächsten Woche einfach gar nicht mehr in den Dienstplan eingeteilt, was durch den vehementen Einspruch des Betriebsrates (BR) aber zumindest in eine Schicht für jeden abgeändert wurde. Auf Nachfrage wurde ihnen gesagt, man hätte sie einfach vergessen. Alltag in dem durch einen Dumpingtarif von ver.di „befriedeten" Haus.

Der alltägliche Wahnsinn am Rosa-Luxemburg-Platz mag vielleicht anhand folgender Liste verdeutlicht werden, die einige laufende oder unmittelbar anstehende Gerichtsverfahren in internen Angelegenheiten aufzählt: Klage des Caterers gegen seine geplante unsaubere Entsorgung +++ Rechtsstreit des ehemaligen Caterers wegen seiner unsauberen Entsorgung +++ Klage zweier Teilzeitler gegen ihre Arbeitszeitreduzierung +++ Strafverfahren wegen Verletzung der Mitbestimmungsrechte des BR bei der Dienstplanung +++ Klage auf Unterlassung in derselben Sache +++ aktuell eine Einigungsstelle im Haus in derselben Sache +++ Strafverfahren wegen Benachteiligung von BR-Mitgliedern +++ Klage des BR wegen einer nicht bezahlten Schulung (die erste und einzige!) +++ Klage des BR auf Feststellung, dass die FAU Berlin betriebsverfassungsrechtlich eine Gewerkschaft ist +++ Berufungsverfahren der Geschäftsführung gegen die Feststellung, dass K&K und Babylon ein Betrieb sind +++ Klage des BR wegen Verletzung der Mitbestimmungsrechte bei der Einstellung eines der Vollzeitler.

Bild: Oliver Wolters

Auch dieses Jahr wird die Linke Kinonacht wieder Besuch bekommen.

Das sind lediglich die Verfahren, die uns bekannt sind. Und die Verfahren gegen die FAU Berlin sind da nicht mitgerechnet. Zudem endete gerade das Kündigungsschutzverfahren einer Mitarbeiterin gegen ihren fristlosen Rauswurf wegen angeblichen Lohnbetrugs mit einem Vergleich und einer Entschädigung von 1.300 Euro. Aber Geld für die Umsetzung des Flächentarifvertrages sei nicht da.

Wir von der Betriebsgruppe werden es uns nicht nehmen lassen, zusammen mit der FAU Berlin wieder bei der „Linken Kinonacht" am 8.Mai präsent zu sein. Denn die Berliner Linkspartei hält den Laden, den sie „befriedet" hat, offensichtlich immer noch für ein alternatives, möglicherweise sogar linkes Kino, für dessen Erhalt jedes Opfer billig ist. Aber wir sind nicht billig. Und wir sind keine Opfer. Wir werden uns weiter gegen die neoliberalen Täter, ihre Praktiken und Unterstützer wehren – im Babylon und anderswo.

FAU-Betriebsgruppe Babylon Mitte

§§§-Dschungel

Kündigung – leider immer aktuell

Teil II: Kündigungsarten und Abmahnung

Von den Kündigungsformen, die wir in der letzten Ausgabe der *Direkten Aktion* (DA) behandelt haben (betriebs-, personen- und verhaltensbedingt), sind die Kündigungsarten zu unterscheiden. Dazu gehören die ordentliche Kündigung, die außerordentliche Kündigung – auch „fristlose Kündigung" genannt – und die Änderungskündigung.

Ordentliche Kündigung

„Der kann mir doch nicht einfach kündigen!" Diesen Satz hört man immer wieder, oft mit einiger Empörung. Darauf muss geantwortet werden: Doch, er kann, und er muss es dir nicht einmal begründen. Die Frage ist lediglich, ob die Kündigung rechtswirksam ist. Ob sie das ist, stellt letztendlich das Arbeitsgericht fest.

Im ersten Schritt geht es deshalb darum, festzustellen, wie gekündigt wurde. Ein Blick in das Kündigungsschreiben mag ergeben, dass es sich um eine ordentliche Kündigung handelt, da die gesetzlichen Kündigungsfristen eingehalten wurden. Diese sind im § 622 BGB geregelt. Eine ordentliche, also fristgerechte Kündigung wird in der Regel im Zusammenhang mit allen Kündigungsformen (siehe §§§-Dschungel, *DA* Nr. 198) ausgesprochen.

Ein Sonderfall liegt bei befristeten Arbeitsverträgen vor. Ist in diesem die ordentliche Kündigung nicht definitiv geregelt, ist eine fristgerechte Kündigung nicht möglich. Das Arbeitsverhältnis endet dann erst am Ende des festgelegten Befristungszeitraums.

Außerordentliche Kündigung

Bei der außerordentlichen bzw. fristlosen Kündigung sieht das etwas anders aus. Hier muss der Arbeitgeber einen „wichtigen Grund" nennen, der die Weiterbeschäftigung bis zum Ende der gesetzlichen Kündigungsfristen „unzumutbar" macht. In der Regel ist die fristlose Kündigung eine verhaltensbedingte Kündigung. Gesetzlich geregelt ist dies im § 626 Abs. 1 BGB.

Gelegentlich wird zusätzlich noch ordentlich gekündigt. Falls die fristlose Kündigung vor dem Arbeitsgericht keinen Bestand hat, bleibt dann immer noch die Gefahr, fristgerecht gekündigt worden zu sein.

„Wie kann der mir fristlos kündigen, ich habe ja noch gar keine Abmahnung erhalten", mag manch eine/r sich denken. Aber auch hierbei verhält es sich anders, als man erstmal glaubt: Ob eine Abmahnung erforderlich war, auch das entscheidet letztendlich das Gericht (siehe auch dazu §§§-Dschungel, *DA* Nr. 198).

Fristlose Kündigungsgründe können sein: Vermögensdelikte, eigenmächtiger Urlaubsantritt, vorgetäuschte Arbeitsunfähigkeit (Ankündigungen wie: „Wenn ich keinen Urlaub bekomme, mache ich halt krank", sind da gefährlich), Unpünktlichkeiten, etc.

Natürlich könnt auch ihr fristlos kündigen, z.B. wenn der Arbeitgeber mit der geschuldeten Lohnzahlung in Verzug ist.

Änderungskündigung

Eine besondere Art der Kündigung ist die sogenannte Änderungskündigung. Sie beinhaltet zwar eine Kündigung, aber eben auch ein neues Arbeitsangebot zu geänderten Bedingungen. Gesetzlich geregelt ist sie im § 2 KSchG. Sie ist das „mildere" Mittel und findet oft im Zusammenhang mit einer ansonsten betriebsbedingten Kündigung Verwendung. Sie ist sozial nur gerechtfertigt, wenn der angebotene Arbeitsvertrag im konkreten Zusammenhang mit den betrieblichen Änderungen steht. Wirksam werden diese Änderungen erst nach dem Ende der gesetzlichen Kündigungsfristen.

„Aber der kann mir doch nicht einfach ohne Änderungskündigung einen anderen Arbeitsvertrag vorlegen!" Doch, auch das kann er. Die Frage ist, ob man unterschreibt. Und oft werden solche schlechteren Arbeitsverträge auch ohne eine Änderungskündigung unterschrieben. Dann können auch kein Anwalt und kein Gericht mehr etwas tun.

Resümee an dieser Stelle

Viele Menschen denken sich: Kündigung ist Kündigung. Doch es lohnt sich, genauer hinzuschauen und zu prüfen, um welche Form und Art einer Kündigung es sich handelt. Je nachdem müsst ihr bzw. muss eure Anwältin auf diese Kündigung reagieren.

Abmahnung

Die Abmahnung ist in keinem Gesetz geregelt. Sie hat sich aus der Rechtsprechung (Richterrecht) des Bundesarbeitsgerichts (BAG) entwickelt. Bei verhaltensbedingten Kündigungen ist sie fast immer (aber eben nicht immer) notwendige Voraussetzung. Sie kann sich auf die Arbeitsleistung, aber auch auf das Verhalten im Betrieb beziehen.

„Die anderen haben das doch auch immer so gemacht. Wieso bekomme ich jetzt eine Abmahnung? Das geht doch nicht!" Doch, auch das geht. Denn eine Gleichbehandlung im Unrecht gibt es im Arbeitsrecht nicht. Wenn auch andere sich „falsch" verhalten haben, schützt das nicht davor, gezielt herausgegriffen und auch gekündigt zu werden.

Trotzdem muss man so etwas nicht einfach hinnehmen. Manchmal lohnt sich eine Klage gegen eine ungerechtfertigte Abmahnung. Dies kann gerade deshalb sinnvoll sein, da es keine Fristen gibt, nach denen sie verfällt, bzw. festgelegte Zeiten, nach denen sie aus der Personalakte entfernt werden muss. Auch kann man eine Gegendarstellung schreiben und verlangen, dass diese in der Personalakte hinterlegt wird.

Und Vorsicht! Arbeitsrechtliche Abmahnungen sind nicht formbedürftig. Sie können demzufolge auch mündlich ausgesprochen werden. Es muss nur klar erkennbar sein, dass man mit einer Kündigung zu rechnen hat.

In der nächsten Ausgabe werden wir uns mit der Schrifterfordernis, dem Kündigungszugang und den Fristen beschäftigen.

Thersites

Der große Bruder schaut dich an.

Staat & Kapital

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

„Arbeitnehmerdatenschutz" vor Reform ins Bodenlose?

Die Bundesregierung will den sogenannten Arbeitnehmerdatenschutz reformieren. Hintergrund ist die wachsende öffentliche Diskussion um die ständig steigende Überwachung am Arbeitsplatz. Wohin die Reise gehen soll, machte Innenminister Thomas de Maizière (CDU) Anfang April deutlich: Man wolle „bestimmte Schutzlücken schließen", ohne dafür die Interessen der Betriebe übermäßig einzuschränken. Dazu soll nach der Sommerpause ein Gesetzentwurf eingereicht werden. Ein eigenes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz soll dabei nicht begründet, sondern lediglich vorhandene datenschutzrechtliche Bestimmungen ergänzt werden.

Die bislang bekanntgewordenen Ecksteine der Neuregelung lesen sich in der Tat so, als würden sie weniger dem Datenschutz der Beschäftigten als vielmehr den Interessen des Managements dienen. Zwar werden an einigen Stellen bestimmte bekanntgewordene Überwachungspraktiken eingeschränkt bzw. die Strafandrohung erhöht, an anderen Stellen werden dafür aber neue Scheunentore für die Überwachung aufgemacht. Videoüberwachung etwa soll erschwert werden, kann jedoch im Zuge von „wichtigen betrieblichen Interessen" durchaus erlaubt sein. Inhalte von Telefonaten sollen wie bislang bereits besonders geschützt sein. Gleichzeitig soll aber künftig die Kontrolle von betrieblichem Internetzugang, E-Mails und Telefonaten „im erforderlichen Maß" erlaubt werden. Auch die Ortung von MitarbeiterInnen via GPRS soll künftig deutlich einfacher werden. Sie soll dann zulässig sein, wenn es der Koordinierung eines Einsatzes oder der Sicherheit der MitarbeiterInnen dient. Also im Zweifelsfall so gut wie immer.

Wenn der Gesetzentwurf in der geplanten Form verabschiedet wird, dürfte er durch seine Schwammigkeit und die vielen Öffnungsklauseln de facto eher zur Absicherung betrieblicher Überwachung und Datensammelei führen als zu deren Einschränkung. So ist z.B. beim Thema Gesundheitsprüfung zwar eine Zustimmung des oder der Beschäftigten vorgesehen. Was diese „Freiwilligkeit" angesichts des grundsätzlich unfreien Verhältnisses zwischen Firma und ArbeiterIn tatsächlich wert ist, liegt auf der Hand.

ELENA: Arbeitnehmerdatenbank in der Kritik

Für die ELENA-Datenbank wurden bis jetzt 35.000 Datensätze gesammelt, noch verschlüsselt und nicht zur Nutzung freigegeben. Das kryptographische Verfahren sei „state of the art", so Arbeitsministerin von der Leyen.

Der FoeBuD e.V. (Verein zur Förderung des bewegten und unbewegten Datenverkehrs) sieht das naturgemäß etwas anders: Die Vorratsdatenspeicherung sei, was Art und Menge betrifft, eine „höchst gefährliche" und nicht verfassungskonforme Mischung. Das Risiko fehlerhafter und manipulierter personenbezogener Daten würde enorm steigen. Deshalb reichten der Verein und 22.005 Beschäftigte eine Klage beim Bundesverfassungsgericht ein. Die Datenschützer wollen erreichen, dass die zentrale Arbeitnehmerdatenbank gelöscht wird.

Die FDP entdeckt ihre liberale Bürgerrechtsader wieder und auch, dass ihre potenziellen WählerInnen, wie Richter und Beamte, mit ELENA genauso gespeichert werden wie Hartz IV-EmpfängerInnen. Zudem ist gerade der hofierte Mittelstand von der ELENA-Bürokratie besonders betroffen. Frau Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) möchte die Datenbank nun „in Ruhe prüfen" und die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes zur Vorratsdatenspeicherung berücksichtigen.

Der IT-Branchenverband Bitkom fordert von der Regierung, den Zeitplan der Umsetzung für ELENA einzuhalten. Bitkom vertritt 1.300 IT-Unternehmen, unter ihnen Firmen wie lexware, die Software für ELENA verkaufen.

Die Wirtschaft macht Druck für die zügige Durchführung von ELENA und die Regierung muss Rücksicht nehmen auf ihre WählerInnen. Einige Punkte werden wohl weggelassen oder umformuliert, wie die Angabe von Streiktagen, aber die Überwachung von 40 Millionen Menschen mit sehr persönlichen Angaben und die einfache Möglichkeit, alles über die lebenslange Steueridentifikationsnummer zusammenzuführen, wird sich kaum eine Regierung entgehen lassen.

Auf der anderen Seite von Hartz IV

Willkommen bei den Sim-Workers: aus dem Alltag eines Ein-Euro-Jobbers

Unlängst stellte Bundesarbeitsministerin von der Leyen drastisch unter Beweis, dass sie noch immer nicht in ihrem neuen Sachgebiet angekommen ist. Die Vielzahl an Ein-Euro-Jobs, so die Ministerin, beweise, dass es doch genug Arbeitsplätze gäbe, wenn man nur die Rahmenbedingungen dafür schaffe. Das Ganze sollte wohl ein ermahnender Knuff in Richtung Arbeitgeber werden, die mit der Bereitstellung von Stellen gar zu geizig wären, offenbarte aber nur, dass sie im Ansatz nicht im Bilde darüber ist, worum es sich bei den ominösen Ein-Euro-Jobs eigentlich handelt. Denn mit Arbeitsplätzen, auch und gerade im ganz schlichten, umgangssprachlichen Verständnis, haben sie bestenfalls oberflächlich etwas gemein.

In gewisser Weise stellt das Konzept des Ein-Euro-Jobs eine Art Verknüpfung der Idee einer Arbeitsmaßnahme mit der einer Fortbildung dar. Allerdings ohne Entlohnung und irgendeine Qualifikation. Dass heißt, Ein-Euro-Jobs tragen meist den Charakter eines Kurses, den man jedoch nicht mit einer Prüfung oder Zeugnis abschließt und der mit einer „Aufwandsentschädigung" in Höhe von ein bis zwei Euro pro Stunde vergütet wird.

Simulierter Arbeitsplatz

Tellerwaschen in der Kantine einer Behörde, Unkrautzupfen in Parkanlagen, im Kindergarten Märchen vorlesen – Stellen dieser Art sind es wohl, die man sich landläufig unter Ein-Euro-Jobs vorstellt. Und es gibt sie wirklich, jedoch machen sie einen geringen Teil der „Arbeitsgelegenheit" (AGH) getauften Maßnahmen aus. Denn die Gesetzesvorgabe, wonach eine AGH „zusätzlich und gemeinnützig" sein müsse, ist nur schwer zu erfüllen. Zuletzt gingen Meldungen durch die Medien, wonach die Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Schleswig-Holstein Putzdienste in Pflegeheimen nicht nur durch Ein-Euro-JobberInnen erledigen, sondern diese sich auch von den Pflegeheimen voll bezahlen ließ. Ein gleich zweifacher Verstoß: Zum einen darf eine AGH nicht solche Arbeit verrichten, für die eine „echte" Arbeitskraft vonnöten ist, noch darf für die Inanspruchnahme eines Ein-Euro-Jobs ein Entgelt verlangt werden.

Der andere Typus AGH, der wohl den Ein-Euro-Job schlechthin darstellt, ist der simulierte Arbeitsplatz. Und das meine ich nicht ironisch. Es heißt tatsächlich, simulierte Arbeit. Jede AGH soll nämlich den Langzeitarbeitslosen wieder an frühes Aufstehen, regelmäßige Tagesabläufe, Zusammenarbeit mit KollegInnen und das Befolgen von Anforderungen gewöhnen. Und wieder gebe ich nur die offizielle Lesart wieder, wie sie uns regelmäßig durch unsere SozialpädagogInnen immer wieder eingebläut wird. Aber während dies im Zusammenhang mit gärtnerischer Tätigkeit im Stadtpark als eine Art erwachsenenpädagogischer Anspruch betrachtet werden darf, beruhen die allermeisten Ein-Euro-Jobs ganz auf diesem Ansatz.

Das Geschäft mit Hartz IV

Eine regelrechte Industrie ist darum entstanden, ein kaum noch überblickbarer Dschungel aus eingetragenen Vereinen und privaten Firmen – meist am Kürzel gGmbH zu erkennen, das kleine g steht hier für „gemeinnützig" –, die ausschließlich davon leben, simulierte Arbeit anzubieten. Ein offensichtlich lukratives Geschäft.

Insgesamt habe ich mit drei Anbietern von AGH zu tun bekommen. Dabei handelt es sich um Firmen, die ganz oder zum großen Teil von Ein-Euro-Jobs leben. Pro AGH erhält der Anbieter vom Staat ein festes Budget, üblicherweise knapp 500 Euro im Monat, von denen er die Aufwandsentschädigung an den Ein-Euro-Jobber entrichtet und Arbeitsmaterialien anschafft. Von der Differenz lebt dann der Anbieter. Es braucht nicht viel Fantasie sich auszumalen, an welchem Ende hier zuerst gespart wird: Erst nachdem eine Person die AGH angetreten hat, werden etwaige Materialien angeschafft, und diese so preisgünstig wie möglich. Oder es werden feste Stellen eingespart, die sogenannten Anleiter. Und das hat Folgen.

In meiner ersten Stelle als Webdesigner: „Aber davon habe ich überhaupt keine Ahnung" – „Das hat hier niemand", ging es für mich und meine etwa 60 KollegInnen darum, die 30-Stundenwoche irgendwie rumzukriegen, ohne ganz die Nerven zu verlieren. Denn zu tun gab es … nichts. Für vier, vielleicht fünf KollegInnen lagen Aufträge zum Bearbeiten vor, der Rest wurde angehalten, sich „ruhig zu beschäftigen, ohne die anderen zu stören". Denn für uns alle gab es genau einen Anleiter, der notorisch überarbeitet war und sich darauf beschränkte, die Neulinge mit Trainingsvideos zu füttern, mit denen sie sich die Grundlagen des Programmierens selbst aneignen sollten, einmal in der Woche den schimpfenden Kaspar mit puterrotem Gesicht zu mimen, weil es nicht angehen könne, dass hier manche meinen, den ganzen Tag PC-Spiele spielen zu können, und gelegentlich hysterisch zu kichern, wenn er feststellte, wieder einmal drei Tage lang nicht geschlafen zu haben. Einmal kam ich mit einem echten Auftrag zu ihm, an den ich durch Bekannte gekommen war: Ein gemeinnütziger Verein in Hamburg wünschte sich ein neues Layout für seine Homepage. Aber nein, schüttelte er den Kopf, viel zu anspruchsvoll für uns, die sollen zufrieden sein mit dem, was sie haben. Und so drehte ich weiter Däumchen. Immerhin, es gab einen Raucherraum und man konnte Pause machen, wann man wollte.

Wie man lernt, den Wecker zu stellen

Derartige Extreme sind sicher eher die Ausnahme, doch sind AGH oft von Leerlauf bestimmt. So bin ich aktuell als „Multimediahelfer" mit ca. 30 KollegInnen angehalten, eine Website über bestimmte Neubausiedlungen im Osten Hamburgs zu erstellen. Eine Aufgabe, die in der freien Wirtschaft wohl kaum von mehr als drei Personen innerhalb weniger Wochen erledigt werden würde. Unser Projekt ist allerdings auf ein ganzes Jahr ausgelegt. Das und die Tatsache, dass uns nur 14 Computerplätze zur Verfügung stehen, führt dazu, dass nicht immer jeder und niemand die ganze Zeit über etwas zu tun bekommt.

Auf Dauer ist es ungemein zermürbend, stunden- oder gar tagelang nichts Sinnvolles, Vernünftiges oder wenigstens doch Nützliches zu tun zu haben. Worauf wirklich Wert gelegt wird, sind pünktliches Erscheinen und jene Art körperlicher und psychischer Präsenz, die sich im Ausruf „Stets zum Arbeiten bereit, Chef!" ausdrückt.

Währenddessen muss man auf die SozialpädagogInnen achtgeben, die bei Ein-Euro-Jobs in größeren Firmen zum Repertoire gehören und parallel zur eigentlichen AGH überprüfen, inwiefern Kollege Langzeitarbeitslos sich integriert und bemüht: Ob er z. B. bereit ist, seinen Lebenslauf auch zum vierten oder fünften Mal umzuschreiben, und wie es um seine „Teamfähigkeit" bestellt ist. Alle fünf Monate nämlich – eine AGH dauert in der Regel zehn Monate, häufig werden diese um abermals zehn Monate verlängert – erstellt der Anbieter einen Bericht über den Ein-Euro-Jobber fürs Arbeitsamt, der eine den Kopfnoten (Betragen, Fleiß, Mitarbeit, Ordnung) nicht unähnliche Beurteilung enthält.

Viele KollegInnen empfinden diese Bedingungen als herabwürdigend. Unter meinen insgesamt vielleicht 150 KollegInnen, von denen ich etwa ein Drittel näher kennenlernte, habe ich ein, zwei Personen getroffen, die froh über die AGH waren, weil sie (nach eigener Aussage) sonst nichts mit sich anzufangen wüssten. Die meisten jedoch sind in Hartz IV gerutscht, weil sie ihren Arbeitsplatz verloren haben, als sie Ende 40, Anfang 50 waren und nun auf dem ersten Arbeitsmarkt etwa so begehrt sind, wie die berühmte Zeitung von gestern. Solchen Menschen, die oft nicht länger als anderthalb Jahre arbeitslos sind, und häufig jahrzehntelang schwer geschuftet haben, braucht man nicht beizubringen, wie man sich den Wecker stellt oder Pausenbrote schmiert. Gerade in dieser Gruppe hinterlassen Frust und Erniedrigung durch die AGH ihre Spuren.

Es kommt darauf an, auf welcher Seite man steht

Und der Erfolg? Bisherigen Studien zufolge war in der Nachkriegsgeschichte der deutschen Arbeitslosigkeit noch keine Maßnahme zur Integrierung von Langzeitarbeitslosen so erfolglos wie der Ein-Euro-Job. Ich selbst habe keinen einzigen Fall erlebt, wo jemand von uns aus der Maßnahme in eine echte Vollzeitstelle ausgeschieden wäre. Wenn überhaupt, so kamen einige in anschließenden Maßnahmen unter, die auf ein, zwei Jahre befristet und etwas besser bezahlt sind als mit einem Ein-Euro-Job aufgestocktes Hartz IV. Meine Zeit ist in drei Monaten um. Ich bin gespannt, ob sie mir mehr eingebracht haben wird, als einige neue Bekanntschaften und die Erkenntnis, dass sich von Hartz IV dann gut leben lässt, wenn man Ein-Euro-Jobs anbietet, statt sie in Anspruch zu nehmen.

Matthias Seiffert

Die Rechnung geht nicht auf

Angeblich führt kein Weg dran vorbei: weitere Prekarisierung der persönlichen Assistenz. Bereitschafts-Team zieht die Reißleine

Hier und da ein nettes Wort macht das Leben erträglich. Die Gewissheit etwas „Gutes" getan zu haben, gibt dem Leben einen Sinn. Leider füllt es jedoch nicht den Tisch. In der Behindertenassistenz wird weiter an der Sparschraube gedreht, da die Assistenzdienste selbst weiter unter Druck geraten, der auf die Beschäftigten abgewälzt werden soll. Die moralische „Entlohnung" soll die materielle ersetzen. Die Folge sind Zeitverträge, Streichung von Zuschlägen und Lohndumping sowie keinerlei Anpassung der Löhne an die Inflation.

Lohndumping bei den Berliner „ambulanten diensten"

Die Geschäftsführung des ambulanten dienste e.V., die die Gehälter ab Januar 2008 um ganze 20% gesenkt und die darauf folgenden Proteste ausgesessen hatte, sucht nach neuen Einsparmöglichkeiten. Diesmal sollten die Bezüge des siebenköpfigen Bereitschaftsdienst-Teams dafür herhalten. Dieser hat nachts und am Wochenende telefonisch erreichbar zu sein, um bei einem Notfall an den jeweiligen Einsatzort vermittelt zu werden. Die Bezahlung wird in Form einer Pauschale mit Zuschlägen abgerechnet. Obwohl der Pauschalbetrag nur einen Stundenlohn von 5,13 Euro umfasst – und das bei Schichten von 16–18 Stunden! –, entschied die Geschäftsführung im Dezember, die Zuschläge zu streichen, so dass das Gehalt des BSD-Teams nun rund 50% des allgemeinen AssistentInnen-Lohns beträgt. Die Vergütung für Mehrarbeit und Weggeld sollte kurzerhand wegfallen. Das BSD-Team suchte daraufhin das Gespräch mit der Geschäftsführung, das nur mithilfe des Betriebsrats zustande kam. Die Geschäftsführung ließ jedoch nicht mit sich reden und die BSDlerInnen nahmen den Hut.

In der kurz nach der Kündigung veröffentlichten Stellenausschreibung war dann alles wieder beim Alten: Mehrarbeitszuschläge und Weggeld werden weiter als Anreiz für den BSD verwendet. Jetzt weiß wohl auch die Geschäftsführung, dass sich sonst nur schwer neue Team-Mitglieder locken lassen.

„Lernen" von der Altenpflege

Im Prozess einer umfassenden Prekarisierung des Pflegewesens geraten auch die Assistenzdienste, die lange noch verhältnismäßig geordnete Arbeitsbedingungen boten, immer mehr unter Druck. Im Zuge der Einführung des Arbeitgebermodells in der persönlichen Assistenz, das die Assistenz weitestgehend dezentralisieren und die AssistentInnen noch weiter vereinzeln wird, erscheinen diejenigen Assistenzdienste mit Lohnfortzahlung, Wahrung des Arbeitsrechts und Unterstützung von AssistenznehmerInnen, nicht mehr wirtschaftlich genug.

Die Altenpflege gibt einen Vorgeschmack darauf, was „wirtschaftlich" ist: In Altenheimen schuften schlecht bezahlte und völlig überlastete PflegerInnen. Da die notwendige Pflege so nicht zu gewährleisten ist, streben immer mehr Menschen an, ihre Angehörigen in deren Wohnungen versorgen zu lassen. Eine intensive Betreuung ist aber sehr zeitaufwändig und somit teuer, was zum häufigen Einsatz von Pflegekräften aus Osteuropa führt. Diese leben für einen begrenzten Zeitraum in den Haushalten der Pflegebedürftigen und stehen rund um die Uhr zur Verfügung, obwohl sie teilweise nur als Haushaltshilfen geführt werden, die nicht über acht Stunden arbeiten und keine pflegerischen Tätigkeiten verrichten dürfen.

Die ständige Verfügbarkeit und niedrige Vergütung erinnern an sklavenähnliche Arbeitsbedingungen. Es ist davon auszugehen, dass neben der rechtlichen Grauzone als „Haushaltshilfe" oder in Scheinselbstständigkeit, auch undokumentierte Arbeitsverhältnisse verbreitet sind.

McPflege für alle

In der Behindertenassistenz ist diese Entwicklung bislang noch nicht angekommen. Allerdings zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab. Behinderten, die autonom leben können, steht die Möglichkeit des Arbeitgebermodells offen, und somit die Option der Verwirklichung der Selbstbestimmung auf den Schultern von BilligjobberInnen. Gerade Behinderte, die sich vor die existenzielle Entscheidung zwischen einem Leben im Heim und der Ausbeutung von Pflegekräften zu Dumpinglöhnen gestellt sehen, werden dem Kostendruck wenig entgegensetzen können. Denjenigen, die nicht in der Lage sind, ihre Assistenz selbst zu organisieren, z.B. aufgrund von degenerativen Erkrankungen, Sprechstörungen oder mangels Organisationstalent, steht diese Option nicht offen, was in der Debatte um das Arbeitgebermodell oft „vergessen" wird.

In Berlin dürfte der Sparzwang weiter zunehmen. Denn in diesem Jahr stehen wieder Verhandlungen der Ambulanten Dienste mit der Senatsverwaltung an. In Anbetracht der leeren Hauptstadtkassen ist eine Verbesserung unwahrscheinlich, zudem die Erfahrung gezeigt hat, dass die Geschäftsführung den Druck eher auf die Beschäftigten abwälzt, als offensiv mehr Geld herauszuholen.

Allerdings zeigt das Beispiel des BSD-Teams, dass sog. „Einsparmaßnahmen" auch abgeändert werden können, wenn die Rechnung nicht aufgeht. Und gerade in Anbetracht der relativ großen Gruppe von Betroffenen, sollte es möglich sein, zusammen für eine würdige Entlohnung und Gewährleistung der Assistenz einzutreten.

Daniel Colm

Die *Direkte Aktion* berichtete bereits über Lohnkürzungen und Widerstand bei den Berliner Ambulanten Diensten (*DA* #188), eine Klage gegen sittenwidrige Löhne eines Rostocker Assistenzdienstes (*DA* #197) und die Folgen des Arbeitgebermodells in der Behindertenassistenz (DA # 198).

Sand in die Augen

Mindestlöhne in der Pflege halten nicht das, was sie versprechen

Sechs Monate lang hat die vom Arbeitsministerium eingesetzte Pflegekommission verhandelt. Ende März einigten sich kommunale, private, kirchliche und wohlfahrtsverbandliche Träger schließlich mit der Arbeitnehmerseite auf die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in der Pflege. Glaubt man den DGB-Gewerkschaften, die Mindestlöhne seit Jahren wie ein Allheilmittel gegen den Wettbewerb mit Dumpinglöhnen anpreisen, ist die Abwärtsspirale nun auch in dieser Branche gestoppt.

Der Beschluss der paritätisch von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite besetzten Kommission fiel einstimmig. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) stellte die zügige Umsetzung per Rechtsverordnung bereits in Aussicht. Für die rund 800.000 Beschäftigten in Altenheimen und ambulanten Pflegediensten würde demnach vom 1. Juli an eine verbindliche Lohnuntergrenze von 8,50 Euro in Westdeutschland und 7,50 Euro in Ostdeutschland gelten. Arbeitgeber, die Altenpflegekräften derzeit weniger zahlen, müssten die Löhne zum Stichtag auf dieses Niveau anheben. Zumindest theoretisch, denn niemand wird das am Ende flächendeckend kontrollieren. Die dafür zuständige Behörde, der Zoll, wird über Stichproben und die Verfolgung konkreter Anzeigen kaum hinauskommen. Auch Mindestlöhne müssen am Ende in den Betrieben erst noch von den Beschäftigten durchgesetzt werden, etwa per Klage gegen ihre Arbeitgeber.

Ginge es nach den Vorstellungen der Pflegekommission, soll die Lohnuntergrenze in zwei Schritten steigen, zum 1. Januar 2012 um ganze 25 Cent auf 8,75 Euro im Westen und 7,75 im Osten, zum 1. Juli 2013 dann auf neun bzw. acht Euro. Dass insgesamt nicht mehr heraussprang, ist der Blockadehaltung privater Betreiber, vor allem aber der tonangebenden Diakonie geschuldet. Die gewerkschaftliche Verhandlungsmacht in der Branche ist schwach, nicht zuletzt dank der von Staats wegen eingeräumten Sonderrechte kirchlicher Arbeitgeber. Erfolgreich wird den Beschäftigten regelmäßig ihr Streikrecht bestritten (siehe dazu Seite 1). Mehr als die Hälfte aller Altenpflegekräfte sind bei den konfessionellen Trägern Caritas und Diakonie beschäftigt.

Dass sich die Arbeitgeberseite überhaupt verhandlungsbereit zeigte, hat mithin andere Gründe. Angesichts der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 2011 wollte sie sich derart nur ihrer derzeitigen Marktposition versichern. Denn auch ausländische Pflegeanbieter sind an die Lohnuntergrenze gebunden.

Nandor Pouget (GGB Hannover)

Leiharbeit im Visier

Krisengeschüttelte Leiharbeit wieder im Aufwärtstrend – Proteste gegen Sklavenhandel gehen weiter

Die Leiharbeit boomt – wieder. Von 820.000 LeiharbeiterInnen im Juli 2008 sackte die Leiharbeit auf 580.000 Beschäftigte im April 2009. Sie waren die ersten, die in der Krise die Betriebe verlassen mussten. Nun sollen es schon wieder über 720.000 sein.

Die IG Metall malt bereits in einem industriepolitischen Memorandum ein Bedrohungsszenario mit schwindelerregenden 2,5 Millionen prekärer Existenzen an die Wand. Betriebsräte werden aufgerufen, die Ausweitung der Leiharbeit zu verhindern. Das Memorandum soll Argumente an die Hand geben, wie diese ihrer Geschäftsleitung klarmachen, dass Leiharbeit eigentlich firmenschädlich sei. Dabei wird hauptsächlich auf Image, Arbeitsabläufe und Verprellung von Fachkräften abgehoben. Kann dies helfen, dem Erfolgsmodell Leiharbeit einen Riegel vorzuschieben? Schließlich beschäftigen bereits 43% der Großbetriebe in NRW die wesentlich billigeren Leiharbeitskräfte und profitieren von deren halbierten Löhnen, halbierter Sicherheit und halbiertem Status.

Doch in den letzten Monaten gerät Leiharbeit immer wieder in die öffentliche Kritik. Der Fall Schlecker hat Wellen geschlagen und in NRW stehen Wahlen an. Die SPD fordert auf einmal, dass das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" nach einer kurzen Einarbeitungszeit ausnahmslos gelten solle. In ihrer „Agenda 2010" sollte die Leiharbeit noch zur Flexibilisierung der Arbeitswelt beitragen. Auch die Bundesregierung wolle nicht tatenlos zusehen, wie der Dienstleistungssektor zu einem Niedriglohnbereich verkommt, forciert aber gleichzeitig die Ausweitung befristeter Beschäftigungsverhältnisse.

Der Bundesrat lehnte Ende März „die Nutzung ... der Zeitarbeit zum Ersatz von Stammbelegschaften ab". Doch was, wenn wie bei Daimler LeiharbeiterInnen über Werksverträge mit Zulieferfirmen eingekauft werden? Und warum sollte dies freiwillig aufgeben werden, wenn satte Profite winken? Ohne starke kämpferische Gewerkschaften wird der Kern des Problems unangetastet bleiben.

Syndikate der FAU und IAA gehen derweil weiterhin gegen die Leiharbeit auf die Straße. In Frankfurt/Main nahmen am 9. April um die 150 Personen an einer Rallye für die Abschaffung von Leiharbeit und Hartz IV teil. Auch in Bonn, Hannover und Düsseldorf wurden Leiharbeitsbuden besucht. Einem Aufruf der CNT Zaragossa folgend, fanden am gleichen Tag Solidaritätsaktionen gegen die Entlassung einer Leiharbeiterin bei der USG People-Gruppe statt. Denn wenn die Leiharbeit boomt, muss auch die Solidarität boomen.

Thomas Winzer

Mampf im Klassenkampf

Eurest ist ein Branchenprimus. Der Catering-Konzern brüstet sich, die Nr. 1 der Betriebsgastronomie zu sein. Alles andere als erstklassig sind allerdings die Arbeitsbedingungen der über 8.000 Beschäftigten. Niedriglöhne, hohe Arbeitsdichte, massive Überstunden, Schikane gegen engagierte KollegInnen und cholerische Chefs bilden das Szenario, mit dem sich auch die Belegschaft der Eurest-Kantine der Frankfurter Commerzbank herumschlagen muss. Aus Protest gegen den Schmusekurs der NGG waren die KollegInnen im vergangenen Jahr zur IWW gewechselt und suchen seitdem neue Wege. Die Zustände wurden öffentlich gemacht, Kontakte zu KollegInnen in anderen Kantinen und zu UnterstützerInnen geknüpft. Im Februar rief das Kölner Küchen-Komitee, das sich zur Unterstützung der Eurest-Beschäftigten bei Ford gegründet hat, zu einem ersten internationalen Aktionstag auf. Inzwischen hat die NGG reagiert. Im März rief sie erstmals zu einer Demonstration vor der Konzernzentrale auf.
(HO)

Weitere Infos:
kuechenkomitee.blogsport.de
wobblies.de

Solidarität hilft siegen

Wie ein Abwehrstreik im Jahr 1919 zum Achtstundentag in Spanien führte und die Weichen stellte zur sozialen Revolution 1936

Gegen Ende des Ersten Weltkriegs hatte sich die soziale Lage auch im neutralen Spanien extrem verschlechtert. Immer mehr ArbeiterInnen schlossen sich der 1910 gegründeten Gewerkschaft CNT an. Beispielhaft für die Vitalität der jungen Organisation war der – trotz Militäreinsatzes letztlich erfolgreiche – Streik beim Stromversorger La Canadiense in Barcelona, der sich 1919 zum Generalstreik ausweitete und 70% der Industrieproduktion Kataloniens zum Erliegen brachte.

Der Erste Weltkrieg, der im Jahr 1914 ausbrach, überraschte ein auf sich selbst fixiertes Spanien, das weit abseits der Konflikte der europäischen Geschichte stand. Ein Spanien mit einer Operettenarmee, das 1898 nicht in der Lage gewesen war, die letzten Reste seines Kolonialreichs zu halten, und das es seit 1906 nicht geschafft hatte, die Eroberung des Rif (Marokko) zu Ende zu bringen. Die spanische Außenpolitik war zwar traditionell eng an die französische gekoppelt. Aber Spanien hatte aufgrund seiner Schwäche weder in dem von Bismarck aufgebauten System der militärischen Blöcke mitgewirkt, noch wurde es vom Frankreich der III. Republik als wichtiger Verbündeter betrachtet. Daher war Spanien nicht den Automatismen militärischer Bündnisse unterworfen und sah sich nicht gezwungen, im Jahr 1914 unverzüglich den Krieg zu erklären. In den Folgejahren sollte die Debatte über die Notwendigkeit an der Seite der Entente oder der Mittelmächte in den Krieg einzutreten, das Land tief in zwei Lager spalten, ohne dass eine der beiden Strömungen in der Lage gewesen wäre, das Land in den Krieg zu ziehen. Die Anarchisten hingegen vertraten, wie schon in den spanischen Kolonialkriegen eine pazifistische Haltung, die sie im April 1915 auf dem Internationalen Friedenskongress in Ferrol neu formulierten.

Der rasante Aufstieg der CNT

Die anarchosyndikalistische Confederación Nacional del Trabajo (CNT), die im Gründungsjahr 1910 schon 30.000 Mitglieder zählte, rief bereits ein Jahr später zum Generalstreik auf. In dessen Folge wurde die CNT 1911 illegalisiert.

Im Jahr 1914 kehrte die CNT in die Legalität zurück und gewann breite Unterstützung unter den ArbeiterInnen. Zu der ständigen Arbeit der Organisierung und Propaganda der anarchistischen Arbeiterbewegung, wie sie seit den Zeiten der Ersten Internationale betrieben wurde, kam der schwierige Alltag der spanischen ArbeiterInnen in diesen Jahren des Weltkriegs hinzu. Das war der Nährboden, auf dem die CNT zur wichtigsten Organisation der spanischen Gewerkschaftslandschaft wurde – 1919 zählte sie 750.000 Mitglieder. Damit lag sie weit vor der sozialistischen Unión General de Trabajadores (UGT), die getreu einer orthodoxen Auslegung des Marxismus, die Bauern im agrarisch geprägten Spanien außer Acht ließ.

Die Verelendung im Boom

Während der Rest Europas in Flammen stand, war Spanien durch seine Neutralität eine Oase des Friedens. Das spanische Bürgertum entdeckte sehr schnell die Vorteile der einsetzenden erhöhten Auslandsnachfrage. Die spanischen Rohstoffe und Fertigwaren, die bisher nicht gegen die Konkurrenz der europäischen Fabriken hatten bestehen können, waren auf einmal gefragt, um die Kriegsindustrien mit Rohstoffen zu versorgen oder zu ergänzen. Während die Preise – auch im Inland – explodierten, wuchsen die Profite der Land- und Industriebourgeoisie exponentiell an. Auf der anderen Seite aber wurden die Reallöhne durch eine rasende Inflation immer weiter abgewertet. Dies stürzte auch die Mittelschicht, die ohne unternehmerischen Profit verblieb und sich nicht auf wirksame soziale Kampfformen stützte, in extreme Armut. Im Jahr 1917 hatte sich die soziale Lage in Spanien extrem verschlechtert. Der konstante Anstieg der Preise für Grundnahrungsmittel, deren Ankauf sich die kriegsführenden Mächte gegenseitig streitig machten, und die uferlose Gier eines Bürgertums, das seine gewaltigen Gewinne weder verteilte noch sie zur Modernisierung der Industrie des Landes einsetzte, stürzten die Arbeiterklasse und Teile der Mittelschicht, die sich nun zögerlich organisierte, ins Elend.

Kein Vertrauen in die Regierung

Die spanische Bevölkerung fühlte sich immer weniger durch das Parlament und den Ministerrat vertreten. Das politische System der konstitutionellen Monarchie, das 1874 eingeführt worden war, lag 1917 am Boden.

Schuhmacherinnen in Barcelona 1920

Bei den Wahlen kam es zu heftigen Eingriffen und Fälschungen, und ohnehin waren die Frauen vom Wahlrecht ausgeschlossen. Zudem waren die Parteien von Korruption durchdrungen.

Abseits der populären Hoffnungen, erstarkte in der Armee die korporatistische Bewegung hoher Militärs und Offiziere, die sog. Verteidigungsräte (Juntas de defensa). Sie forderten für eine größere Unabhängigkeit des Militärs von der Zivilregierung, eine bessere materielle Ausstattung und wandten sich gegen den Antimilitarismus der anarchistischen Bewegung. Der im Jahr in 1917 amtierende ultrakonservative Kriegsminister Juan de la Cierva sympathisierte mit den reaktionären Militärs und ihren Forderungen. Das führte zu einem zunehmenden Kontrollverlust über die Armee sowie letztlich zum Rücktritt der liberalen Regierung unter García Prieto. Die konservative Nachfolgeregierung Dato legalisierte schließlich die nationalistischen Verteidigungsräte, die bis 1923 noch mehrere Regierungen stürzten und dann die Militärdiktatur Primo de Riveras unterstützten.

Gescheitert: Generalstreik als Geburtshelfer der Republik

Die Gewerkschaftsverbände CNT und UGT traten 1916 in eine Phase der Kooperation ein, um nicht nur die Arbeits- und Lebensbedingungen der unteren Klassen zu verbessern, sondern vor allem um die spanische Gesellschaft zu erneuern und ihre Institutionen zu demokratisieren. Im Sommer 1917 riefen Anarchisten und Sozialisten gemeinsam zu einem Generalstreik auf, der mit einer Versammlung von Parlamentsabgeordneten der demokratischen Parteien (Republikaner, Reformisten, katalanische Nationalisten und Sozialisten) zusammenfiel und auf die Unterstützung der Verteidigungsräte hoffte. Aber in der Stunde der Wahrheit lösten die Parlamentarier die Versammlung auf, bevor das anrückende Militär dies hätte erzwingen können. Die Verteidigungsräte stellten sich auf die Seite der Monarchie, während das Militär die Streikbewegung mit Gewalt unterdrückte.

Die Gewerkschaften waren alleine geblieben. Das Scheitern des Generalstreiks von 1917 überzeugte die ArbeiterInnen davon, dass sie nichts von der Bourgeoisie erhoffen durften. In diesem Sommer hatten die von der russischen Februarrevolution verschreckten Mittelschichten Spaniens ihren eminent konservativen Charakter ebenso offenbart wie ihre panische Furcht vor einer sozialen Revolution. Der Verlauf der Ereignisse in Spanien hätte eine deutliche Warnung sein können für das, was das deutsche Proletariat im Januar 1919 und das ungarische im März desselben Jahres erwarten sollte.

Die Neuorganisierung in Branchensyndikaten

Die CNT verstand eher als alle anderen, dass eine neue Etappe begonnen hatte, und erneuerte unter der Führung einer neuen Generation von Gewerkschaftern – darunter Salvador Seguí, Ángel Pestaña und Juan Peiró – den Syndikalismus tiefgreifend. Auf dem katalanischen Regionalkongress in Barcelona wurde 1918 die Organisierung der CNT-Mitglieder in Branchensyndikaten (Bau, Metallurgie, Textil ...) beschlossen, die die alten Berufsverbände (Maurer, Maler, Tischler ...) überwanden.

Das Funktionieren des neuen Syndikalismus und die Treue der ArbeiterInnen zur anarchistischen Arbeiterbewegung wurden 1919 anlässlich des Streiks bei der Barcelona Traction, einem aufgrund der Nationalität seines Mehrheitseigners allgemein als La Canadiense bekannten Energieunternehmen, auf die Probe gestellt: Eine Gruppe Angestellter der Rechnungsabteilung hatte eine unabhängige Gewerkschaft gegründet, die vom Unternehmen nicht anerkannt wurde. Acht ihrer Vertreter wurde der Lohn gekürzt – und die Betroffenen wurden gefeuert, nachdem sie gegen diese Ungerechtigkeit protestiert hatten. Am 5. Februar erklärten sich alle Angestellten der Rechnungsabteilung, über 100 an der Zahl, mit ihren Kollegen solidarisch und begannen einen Streik. Sie traten an die Zivilregierung heran, um diese zum Einschreiten zugunsten der Beschäftigten zu bewegen; aber anstatt den Ausgleich zu suchen, entließ die Firma alle Streikenden und die Regierung schickte die Polizei zum Schutz der Fabrik.

... und die Feuertaufe

Die gefeuerten ArbeiterInnen wandten sich auf der Suche nach Unterstützung an die CNT. Die Anarchosyndikalisten gründeten ein Streikkomitee unter Beteiligung der Angestellten und einiger CNT-Mitglieder. Der Streikaufruf bei La Canadiense wurde auf die Beschäftigten anderer Abteilungen ausgeweitet, um die Unternehmensleitung zu Verhandlungen zu zwingen. Aber die Leitung, die es nun doch akzeptiert hätte, mit ihren Angestellten zu verhandeln, wollte sich mit CNT-Vertretern nicht zusammensetzen.

In der dritten Woche radikalisierte sich der Streik: Die Stromversorgung Barcelonas durch La Canadiense wurde von den ArbeiterInnen unterbrochen und die Armee besetzte die Straßen. Am 23. Februar streikten schließlich die Beschäftigten aller Stromversorgungsunternehmen der Stadt und zwei Tage später schlossen sich die ArbeiterInnen an, die die Stadt mit Wasser und Gas versorgten. Die neue Branchengewerkschaft der CNT für Wasser, Gas und Elektrizität stellte ihr Funktionieren unter Beweis.

Der Armeekommandant von Katalonien, der den Streik nicht brechen konnte, wollte alle Elektrizitätsarbeiter zur Armee einziehen, aber die organisierten Setzer boykottierten die Veröffentlichung des Dekrets, das daher nur in einer Zeitung der Stadt erschien. Die CNT-Mitglieder missachteten den Befehl zur Mobilisierung und wurden in das Gefängnis von Montjuïc gesperrt – das Schicksal war herausgefordert.

Am 14. März stimmte La Canadiense auf Druck der Madrider Regierung schließlich der Beendigung des Konfliktes zu, indem das Unternehmen die Forderungen der Streikenden – Wiedereinstellung der Entlassenen und Anerkennung der Gewerkschaft – bedingungslos erfüllte. Die CNT hatte gewonnen.

Allerdings blieben fünf Anarchisten im Gefängnis und die ArbeiterInnen riefen für den 23. März zu einem erneuten Streik auf, um deren Freilassung zu fordern. Die Armee rückte wieder aus. Die Regierung verfügte die zeitlich begrenzte Aufhebung der verfassungsmäßigen Grundrechte, was jegliche Willkür zuließ und die Freiheit der Bürger stark einschränkte: In diesen Tagen wurden gegen ein CNT-Mitglied, Miguel Burgos, erstmals das sog. „Fluchtgesetz" angewandt, eine Form außergerichtlicher Hinrichtung. Dieser zweite Streik sah sich also mit einer stärkeren Repression konfrontiert als der Kampf gegen La Canadiense und musste Mitte April beendet werden.

Der Auftakt eines unerbittlichen Kampfes

Aber der CNT war es nicht nur gelungen, die Forderungen der ArbeiterInnen von La Canadiense zu durchzusetzen und sich das Existenzrecht als Gewerkschaft zu erobern. Denn in Reaktion auf die Auseinandersetzungen in Barcelona hatte die Regierung in Madrid Anfang April 1919 den Achtstundentag für ganz Spanien eingeführt – ein historischer Sieg, den die CNT mit enormen Opfern errungen hat.

Der katalanische Unternehmerverband gab jedoch nicht auf: Im Dezember 1919 holte er zum Gegenschlag aus und organisierte eine Aussperrung, die 150.000 katalanische Beschäftigte auf die Straße setzte – wer wieder arbeiten wollte, sollte seinen CNT-Ausweis vernichten. Die Mitglieder weigerten sich einmal mehr, und am 26. Januar 1920 musste der Verband nachgeben und alle ArbeiterInnen wieder einstellen, ohne dass auch nur einer den Gewerkschaftsausweis abgegeben hätte.

Bereits vor dem Barceloner Generalstreik hatten Unternehmer einen gewissen Bravo Portillo beauftragt, eine Söldnertruppe zur Ermordung von führenden CNT-Gewerkschaftern aufzubauen. Wichtige Vertreter der CNT, darunter Salvador Seguí, wurden in den folgenden Monaten und Jahren von diesen Handlangern der Unternehmer ermordet. Auf staatlicher Seite machte die Polizei exzessiven Gebrauch von dem „Fluchtgesetz"; hunderte Gewerkschaftsmitglieder kamen so ums Leben. Dagegen organisierten sich in den Reihen der CNT geheime bewaffnete Gruppen – der vielleicht berühmtesten Gruppe, Los Solidarios, gehörten u.a. Durruti, Ascaso und García Oliver an –, die später zum leuchtenden Vertretern der Federación anarquista ibérica (FAI) werden sollten. Sie gingen zum Gegenangriff auf bekannte Reaktionäre über und verübten auch Banküberfälle, um die Streikkassen der CNT zu füllen. Seit 1919 war die gesellschaftliche Lage aufs Äußerste gespannt, die Revolution war unausweichlich.

Juan Pablo Calero,
Historiker, Publizist und
Mitglied der CNT

Kein Blackout

Bisher begrenzter Widerstand gegen monströse Sparpläne in Griechenland

Quelle: Indymedia Athen

Demonstration am 11. März

Nicht erst seit kurzem steht Griechenland am Rande des wirtschaftlichen Ruins. Das Land gehörte innerhalb der EU von Beginn an zu den ökonomisch schwachen Staaten. Die private Verschuldung ist von 16,8 Mrd. 2001 auf 98,3 Mrd. Euro im Jahr 2008 gestiegen. Der Durchschnittslohn lag 2008 bei 789 Euro und das bei einem Preisniveau knapp unter dem mitteleuropäischem Durchschnitt. Junge Erwachsene verdienen oft nur 600 Euro für einen Vollzeitjob. Angesichts einer Jugendarbeitslosigkeit von 22% diktieren die Chefs die Arbeitsbedingungen und Löhne. Obwohl die reale Arbeitszeit – trotz der Berichte deutscher Medien über die „faulen Griechen" – die zweithöchste in der EU ist, verdient ein griechischer Arbeiter nur rund die Hälfte eines deutschen.

Die knallharte Durchsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der EU gerade in Griechenland verfolgt verschiedene Ziele. Einerseits soll ein Auseinanderbrechen der Eurozone verhindert werden, da nicht nur die griechische Schuldenkrise die Stabilität der Gemeinschaftswährung gefährdet, sondern der als Domino-Effekt befürchtete Bankrott in weiteren Mitgliedstaaten. Das Land steht in der Wirtschafts- und Finanzpolitik faktisch unter Zwangsverwaltung. Da das Schuldendefizit vor allem durch Sozialabbau, Lohn- und Rentenkürzungen gedrückt werden soll, dient der massiv von den europäischen Partnern ausgeübte Druck auch dazu, der sozialdemokratischen Pasok-Regierung unter Georgos Papandréou bei der Schocktherapie gegen die eigene Bevölkerung den Rücken zu stärken. Niemand wäre zur Durchsetzung der Einschnitte besser geeignet als die Sozialdemokraten mit ihrem Machtapparat in den großen, staatstragenden Gewerkschaften. Deregulierungsmaßnahmen, die in den letzten zwei Jahrzehnten am entschlossenen gesellschaftlichen Widerstand scheiterten, sollen nun auf einen Schlag durchgesetzt werden. In Anbetracht der instabilen innenpolitischen Situation ein zumindest gewagtes Spiel.

Um „Erfahrungen im Umgang mit Modellen zur polizeilichen Kontrolle von Großstadtbevölkerungen und zur Ermittlung von gefährlichen Formen der organisierten Kriminalität und des Terrorismus, dem Schutz von VIP's und die besten polizeilichen Lösungen bei Massenprotesten und Demonstrationen auszutauschen", reisten Mitte März der Chef der griechischen Polizei und der Direktor der Division zur Bekämpfung spezieller Gewaltverbrechen (Antiterrordivision) nach Berlin, um sich mit Kollegen der deutschen Bundespolizei zu treffen.

Das Sparprogramm

Die am 5. März von der Regierung verkündeten Einschnitte haben es in sich. Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19 auf 21 Prozent, höhere Steuern auf Benzin (ca. 12 Cent/Liter), Tabak (ca. 1 Euro/Packung) und Alkohol (ca. 20 %/Flasche), Kürzung der Gehälter im Öffentlichen Dienst um 12 %, bei zusätzlicher Kürzung des 13. und 14. Monatsgehalts um 30 % sowie die Verlängerung der Lebensarbeitszeit um zwei Jahre. Die Renten werden für fünf Jahre eingefroren, der Bildungsetat wird weiter gekürzt. Die Maßnahmen werden abgerundet durch die Erhöhung der Strom- und Wasserpreise. Mit der Neueinführung einer Luxussteuer auf Nobelkarossen, Yachten und Hubschrauber, und einer Sonderabgabe von 1 % auf Großgrundbesitz und Einkommen über 100.000 Euro im Jahr soll der Klassengerechtigkeit genüge getan werden. Kein Hindernis ist der drohende Staatsbankrott für die weitere Aufrüstung des Militärs. Beliefert von EU-Staaten wird sich Griechenlands Armee für Milliardensummen neue Fregatten, Kampfflugzeuge und anderes Kriegsgerät zulegen.

Der Widerstand

Obwohl in der Folge auch Lohnkürzungen im privaten Sektor befürchtet werden, zeigen Umfragen, dass die Bevölkerung gespalten ist. Viele sehen zumindest die Einschnitte im Öffentlichen Dienst als gerechtfertigt an. Knapp 800.000 GriechInnen, 20 % der arbeitenden Bevölkerung, sind beim Staat beschäftigt. Jahrzehntelang wurden treue Parteisoldaten mit Beamtenposten belohnt. Abgeordnete, Bürgermeister, Präfekten und Gemeindevorsteher versorgten so ihre UnterstützerInnen, deren einzige Leistung die Loyalität zum Parteibonzen war.

Wenig positive Resonanz erfährt die angekündigte Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Die „Schattenwirtschaft" ist in Griechenland weder die Ausnahme noch ein Privileg der Reichen. Sie gehört schlicht zum Alltag und stellt für ein Viertel der Bevölkerung mittlerweile fast die einzige Existenzgrundlage dar. Der Widerstand fällt in Anbetracht der Ausmaße des Sparprogramms eher verhalten aus. Auf einer Kundgebung am 6. März hatten wütende Arbeiter den Vorsitzenden des Gewerkschaftsdachverbands GSEE, Giánnis Panagópoulos, mit Joghurt und Kaffee beworfen, als „Verräter" am Reden gehindert und mit Schlägen vom Mikrofon gejagt. Dem Sozialdemokraten Panagópoulos wird parteipolitisches Taktieren und die Spaltung der Streikbewegung vorgeworfen. Betriebsgruppen, Basisgewerkschaften und die anarchosyndikalistische ESE hatten erfolglos die Ausrufung eines unbegrenzten Generalstreiks gefordert, die GSEE beschränkte sich auf einen 24stündigen Generalstreik am 11.März.

Direkte Aktionen wie die kurzzeitige Besetzung der Staatsdruckerei durch die Arbeitenden sind bisher Einzelfälle. Fast immer geht es um Abwehrkämpfe wie bei den Kollegen der geschlossenen ELITE-Schuhfabrik in Athen, die um ausstehende Löhne kämpfen, oder den seit der Privatisierung arbeitslosen Angestellten von Olympic Airways, deren Entschädigungen ausstehen. Tageweise Streiks verschiedener Berufsgruppen wie der Krankenschwestern, der ÄrztInnen, der Weinbauern, Tankstellenbetreibern oder Bauern stören immer wieder den Tagesablauf, bieten jedoch keine übergreifenden Perspektiven. Auch der 48-stündige Streik der Arbeiter der Nationalen Elektrizität (DEI) führte zwar zu kurzfristigen Stromabschaltungen und der Gefahr eines allgemeinen Blackout, änderte jedoch nichts am Regierungskurs.

Ralf Dreis, Volos

Das Gleiche in grün

In Polen regt sich Widerstand gegen prekäre Arbeitsbedingungen bei der vegetarischen Restaurantkette „Green Way"

Quelle: ZSP

Protest vor der Green Way-Filiale in Wroclaw

In der Gastronomie sind prekäre Bedingungen, unregelmäßige Arbeitsverhältnisse, Dumpinglöhne und unbezahlte Überstunden bekanntlich an der Tagesordnung. Ein Teil der Branche inszeniert sich dennoch gerne als öko, vegetarisch, nachhaltig oder fair, um hippe Lohas-AnhängerInnen anzusprechen, denn inzwischen ist auch das gute Gewissen käuflich. Dass es hinter den Kulissen der grünen Unternehmen oft nicht anders zugeht als bei ihren „konventionellen" Gegenstücken, prangert die polnische Basisgewerkschaft ZSP (Union der polnischen Syndikalisten) mit einer Kampagne gegen Green Way an, einer Kette vegetarischer Restaurants, die in Polen und Österreich zahlreiche Filialen unterhält.

Ende Januar 2010 beschlossen einige aktuelle und ehemalige ArbeiterInnen der Green Way-Filiale in Wrocław, die miesen Arbeitsbedingungen in der dortigen unter Franchise betriebenen Filiale nicht länger hinzunehmen. In dem Restaurant war es üblich, vor einer Anstellung erst einmal zur Probe zu arbeiten, und das bis zu sechs Tage lang und bei zwölfstündigen Schichten. Unbezahlt. Neben diesem eindeutigen Verstoß gegen das Arbeitsrecht wurden außerdem Arbeitszeiten nicht sauber erfasst und die Ableistung unbezahlter Überstunden erzwungen. In einigen Fällen war nicht einmal die Vergütung im Arbeitsvertrag geregelt, sondern festgelegt, dass das Gehalt „je nach Leistung" willkürlich vom Chef festgelegt werden konnte.

Die ArbeiterInnen von Green Way kamen mit der ZSP in Kontakt, die bereits in andere Konflikte um unbezahlte Probeschichten involviert gewesen war. So wurde eine Kampagne gestartet, um über die Rechte von ArbeiterInnen aufzuklären. Zielgruppe waren vor allem junge ArbeiterInnen und Studierende, die häufig Opfer prekärer und rechtswidriger Arbeitsbedingungen werden.

Nach dem Beginn der Kampagne wurden schnell weitere Missstände bei Green Way offensichtlich, als sechs ehemalige ArbeiterInnen der Filiale in Wroclaw an die ZSP herantraten, die eine Entschädigung und ein Ende der ausbeuterischen Praktiken der Restaurantkette forderten. Um die Forderungen der Betroffenen durchzusetzen, kontaktierte die Gewerkschaft die Leitung von Green Way. Unter anderem forderte sie die Aufnahme eines Verhaltenskodex in Bezug auf das Arbeitsrecht in die Franchiseverträge. Der Direktor der Kette lehnte die Forderung mit der Begründung ab, dass er seine Franchisenehmer nicht kontrollieren könne, obwohl in den Franchiseverträgen zahlreiche Bedingungen bezüglich des Angebots an Speisen, der Gestaltung und des Ortes der Restaurants festgelegt sind.

Daraufhin rief die ZSP zum Boykott von Green Way auf und verteilte Infomaterialien vor einigen Filialen. Bei dem ersten Protest in Warschau rief der dortige Restaurantbesitzer den Direktor des Unternehmens an, der zusicherte, sich um die Missstände in Wroclaw kümmern zu wollen. Doch das stellte sich als Lüge heraus. Die ehemaligen ArbeiterInnen wurden nicht bezahlt, ganz im Gegenteil. Eine Kollegin, die im Radio öffentlich über die Vorgänge bei Green Way gesprochen hatte, erhielt einen Drohbrief der Green Way-Anwälte, in dem ihr Strafanzeigen angedroht wurden. Die Vorwürfe lauteten unter anderem auf Erpressung und üble Nachrede, letzteres wegen einem nicht von ihr verfassten Artikel im Internet, und der Drohung, dem Geschäft der Restaurantkette zu schaden. Hätten diese Anklagen eine juristische Grundlage, würden sie sich auf bis zu 14 Jahre Haft summieren. Zusätzlich drohten die Anwälte damit, ihre Universität über ihre angeblichen „anarchistischen Aktivitäten" zu informieren.

Inzwischen hat die Kampagne erste Erfolge erzielt. Höchstwahrscheinlich wird die unbezahlte Probearbeit abgeschafft und die ausstehenden Forderungen der ArbeiterInnen in Wroclaw beglichen. Die Problematik der prekären Arbeitsbedingungen ist aber schwieriger zu lösen. Die meisten ArbeiterInnen bei Green Way sind Studierende, es herrscht eine hohe Fluktuation; viele neigen dazu, nur übergangsweise in den Restaurants zu arbeiten. Im besten Fall warten die Studierenden bis zum Ende des Semesters ab, um in den Semesterferien zu besseren Bedingungen im Ausland zu arbeiten. Die Organisierung wird durch diese Umstände ungemein erschwert, insbesondere weil es bislang keine positiven Beispiele in diesem Bereich gibt. Diese Kampagne der ZSP ist der erste Versuch in diese Richtung im postkommunistischen Polen.

Zusätzlich stellt die unkritische Haltung einiger AktivistInnen gegenüber dem grünen Kapitalismus ein weiteres Problem dar. Einige AktivistInnen versuchten sogar, die ArbeiterInnen davon zu überzeugen, dass die Förderung der vegetarischen Lebensweise wichtiger als ihr Arbeitskampf wäre. Außerdem ist die Erwerbslosigkeit in Polen sehr hoch, vor allem jüngere Leute und Studierende suchen händeringend nach Jobs. Viele von ihnen wissen zwar, dass ihre Arbeitsbedingungen nicht in Ordnung sind, aber die Angst, ihre Jobs und ihr Einkommen zu verlieren, wiegt oft schwerer als dieses Bewusstsein.

Bis jetzt wurden also einige der Missstände bei Green Way tatsächlich beseitigt, allerdings dauern andere an. Die prekären Bedingungen werden bestehen bleiben, bis sich das Bewusstsein einer größeren Anzahl von ArbeiterInnen verändert hat, so dass sie eine offen arbeitende Gewerkschaft bilden können, die in Zukunft aufgebaut werden muss. Wir hoffen, dass die Kampagne gegen Green Way neben einigen konkreten Ergebnissen auch diese Notwendigkeit und Möglichkeit ins Bewusstsein rücken wird.

ZSP-IAA

„Ein Tag ohne uns"

In Italien fand am 1.März dieses Jahres der landesweit erste Streik der Migrantinnen und Migranten statt

Bild: Indymedia Napoli

„Niemand ist illegal". Demonstration am 1.3. in Neapel

Mit einem europaweiten Streik am 1. März hatten Migrantinnen und Migranten unter dem Motto „un jour sans nous" auf sich aufmerksam gemacht. Dem Aufruf wurde vor allem in Italien und Frankreich gefolgt. Die migrantischen Kämpfe in Italien haben dabei weit weniger Tradition. Auch wenn es seit Jahren Komitees und Vereine gibt, die sich der misslichen Lage der Migrantinnen und Migranten annehmen – und sogar Hausbesetzungen zur Schaffung von adäquatem Wohnraum organisieren – sind hierzulande über die Kämpfe von Menschen mit Einwanderungshintergrund (wenn überhaupt) nur wenige Schlaglichter bekannt.

Der Wind weht von rechts

Nicht ganz unschuldig an dieser Situation ist sicherlich der enorme Rechtsruck, der Italien in den letzten Jahren erfasst hat. Die Etablierung (post-)faschistischer Parteien und deren Parteigänger sowie deren jahrelange Regierungsbeteiligung hat das politische Klima Italiens nachhaltig vergiftet. Unter dem Deckmantel (angeblich) besserer Sozialpolitik, mehr Föderalismus und Demokratie hat das rechte ‚68 den Marsch durch die Institutionen geschafft. Versüßt werden damit der vulgäre Ton in der Regierungspolitik, die Korruption und nicht zuletzt die immer drastischer werdende soziale Lage in Italien. Nach oben Buckeln und nach unten Treten scheint dabei die Primärtugend zu sein, die sich die italienische Regierung für ihr Volk wünscht. Die Leidtragenden sind, wie sollte man es anders erwarten, die Schwächsten der Schwachen: die Migrantinnen und Migranten. Völlig nachrangig scheint dabei die Tatsache, dass die über vier Millionen Migrantinnen und Migranten mittlerweile zu einem wesentlichen Wirtschaftsfaktor im Land geworden sind, die nach einigen Schätzungen allein 20% der jährlichen Wirtschaftsleistungen Italiens erbringen (andere Quellen geben 9,7% des BIP für das Jahr 2007 an). Es sind diejenigen, die die am unterbezahltesten und schlechtesten Jobs übernehmen: auf dem Bau, in den Häfen, in Krankenhäusern, in der Gastronomie und in der Reinigungsbranche. Daran ändern auch beinahe absurd anmutende Kampagnen extrem rechter Splittergruppen nichts, die dafür werben, dass ein ordentlicher Italiener gefälligst auch den miesesten Job übernehmen solle.

Rechts ist da, wo der Daumen links ist?

Zu einem Rechtsruck gehören jedoch auch stets diejenigen, die ihn mitmachen. Und hier hat sich auch die italienische Linke nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Nicht nur, dass einige der Verschärfungen des Einwanderungsgesetzes bereits unter der Mitte-Links-Regierung unter Prodi eingeführt wurden. Sondern nicht zuletzt mit der Entstehung der Demokratischen Partei (PD) und einer weiteren Spaltung der Kommunisten wurde munter dem von der Rechten propagierten Credo des „Endes der Ideologien" hinterhergelaufen. Darüber, dass sich hinter diesem „Ende der Ideologien" letztlich nichts anderes als ein vermeintliches Ende aller anderen, nicht aber der rechten verbarg, las man wenig in italienischen Zeitungen. Umso mehr las man hingegen über von Ausländern begangene Verbrechen. Dabei wurden nach Angaben des italienischen Innenministeriums im Jahre 2006 lediglich 26% der Verbrechen von Ausländern begangen, von welchen wiederum 70% kleine Delikte wie Taschen- oder Ladendiebstahl und lediglich 3% schwerere Delikte wie Raub waren. Dass die restlichen 74% aller Straftaten folglich von Einheimischen begangen wurden, verdeutlicht die wahre Bedeutung von Medienberichten, die jede einzelne der schwereren von Ausländern begangenen Straftaten über Seiten hinweg ausschlachten.

Das Ergebnis ließ nicht lange auf sich warten: ein verbreiteter Rassismus, der sich zunehmend in Hetze und Gewalttaten ausdrückte. Man erinnere sich nur an die Bilder ganzer Kolonnen von Rumänen, die nach dem Mord an der Ehefrau eines Offiziers in Rom im Frühjahr 2008 mit gepackten Koffern vor Bussen warteten, um in ihr Land zurückzukehren. Weitere Angriffe, unter anderem auf Camps von Roma, folgten. Erst nach einem mit Messern verübten Angriff auf einen jungen, römischen Antifaschisten sah sich auch die PD gezwungen, ein wenig Farbe zu bekennen und sich als antifaschistisch zu „outen".

Ein langer Marsch

Es sollte an diesem Punkt eines zur Unerträglichkeit mutierten Klimas sein, dass die Dinge sich zu bewegen begannen. Während von der einen Seite mit den sog. *ronde* zunehmend eine Art Bürgerwehren zum Schutz der Sicherheit im eigenen Viertel organisiert wurde, mobilisierte die andere im Oktober 2008 erstmals zu einer landesweiten antirassistischen Demonstration in Rom. Bemerkenswert hieran war vor allem, dass die Demonstration zunächst allein von migrantischen Kollektiven, antirassistischen Stadtteilkomitees, humanitären Organisationen und kleinen Basisgewerkschaften getragen wurde. Die etablierten, politischen und gewerkschaftlichen Organisationen wurden wegen ihrer scheinheiligen Politik bewusst außen vor gelassen.

Es sollte jedoch noch einige Zeit und der Gelegenheit eines gemeinsamen Vorgehens auf europäischer Ebene bedürfen, um es bis zum ersten migrantischen Streik kommen zu lassen. Ein wichtiger Wendepunkt vor allem nach den Morden in Castel Volturno und den Auseinandersetzungen in Rosarno, bei denen afrikanische Saisonarbeiter ihrer Wut über ein Leben geprägt von halb versklavter Arbeit, untergebracht in leeren Fabrikhallen und in ständiger Bedrohung durch Strafexpeditionen der lokalen Mafia Luft machten.

Doch auch wenn sich die italienische Linke beeilte, direkt mit zu den Protesten zum 1. März aufzurufen, scheint dies nicht viel mehr als ein neuerliches Feigenblatt in der eigenen politischen Krise zu sein.

So wurde die Bewegung lediglich in einigen wenigen Städten wie Trento, Triest und Modena (von den insgesamt 60 Orten, in denen Proteste organisiert wurden) tatsächlich zum Streik. Die von unten an die Führung der großen Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL herangetragene Bitte, die Aktionen mit der Erklärung eines Generalstreiks offiziell zu legitimieren, wurden mit Verweis auf den eigenen Streik am 12. März – in dem es auch um migrantische Belange ginge – ignoriert. Lediglich lokal deckten einige Basisgewerkschaften den Streik.

Das hierzu vorgebrachte Argument, migrantische und einheimische Arbeiterinnen und Arbeiter sollten sich gemeinsam für ihre Belange einsetzen, mag an sich durchaus gerechtfertigt sein. Im Falle Italiens wirft es aber dennoch auch berechtigte Zweifel auf. Zwar leiden migrantische und italienische Arbeiter unter den selben wirtschaftlichen Bedingungen, sterben auf den selben Baustellen und in den selben Fabriken und sollten sich gerade jetzt nicht gegeneinander ausspielen lassen. Doch auf offener Straße umgebracht werden bislang allein die Migranten. Und gerade die Tatsache, dass zunehmend Teile der arbeitenden Bevölkerung Parteien wie die rassistische Lega Nord wählen, spielt den Ball den Gewerkschaften zu: Es sind nicht die Migranten, die auf die Gewerkschaften zugehen müssen. Sondern die Gewerkschaften, die den Migranten den Raum zur Verfügung stellen müssen, sich Gehör zu verschaffen.

Lars Röhm

Sans papiers en France

Seit nunmehr sieben Monaten streiken die „sans-papiers" in Frankreich für reguläre Aufenthaltsgenehmigungen. Dabei ist der Konflikt kein neuer – lediglich die Wahl der Mittel: der Streik migrantischer Arbeiterinnen und Arbeiter

Der Kampf illegalisierter Migrantinnen und Migranten für reguläre Aufenthaltsgenehmigungen hat gerade in einem Land mit einer kolonialen Vergangenheit wie Frankreich lange Traditionen. Bereits 1980 gab es erstmalige Streiks in der Pariser Textilindustrie. Damals mit Unterstützung der Gewerkschaft CFDT. Größere Bedeutung bekamen die Kämpfe allerdings erst ab 1996 mit der Verschärfung der Aufenthaltsgesetze und dem Entstehen der über Frankreichs Grenzen hinaus bekannt gewordenen Bewegung der „sans-papiers". Diese hat die jetzige Streikbewegung erst ermöglicht. Bereits damals wurden wichtige Erfahrungen durch konkrete Aktionen gewonnen sowie die für heute so wesentliche Vernetzungsarbeit geleistet werden. Waren die Migrantinnen und Migranten zuvor lediglich „Illegale", hat sich in dieser Zeit ein Bewusstsein und eine Identifikation als „sans-papiers" herausgebildet. Entscheidend war hierbei die Tatsache, dass nicht nur in den migrantischen Kollektiven, sondern auch innerhalb der französischen Gesellschaft ein Bewusstsein dafür entstand, dass es sich bei den MigrantInnen um einen integralen, arbeitenden und Steuern zahlenden Teil der Gesellschaft handelt, der allein auf Basis bestimmter Gesetze seiner Rechte beraubt war.

Quelle: CNT-F

Demo gegen die Einweihung des „Nationalen Museums der Einwanderung", die so verhindert werden konnte (30.3.2009)

Während die „sans-papiers" 2005 vorwiegend um ihre Anerkennung als Eltern französischer Kinder und damit um ihre Wahrnehmung als Teil der Gesellschaft kämpften, verstehen sie sich seit 2007 zunehmend auch als Arbeiterinnen und Arbeiter. Auch wenn ihre Arbeitsverhältnisse in der Regel in prekären Bereichen wie der Gastronomie oder dem Reinigungssektor angesiedelt sind, bedeutet das nicht, dass es sich um Schwarzarbeit handelt: Sie haben Arbeitsverträge, zahlen Beiträge zur Sozial- und Rentenversicherung sowie Steuern. Der Bezug von Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder gar Rente bleibt ihnen jedoch verwehrt. Das einzige Recht, in dessen Genuss sie allerdings kamen, war – als Arbeiterinnen und Arbeiter – das französische Streikrecht. Wo vormals besetzte Kirchen geräumt werden konnten, können die bestreikten Arbeitsplätze gehalten werden.

Die Wahl des Streiks als Mittel – und zwar nicht nur für die unmittelbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen, sondern gleichzeitig für die Legalisierung ihres Aufenthaltes – ist somit zum Bindeglied zwischen MigrantInnen und Gewerkschaften geworden. Auch wenn diese Verbindung nicht immer reibungslos verlaufen ist (siehe Direkte Aktion Nr. 197), führte sie nicht nur zum Schutz der migrantischen Streiks, sondern sollte auch positive Effekte für die Gewerkschaftsbewegung selbst haben. Während die migrantischen Arbeiterinnen und Arbeiter erstmals seit 1996 die Möglichkeit hatten, sich öffentlich Gehör und Respekt zu verschaffen, konnten sich die Gewerkschaften neuen Themen wie Migration und prekären Arbeitsverhältnissen – also Bereichen, in denen sie vorher wenig vertreten waren, – öffnen. Auch hat die Bewegung die teils verkrusteten Strukturen der Gewerkschaften aufgebrochen, zur Dezentralisierung des Apparates sowie zum Bruch mit dem oftmals vorherrschenden Branchenegoismus geführt und das Augenmerk von einem ehemals rein anti-rassistischen hin zu einem eher integrativen Klassenstandpunkt geführt.

Die Bewegung bringt einiges an wichtigen Neuerungen mit. Jedoch bleibt die Lage der französischen Migrantinnen und Migranten weit davon entfernt, die Defensive verlassen zu können, allein schon aufgrund neuerlicher gesetzlicher Verschärfungen, die in nächster Zeit verabschiedet werden sollen. Zwar hat sich der Streik als notwendiges und wichtiges Mittel in der Auseinandersetzung um die „Legalisierung" migrantischer Arbeiterinnen und Arbeiter gezeigt, aber der Kampf der Migrantinnen und Migranten in Frankreich wird – so sich die Streikbewegung in Europa nicht ausweitet – angesichts der gemeinsamen europäischen Migrationspolitik ein Kampf Davids gegen Goliath bleiben.

Claire Flécher

Mit dem KGB in den Kapitalismus

Eine unabhängige Studierenden-Gewerkschaft in der Ukraine sieht sich Repressionen durch den Geheimdienst ausgesetzt

Es klingt fast wie aus einem Spionagekrimi der 1980er Jahre: Bespitzelung, Einschüchterung, Drohung. Und doch geht es um die heutige Ukraine, um deren Hauptstadt Kiew, und nicht um irgendeine entlegene Provinz unter der Kontrolle gestriger KP-Funktionäre.

An der nach dem Dichter Taras Schewtschenko benannten, renommierten Kiewer Universität weiß sich die unabhängige Studierenden-Gewerkschaft Priama Dija (Direkte Aktion) in eine unerwartet heftige Auseinandersetzung mit Rektorat und ukrainischem Geheimdienst verwickelt.

Seit über einem Jahr engagiert sich die Gewerkschaft für soziale Bedingungen an ukrainischen Universitäten. Gemeinsam mit anderen Hochschulgruppen und Jugendorganisationen wehrte sie sich gegen die Einführung von Studiengebühren, die Kürzung von Fördergeldern und Stipendien sowie Pläne, nur Prüfungsergebnisse von gut oder besser als bestanden zu werten. Viele der von Priama Dija durchgeführten Protestaktionen galten als erfolgreich und stießen auf Sympathie unter den Studierenden.

Mit Erfolg macht man sich nicht nur Freunde. Die Universitätsleitung reagierte mit schroffer Ablehnung aller erhobenen Forderungen und offener wie verdeckter Repressionen. Jeder Vorwand ist gerade recht genug, um mit der Exmatrikulation von Mitgliedern von Priama Dija zu drohen; als Gewerkschaftsaktivisten bekannte Studierende haben Hausverbot für zentrale Einrichtungen des Hochschulgeländes auferlegt bekommen.

Wenngleich letzteres nach ukrainischem Recht juristisch zumindest zweifelhaft ist, bewegten sich die Abwehrmaßnahmen der Universitätsleitung noch in Bereichen, mit denen man wohl rechnen musste. Nicht aber mit dem, was dann folgte.

Der Feldzug des Rektors

Priama Dija-AktivistInnen erhielten Drohanrufe sowie Besuch von Personen, die sich als Vertreter des Rektorats oder des universitätseigenen Sicherheitsdienstes ausgaben. Wenn sie mit ihren Protesten fortfahren, so die Drohung, würde man dafür sorgen, dass sie von der Uni fliegen und ihre Eltern den Arbeitsplatz verlieren. Mit gleichen Drohungen wurden Freunde und Angehörige der Gewerkschafter eingeschüchtert. Wiederholt wurden AktivistInnen von der Hochschulleitung zu Gesprächen bestellt, in denen ähnliche Drohungen ausgesprochen wurden.

Immer wieder bestätigten Uni-MitarbeiterInnen, sie hätten „Druck von oben“ bekommen, diese oder jenen Kommilitonen gezielt zu benachteiligen. „Die führen Krieg gegen euch“, wurde ihnen sogar geantwortet. Doch warum?

In der Ukraine wird der Umbau des Bildungssystems vorangetrieben. Mittels eines elitären Ansatzes soll auch das Hochschulsystem kapitalistischen, neoliberalen Vorstellungen angeglichen werden. Der Schewtschenko-Uni schließlich fällt hierbei die Rolle des Flaggschiffs zu, sie soll zu einer Elite-Hochschule umgeformt werden. Protestierende Studierende werden so schnell zur Staatsaffäre. Der Druck kommt nicht nur von oben, sondern von ganz oben. Ein leitender Posten an der bedeutendsten Universität des Landes kann ein hervorragendes Sprungbett in die Politik oder in einen Aufsichtsrat sein – vorausgesetzt, die erwünschten Reformen werden reibungslos umgesetzt. Ganz unverhohlen erklärte denn auch der Dekan der Philosophischen Fakultät, Konverski, in aller Öffentlichkeit, er werde „jeden fertig machen“, der sich seiner Karriere in den Weg stellt. Mit dieser Sichtweise steht er sicherlich nicht alleine da.

Die kommissarische Leitung der Schewtschenko-Uni obliegt Vize-Rektor Bugrow, der den Kampf gegen die studentischen Störenfriede zur Chefsache erklärt hat. Nach Informationen von Priama Dija war Bugrow seit 1989 Offizier des sowjetischen Geheimdienst KGB, und nach dessen Auflösung 1991 für den neugeschaffenen Inlandsgeheimdienstes SBU („Sicherheitsdienst der Ukraine“) tätig. Dies würde in krassem Widerspruch zur offiziellen Behauptung stehen, dass in leitenden Positionen des Öffentlichen Dienstes keine ehemaligen KGB-Mitglieder mehr beschäftigt werden. Andererseits erklärten sich dann die ungewöhnlich heftigen Repressionen nicht zuletzt aus Seilschaften, die von der sowjetischen Zeit überkommen sind.

Überraschend wäre dies nicht. In vielen postsowjetischen Nachfolgestaaten der UdSSR haben sich gerade solche Strukturen glänzend in den Kapitalismus integriert, die zu typischen Säulen des Staatssozialismus gehörten. Nicht immer offiziell, versteht sich. Aber das ist auch nicht nötig und wäre auch gar nicht immer förderlich. Viel wichtiger ist, dass man sich kennt, sich versteht, und seine guten Kontakte von früher pflegt. Es wäre jedenfalls nicht der erste Fall, wo stalinistische Seilschaften ganz selbstverständlich der neoliberalen Sache dienen.

Titelblatt der Zeitung der Priama Dija

Matthias Seiffert

Belgrad 6: Anklage geändert – der Prozess geht weiter

Staatsanwalt fordert jetzt Verurteilung wegen „Erzeugung einer öffentlichen Gefahr“ statt „internationalem Terrorismus“

Wie wir in der Direkten Aktion Nr.198 berichteten, wurden die sechs serbischen AnarchistInnen, die als „Belgrad 6“ bekannt geworden sind, am 17. Februar gegen Kaution freigelassen. Zuvor hatten sie aufgrund einer Anklage wegen „internationalem Terrorismus“ mehr als sechs Monate in Untersuchungshaft verbracht. Zur Last gelegt wird ihnen ein Brandanschlag auf die griechische Botschaft in Belgrad, bei der ein Sachschaden in Höhe von 18 Euro (sic!) entstanden war. Am 23. März fand der zweite Verhandlungstag statt, bei dem die erneut zahlreich erschienene Öffentlichkeit nicht zugelassen wurde. Dafür erfuhren die Beklagten und ihre Anwälte, dass die Anschuldigung nun nicht mehr auf „internationalen Terrorismus“ sondern auf „Erzeugung einer öffentlichen Gefahr“ lauten würde. Ein entsprechender Änderungsbescheid der Staatsanwaltschaft war erst am Vortag des zweiten Prozesstages dem Gericht zugestellt worden. Die Akten zu diesem geänderten Verfahren sind im wesentlichen mit denen des ursprünglichen identisch. Eine Ausnahme gibt es allerdings: Aufgrund des öffentlichen Drucks hat sich der Chefankläger entschieden, den Vorwurf, der Anschlag sei von der „Anarcho-syndikalistischen Initiative“ (ASI-IAA) ausgeführt worden, fallenzulassen. Der nächste Verhandlungstag wurde auf den 23. April festgesetzt.

Neben der Herabstufung des möglichen Strafmaßes im Falle einer Verurteilung gibt es allerdings wenig Positives zur Situation der serbischen GenossInnen zu berichten. Die kleine, anarcho-syndikalistische Bewegung des Landes steht im Zusammenhang mit dem Verfahren nach wie vor unter strenger Beobachtung von Polizei und Geheimdiensten und ist vielfachen Repressalien ausgesetzt. So wurden beispielsweise bereits im Oktober 2009 drei Mitglieder der ASI aus Vrsac mit einem Verfahren überzogen, weil sie Plakate mit der Forderung nach Freilassung der Inhaftierten geklebt haben sollen. Zum Einsatz kam dabei erstmals ein neuer Paragraph des serbischen Strafrechts, das die „Behinderung der Justiz“ unter Strafe stellt. Eine Anklage wegen des gleichen umstrittenen Paragraphen wurde auch gegen zwei AktivistInnen erhoben, die während des ersten Prozesstages ein Schild mit der Aufschrift „Anarchismus ist nicht Terrorismus“ gezeigt hatten. Beide, eine Genossin mit serbischem Pass und Wohnsitz in Wien und ein kroatischer Genosse, wurden zunächst in Untersuchungshaft gehalten und dann freigelassen. Allerdings wurden ihre Pässe eingezogen und es wurde ihnen verboten, bis zu ihrem Prozess Serbien zu verlassen.

Als nach Freilassung der ASI-GewerkschafterInnen bekannt wurde, dass einige der Inhaftierten im Knast verprügelt oder gefoltert worden waren, haben verschiedene Medien des Landes ausführlich über diese Vorfälle berichtet. Die Justiz prüft derzeit angeblich, ob sie Verfahren einleiten soll. Allerdings haben verschiedene Stellen die Vorgänge bereits dadurch zu relativieren versucht, dass man darauf verwies, dass diese nicht über das „übliche Maß“ an Gewalt in serbischen Haftanstalten hinausgegangen seien.

Die FAU und die „Anarcho-Syndikalistische Jugend“ (ASJ) haben in der BRD mittlerweile eine ganze Reihe von Solidaritätsaktionen für die serbischen GewerkschafterInnen organisiert. Zeitgleich wurde Geld zur Unterstützung der GenossInnen gesammelt und bis Anfang April fast 1.000 Euro übergeben. Die Aktionen wurden nach der Freilassung der „Belgrad 6“ gegen Kaution zunächst ausgesetzt. Es finden jedoch weiter Informationsveranstaltungen zur Situation in Serbien in verschiedenen Städten statt.

Oso Blanco

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Finnland: Mal wild, mal zahm in den Häfen

Im Februar und März kam es in den finnischen Häfen zu einer Streikwelle, die teilweise den Außenhandel des Landes schwer beeinträchtigte. Es begann am 2. Februar, als mehr als 1.000 Hafenarbeiter in sieben Häfen einen wilden Streik vom Zaun brachen. Der Containerbetrieb stand komplett still, und mehr als die Hälfte des gesamten Frachtverkehrs konnte nicht abgewickelt werden. Der wilde Streik diente dazu, Lohnverhandlungen mit der Hafenarbeitergewerkschaft zu beschleunigen. Bis dahin hatten die Hafenbetreiber versucht, die Verhandlungen hinauszuzögern. Anfang März folgte auf den wilden Streik dann ein zweiwöchiger, von der Gewerkschaft legitimierter, an dem sich 3.000 Hafenarbeiter in allen 25 Häfen des Landes beteiligten. Täglich konnten dabei Im- und Exporte im Wert von über 100 Millionen Euro nicht abgefertigt werden; der Außenhandel war praktisch paralysiert. Am 20. März erzielte ein Schlichter schließlich ein Verhandlungsergebnis für einen neuen Lohntarifvertrag. Das hielt allerdings am 25. März mehrere hundert Arbeiter in verschiedenen Häfen nicht davon ab, noch einmal die Brocken hinzuschmeißen und einen Tag lang wild zu streiken, aus Protest dagegen, dass die Hafen-Bosse versucht hatten, Sreikbrecher einzusetzen.

Südafrika: Minenbesetzung gegen Bosse und Gewerkschaften

Südafrikas Bergwerke gehören zu denen mit den weltweit schlechtesten Arbeits- und Sicherheitsbedingungen. Daran hat sich auch durch das Ende der politischen Herrschaft der weißen Oberschicht wenig geändert. Deshalb ist es wenig erstaunlich, dass es immer wieder zu Streiks und Auseinandersetzungen in den Minen des Landes kommt. So auch Mitte Januar 2010, als rund 150 Arbeiter der beiden Gruben Two Rivers und Bokoni Platinum Mines einen wilden Streik begannen. Sie weigerten sich außerdem, die Minen zu verlassen und organisierten eine Werksbesetzung. Ihre Forderungen waren einfach: Sie verlangten die Auszahlung ausstehender Überstundenzuschläge und die Entlassung eines rassistischen Managers. Der Streik war ohne die Gewerkschaften – die National Union of Mineworkers (NUM) und die Association of Mineworkers Union (AMCU) – organisiert worden. Diese verlangten nicht nur ein sofortiges Ende der Besetzung, sondern forderten auch den Einsatz der Polizei gegen die Streikenden. Hand in Hand mit der Gewerkschaftsbürokratie versuchten die Betreiberfirmen erfolglos, die Stammesältesten dazu zu bewegen, sich gegen den Streik auszusprechen. Das scheiterte ebenso, wie die Arbeiter Gerichtsurteile einfach ignorierten. Erst ein riesiges Polizeiaufgebot, das am 22. Januar vor der Bokoni-Mine aufmarschierte, brachte die Arbeiter dazu, ihre Besetzung und damit auch den Streik zu beenden. Die NUM zeigte sich erfreut darüber, dass die Produktion nun bald wieder normal laufen würde. Für die Kumpel eine bitteren Lektion, denn sie mussten lernen, dass sie beim nächsten Mal nicht nur gegen die Bosse und die staatlichen Institutionen kämpfen müssen, sondern auch gegen die mit diesen verbandelten Gewerkschaften.

Irland: Regierung droht mit Streikverbot

In Folge eines Streiks von 300 irischen Fluglotsen im Januar drohte Transportminister Noel Dempsey damit, ein Streikverbot für verschiedene Schlüsselsektoren des Öffentlichen Dienstes zu erlassen. Der Minister tobte und bezeichnete den Arbeitskampf der Beschäftigten an den Flughäfen Dublin, Cork und Shannon als „unverzeihlich“ und als „Schädigung des Ansehens“ der Inselrepublik. Besonders empört hat ihn, dass die Reise einer Investorengruppe, die sich mit Regierungsmitgliedern treffen wollte, kurzfristig abgesagt werden musste, weil die Flüge in Folge des Streiks annulliert worden waren. Zum Streik war es gekommen, nachdem 15 Fluglotsen durch die Irish Aviation Authority (IAA) gekündigt worden waren, weil sie sich weigerten bei der Einführung eines neuen Systems mitzuwirken. Der wildgewordene Minister steht mit seiner Forderung nicht alleine: Mehrere Kabinettsmitglieder haben sich inzwischen für den Plan eines arbeitsvertraglich vereinbarten generellen Streikverbots für bestimmte Sektoren des Öffentlichen Dienstes ausgesprochen. Auch sie haben Angst und wollen dafür sorgen, dass sich „ein derartiger wilder Streik nie mehr wiederholen kann“.

Vietnam: TextilarbeiterInnen streiken erfolgreich

Im vietnamesischen Tay Ninh streikten mehrere hundert ArbeiterInnen der Textilfabrik Bando Vina Ltd. erfolgreich für höhere Löhne und eine Reihe weiterer Forderungen. Anfang März legten alle 800 Beschäftigten der Firma, die sich in südkoreanischem Besitz befindet, die Arbeit nieder und veranstalteten über Tage hinweg Demonstrationen vor dem Werkstor. Die Firma lenkte nach einigen Tagen ein und sicherte zu, die meisten Forderungen der Streikenden zu erfüllen. Daraufhin nahm etwa die Hälfte der Belegschaft die Arbeit wieder auf. Die andere Hälfte beschloss, den Streik weiterzuführen, bis auch noch ausstehende Löhne ausgezahlt wurden. Der Grund für das Einlenken des Managements dürfte auch darin zu finden sein, dass im Süden Vietnams derzeit Arbeitskräftemangel herrscht. In den Fabriken arbeiten viele WanderarbeiterInnen. Von diesen kehrten viele nach dem Urlaub anlässlich des neuen Mondjahres nicht mehr zurück, weil sie näher an ihren Heimatorten besser bezahlte Jobs gefunden hatten. In Vietnam ist übrigens fast jeder Streik ein wilder Streik, weil es für einen „legalen“ Streik die Zustimmung der örtlichen Verwaltung und der offiziellen Gewerkschaften braucht. Die Gewerkschaften in dieser „Sozialistischen Republik“ sind jedoch nichts anderes als der verlängerte Arm der Staatsbürokratie und rufen so gut wie nie zum Streik auf.

Die Vermessung der Arbeitswelt

Ein Rück- und Ausblick zu Klassenkämpfen um Zeit

Die Aktionen der Arbeiterbewegung im ausgehenden 19. Jahrhundert für einen Acht-Stunden-Tag sind die Geburtsstunde des Ersten Mai, wie wir ihn kennen: als berüchtigten Kampftag der ArbeiterInnen. Wie viel Zeit die ArbeiterInnen dem Kapitalismus opfern müssen – darum ging es häufig in der Geschichte der Arbeiterkämpfe. Auch die Klassenkämpfe im bestehenden Kapitalismus sind in der Regel Auseinandersetzungen um Lohn oder um Zeit. Im Wesentlichen sind beide Formen Ausdruck desselben Interessenkonflikts, wenn auch jeweils unter verschiedenen Prämissen: Lohnkämpfe sind meist nur dann erfolgversprechend – und werden daher in organisierter Form oft nur dann geführt –, wenn es einen wirtschaftlichen Aufschwung gibt und die Preise gleichzeitig steigen. Kämpfe um Zeit – Neuregelung der Arbeitszeiten anstelle der Löhne – scheinen dagegen einfacher geführt werden zu können. Sie sind in vielen Variationen möglich, auch individuell oder in kleineren Zusammenhängen.

„Zeit ist der Raum zur menschlichen Entwicklung. Ein Mensch, der nicht über freie Zeit verfügt, dessen ganze Lebenszeit – abgesehen von rein physischer Unterbrechung durch Schlaf, Mahlzeiten usw. – von seiner Arbeit für den Kapitalisten verschlungen wird, ist weniger als ein Lasttier".[1] Was Karl Marx hier einfordert, ist Freizeit zur Entwicklung des Proletariers über die Reproduktion hinaus. Das Sprichwort „Zeit ist Geld" trifft für die Seite des Kapitals vollkommen zu. Deshalb führt es die Kämpfe um Zeit erbittert und kleinlich: um jede Minute, die ihm vertraglich die Arbeitskraft zusteht, wie auch darüber hinaus. Wen wundert's, ist doch die Arbeitszeit die einzige Konstante, die sich im Wert aller produzierten Waren wiederfindet: „Geld als Wertmaß ist notwendige Erscheinungsform des immanenten Wertmaßes der Waren, der Arbeitszeit".[2] Das heißt: Der Wert einer Ware wird nach der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit bemessen. Möglichst viel der gesamten verfügbaren Zeit der ArbeiterInnen ökonomisch nutzbar zu machen, ist zentral für den Klassenkampf von oben.

Für ArbeiterInnen ist nur die Arbeitszeit Geld. Reproduktionszeit und darüber hinausgehende Freizeit ist uns mehr als das. Zeit ist plötzlich unterteilt in die eigene Zeit und die des Unternehmers; und „der auf Geld reduzierte Wert der Zeit wird vorherrschend".[3] Gerade in Rezessionszeiten geht es oftmals nur um das Mehr an Zeit für die ArbeiterInnen, etwa die „gerechte" Verteilung der Lohnarbeit zwischen Erwerbslosen und Erwerbstätigen. Aber im Idealfall ist auch die Forderung nach mehr Freizeit an Lohnforderungen gekoppelt.

Die Enteignung der Zeit

E.P. Thompson hat dargestellt, welch gewalttätiger Kraftaufwand seitens des Kapitals in der Geschichte nötig war, um eine funktionierende Arbeitsdisziplin herzustellen, ArbeiterInnen also dazu zu bringen, pünktlich zu kommen, nicht zu früh zu gehen, den geläufigen Blauen Montag nicht zu begehen usw. Der Kampf um Zeit äußerte sich hierbei als Kampf gegen christliche Feiertage (und ihr weniger christliches Begehen) sowie in der Einführung der Uhr als Massenprodukt. Die Basisinnovation „Eisenbahn" ist auch unter diesem Aspekt zu betrachten: „Eisenbahnen sind die großen Erzieher und Beaufsichtiger des Volkes, was das Einlernen und Einhalten der genauen Uhrzeit angeht"[4] stellte der US-amerikanische Politiker William F. Allen 1883 fest.

Die Zeit, die für Arbeit, und die Zeit, die für das Leben investiert wurde, machte vor der Ära des Kapitalismus meist keinen Unterschied – es war auch nicht nötig, sie zu messen. Von einem marktwirtschaftlichen Standpunkt aus musste das als Verschwendung und Disziplinlosigkeit aufgefasst werden. Zahlreiche Sprichwörter tun den implementierten Kulturwandel kund: „Der frühe Vogel fängt den Wurm", „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben", „Zaudern ist der Dieb der Zeit", bis hin zu dem moderneren „Dienst ist Dienst und Schnaps ist Schnaps".

Der Uhr und der Pünktlichkeitslehrerin Eisenbahn folgten „Kontrollkarte, Aufseher, Denunzianten und Fabrikstrafen", schließlich dann „Arbeitsteilung und Arbeitsüberwachung, Geldstrafen, Glocken- und Uhrzeichen, Geldanreize, Predigten und Erziehungsmaßnahmen, Abschaffung von Jahrmärkten und Volksbelustigungen".[5] Dabei war es anfangs keineswegs gewünscht, dass ArbeiterInnen die Uhrzeit auch kennen. Denn die Uhren des Unternehmertums gingen schon immer etwas anders als die der ArbeiterInnen: Morgens gehen sie vor, abends gehen sie nach. Das ist keineswegs allegorisch zu verstehen. Thompson zitiert einen Arbeiter der 1830er Jahre: „So läutet die Glocke zum Weggehen zwei Minuten zu spät, aber zwei Minuten zu früh müssen die Arbeiter wieder da sein. Gewöhnlich waren die Uhren so eingerichtet, dass der Minutenzeiger, wenn er den Schwerpunkt überschritt, gleich drei Minuten fiel und ihnen statt 30 Minuten nur 27 ließ".[6]

Während es in der Frühzeit des Kapitalismus beim Kampf um Zeit darum ging, die variable Zeitrechnung der SubsistenzarbeiterInnen – die sich z.B. an der See nach Ebbe und Flut richtete – durch die kapitalistische Zeitwahrnehmung zu ersetzen, können wir heute davon ausgehen, dass diese in der westlichen Welt vollkommen verinnerlicht wurde. „Der ersten Generation Fabrikarbeiter wurde die Bedeutung der Zeit von ihren Vorgesetzten eingebläut, die zweite Generation kämpfte in den Komitees der Zehn-Stunden-Bewegung für eine kürzere Arbeitszeit, die dritte kämpfte für Überstunden- und Feiertagszuschläge. Sie hatten die Kategorien ihrer Arbeitgeber akzeptiert und gelernt, innerhalb dieser Kategorien zurückzuschlagen".[7] Seinerzeit wurde die Zeit ursprünglich akkumuliert und erst zu einem Gegenstand des Kapitalismus gemacht. Die Durchsetzung dieser Zeitdisziplin war eine durchaus gewaltsame.[8] Heute ist die Zeit integraler Bestandteil des Kapitalverhältnisses: „In der reifen kapitalistischen Gesellschaft muss die gesamte Zeit vollständig verbraucht, vermarktet, *nützlich* eingesetzt werden; es ist anstößig, wenn die Arbeitskräfte bloß ‚die Zeit verbringen'."[9] Klassenkämpfe sind so ein Ringen um Zeit zwischen Kapital und lebendiger Arbeit.

Banner für den Achtstundentag, Melbourne, 1856
„Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Freizeit und Erholung, acht Stunden Schlaf"

Arbeitszeit: Weniger ist Mehr

Während Lohnkämpfe heute meist kollektiv und publik geführt werden – vorwiegend in Form von Tarifverhandlungen und legalen, tariflichen Streiks –, bleiben die Kämpfe um Zeit oft unsichtbar. Das war nicht immer so. Gerade der Erste Mai als Kampftag der ArbeiterInnen basiert aus einem Klassenkampf um Zeit von unten. Wie akut und für das Kapital und Bürgertum durchaus bedrohlich eine solche Arbeitszeitverkürzung war, wird durch die Weigerung der deutschen Sozialdemokratie deutlich, Aktionen zum Ersten Mai mitzutragen: Am 1. Mai 1890 sollte es nach Beschluss des Sozialistenkongresses von Paris 1889 zu einem Aktionstag kommen. Die gesetzten Ziele sollten jedoch nicht etwa durch einen Generalstreik, sondern letztlich durch Verhandlungen erreicht werden. Vor allem die deutsche Sozialdemokratie lehnte einen Generalstreik vehement ab. Die Resolution der SPD zum 1. Mai wurde jedoch als Aufruf zum Streik missverstanden. Dass die SPD-Funktionäre der entstehenden Dynamik dann entgegentraten, wurde ihnen von Basis und von den Gewerkschaften vielerorts übel genommen. Während nun die lokalistischen Gewerkschaften (später: FVDG) und die sozialdemokratische Opposition der „Jungen" für den Generalstreik am 1. Mai eintraten, sammelte die SPD relativ erfolglos Unterschriften.

Die Drückebergerei der Sozialdemokraten ging noch weiter: Als 1891 von der Zweiten Internationale beschlossen wurde, am 1. Mai die Arbeit niederzulegen, verschob die SPD den Aktionstag in Deutschland stattdessen auf den ersten Sonntag im Monat. Mit immer wieder neuen Ausreden versuchte die SPD im Folgenden, Arbeitsniederlegungen am Ersten Mai zu verhindern: Die ökonomische Lage spräche dagegen, oder die „gegenwärtige Arbeitslage". Dennoch fanden jedes Jahr Streiks statt. Die Streikenden hätten allerdings der finanziellen und organisatorischen Unterstützung der Gewerkschaften bedurft, denen waren sie aber – unter dem Eindruck der ausgegebenen Generallinien – ein Dorn im Auge. Letztlich lehnten diese, abgesehen von den lokalistischen und syndikalistischen Organisationen, auch 1914 offiziell den Generalstreik ab.[10]

In der jüngeren Geschichte finden wir als prominente Beispiele die Durchsetzung der sogenannten „Steinkühlerpause" und den Kampf um die 35-Stunden-Woche. Die „Steinkühlerpause", benannt nach dem damaligen IG-Metall-Verhandlungsführer Franz Steinkühler, legt seit 1973 eine zusätzliche Pause für AkkordarbeiterInnen im baden-württembergischen Flächentarifvertrag der IG Metall fest und konnte damals im Zuge des Streiks für den Lohnrahmentarif II durchgesetzt werden. Der Kampf um die 35-Stunden-Woche wiederum, insbesondere ausgetragen von der IG Metall in den 1980er Jahren, erreichte seinen Höhepunkt 1984 mit dem Streik einer viertel Million Metall-ArbeiterInnen. Die Vorgeschichte setzt jedoch weit früher an: Seit 1955 wurde für den arbeitsfreien Samstag unter dem bekannten Motto „Samstag gehört Vati mir" gekämpft. In den gewerkschaftslinken Debatten der 1970er Jahre wurde dann die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung aufgestellt. Die 35-Stunden-Woche erreichte die IG Metall erst 1995. Die „Steinkühlerpause" wurde von den Unternehmern immer wieder in Frage gestellt[11] und die 35-Stunden-Woche stand stets und steht auch momentan auf wackeligen Füßen. Gewissermaßen wird dieses Konzept in der aktuellen Krise durch die Kurzarbeit ersetzt – was völlig fehlt, ist natürlich der „volle Lohnausgleich". Zwar gilt dies vor allem in Branchen, die die Wirtschaftskrise besonders hart trifft, aber generell lässt sich feststellen, dass der gegenwärtige Trend zur Arbeitszeitreduzierung nicht bedeutet, alle weniger arbeiten zu lassen, sondern einige gar nicht und andere möglichst viel.

Im Gegensatz zu diesen prominenten Beispielen gelangt die alltägliche Widerständigkeit gegen das kapitalistische Zeitmanagement kaum in die Öffentlichkeit: Krankfeiern, Pausen überziehen, Streits um Pausenlängen und sogar das „unabsichtliche" Verschlafen – eine im wahrsten Sinne unbewusste Form des Klassenkampfes.[12]

Vom Microchip zur neoliberalen Zeiterfassung

Ganz im Gegensatz dazu die Kapitalseite: Hier wird sehr bewusst alles getan, um mindestens jede Minute der eingekauften Arbeitszeit „effektiv" zu nutzen. Mittlerweile hat sich eine ganze Branche diesem Bedürfnis zugewendet. Karl Heinz Roth beschreibt in *Die globale Krise* den Mikrochip – neben dem Container – als Basisinnovation des vergangenen kapitalistischen Zyklus. Basisinnovationen kommt „die Kraft zu, das in der Krisenperiode angehäufte Sparkapital der streikenden Investoren und auf die Straße geworfenen Arbeitskräfte wieder einzusammeln und auf jene neuen und hochprofitablen Wirtschaftszweige zu lenken, aus denen neue Produkte hervorgehen".[13] Der Mikrochip eröffnete aber als Innovation nicht nur das Zeitalter der Computertechnologie und damit entsprechender neuer Märkte, er ermöglichte auch ganz neue Arbeitszeitmessungen. Zum Beispiel wurden mit dem „Methods Time Measurement" (MTM) „die elementaren Hand-, Finger- und Blickfunktionen durchschnittlich geübter Arbeiterinnen und Arbeiter entschlüsselt, mit ihren Körper- und Fußbewegungen korreliert und zu Grundbewegungen verdichtet, die innerhalb standardisierter Zeittakte – oftmals nur wenige Sekunden – zu absolvieren waren".[14]

Ursprünglicher Sinn solcher Messungen war die Übertragung der Arbeitsschritte auf Computersysteme, um Roboter entsprechend programmieren zu können. Kollateraler Nutzen für das Kapital war aber auch, den ArbeiterInnen sekundengenau vorhalten zu können, wie lange ein bestimmter Arbeitsschritt exakt zu dauern hat. Das ist an sich schon problematisch genug. Seltsam wird diese Messmethode, die sich auf den gesamten Arbeitssektor ausgebreitet hat, aber vor allem dann, wenn sie auf geistige und humanitäre Tätigkeiten ausgeweitet wird. Die Zerlegung der Zeit in möglichst kleine Einheiten, die dann entsprechend genauestens geplant werden können, mag z.B. auch Studierenden bekannt vorkommen. „Modularisierung" schimpft sich diese Einteilung im Bologna-Prozess. In der Bildung sind aber keineswegs nur Studierende von einer solchen Modula-

risierung betroffen. Dass die Planung und Erfüllung der Studienmodule für Bachelor- und Master-Studiengänge für DozentInnen ebenso belastend ist wie für Studierende, dürfte nicht überraschen; dass die Messbarkeit zunehmend auch den sogenannten „Unterbau" (HausmeisterInnen, SekretärInnen, BibliothekarInnen usw.) betrifft, dagegen schon. Soweit nicht ersetzt durch Ein-Euro-JobberInnen (HausmeisterInnen) oder elektronische Systeme (BibliothekarInnen), wird von ihnen mittlerweile eine Arbeit ähnlich derjeniger solcher Systeme verlangt.

Regelrecht pervers gestaltet sich die Zeitbemessung im Bereich der Pflege. Das beginnt schon bei den „DRG", dem neuen Zauberwort der Branche. Die „Diagnosis Related Groups" sind seit 2004 als verpflichtendes Entgeldsystem in deutschen Krankenhäusern eingeführt. Anhand der Diagnose, der ein bestimmter Behandlungsaufwand zugerechnet wird, werden PatientInnen in ökonomisch gleich teure Gruppen sortiert, und diesen entsprechend zahlen die Krankenkassen. Getoppt wird dies nur noch von der „Modularisierung" der Pflegearbeiten. Wie lange der Einkauf für eine betreute Person, die tägliche Dusche oder das Zubereiten einer Mahlzeit dauert, ist minutengenau geregelt – und keine Minute mehr wird von der Pflegeversicherung bezahlt. Überflüssig zu erwähnen, dass der Kostendruck über die ArbeiterInnen letztlich auf die Pflegefälle abgewälzt wird. Wurden auch hier „elementare Funktionen" „durchschnittlicher" ArbeiterInnen gemessen? Jedenfalls hat niemand die Entfernungen zum nächsten Supermarkt gemessen[15].

Grafik: prole.info

Complete Control

Exakte Messungen – das scheint der Kern der heutigen Akkumulation von Zeit im kapitalistischen Sinne zu sein. Und das war schon die fundamentale Idee des Taylorismus. „Mittels Zeit- und Ablaufstudien sollte das Arbeiterwissen in ein kodifiziertes Wissen verwandelt und dem Management zur Verfügung gestellt werden; den Lohnarbeitern sollte es nur noch in Form streng vorgeschriebener Zeit- und Bewegungsabläufe begegnen".[16] Ein Beispiel dafür ist das Zeiterfassungssystem der Hamburger Firma D+S Europe mit dem bezeichnenden Namen „Intraday Complete Control" (ICC): Die totale Kontrolle über die ArbeiterInnen ist das schon im Namen verdeutlichte Ziel. ICC wird z.B. von der Verlagsgruppe Bauer und den zehn hauseigenen Callcentern von D+S genutzt. Allerdings bei Weitem nicht widerstandslos. So befindet sich das System in Münster bereits zum zweiten Mal in einer Testphase, da der Betriebsrat von D+S Münster nach massivem Protest der ArbeiterInnen für die Unterbrechung des ersten Testlaufs gesorgt hat. Aktiver Widerstand gegen die komplette Kontrolle findet auch dadurch statt, dass z.B. Pausen einfach nicht eingetragen werden oder aber das Ausloggen nach Feierabend „vergessen" wird. ICC ist fehleranfällig, da die ArbeiterInnen das System selbst bedienen müssen und damit phantasievoll umgehen können.

Während ICC die Arbeitszeit exakt erfassen will, ist das Programm bei der Freizeit nicht so pingelig: Sollte über die geplante Arbeitszeit hinaus gearbeitet werden, erfasst das System diese Zeit nicht mehr. Und das ist die Kehrseite der Medaille. Das Kapital will in der Tat nur die bezahlte Arbeitszeit exakt erfassen, um möglichst viel Mehrwert aus dieser zu schlagen. Aus genau demselben Grund wird die unbezahlte Freizeit – in der sich jedoch die ArbeiterInnen bitteschön auch mit Betriebsangelegenheiten befassen sollen (das sehen wir bei der FAU ja auch so, aber meinen das ganz anders) – eben *nicht* gemessen. „Dies scheint vor allem möglich durch die Mobilisierung betriebsgemeinschaftlicher Mentalitäten, die eine ständige Bereitschaft [also auch in der Freizeit] zur Selbstaktivierung hervorbringen".[17] Detlef Hartmann beschreibt diese Seite des Prozesses so: „Die Unternehmen ... bewerten subjektive Potenziale, die Fähigkeit und Bereitschaft, sich selbst vorbehaltlos zu unterwerfen, zu offenbaren, einzubringen, in Dienst zu stellen und sich selbst zu organisieren, zu rationalisieren, zu optimieren. Sich, das heißt: auch die Familien, die sozialen Beziehungen, das eigene Leben".[18] Kurz: Mit allen möglichen Formen von Anreizen und Druck sollen die ArbeiterInnen dazu gebracht werden, die Reproduktionszeit und ihre darüber hinaus gehende Freizeit mehrwertschöpfend in den Dienst des Kapitals zu stellen. Beispielhaft lässt sich der ursprünglich links besetzte Begriff des „lebenslangen Lernens" nennen, der neoliberal in eine lebenslange Pflicht zur beruflichen Weiterbildung im und neben dem Broterwerb uminterpretiert wurde.[19] Auch hier spielt die Basisinnovation Mikrochip unterschwellig die entscheidende Rolle: „Es liegt auf der Hand, dass der Griff in die subjektiven Ressourcen ohne die IT-Technologien überhaupt nicht möglich und gar nicht erst versucht worden wäre".[20]

Hartmann sieht in diesen Prozessen der Selbstinwertsetzung den Versuch, aus der Krise des keynesianischen Modells seit den frühen 1970er Jahren zu entkommen.[21] In diesem Sinne ist anzunehmen, dass auch die gegenwärtige Transformation der proletarischen Mentalitäten einem Entkommen aus der aktuellen Krise dienen soll. Und dies weist womöglich darauf hin, dass der Kampf um Zeit in eine neue Phase tritt, indem das Kapital die Zeit über die reine Arbeitszeit hinaus akkumulieren will.

Die Module spielen verrückt

Immer noch geht es im Klassenkampf um Minuten und sogar Sekunden. Die durch das Bildschirmarbeitsplatzgesetz geregelten Bildschirmpausen etwa sind vielen Call-Centern immer noch ein Dorn im Auge. Die Frage, ob 30 Sekunden Pause zu einer Minute auf- oder abgerundet werden, ist hier durchaus arbeitskampfrelevant und beschäftigt ganze Arbeitsgerichte. Einige Unternehmen, z.B. der Osnabrücker Call-Center-Konzern buw, vermeiden diese Pausen dadurch, dass sie die Bildschirmarbeit durch andere Arbeiten (z.B. Briefe eintüten) unterbrechen – ungeachtet dessen, dass ein solcher Wechsel in den Arbeitsarten dann wesentlich länger sein sollte als die vier- bis siebenminütige Pause.

Der Kampf um Zeit geht aber wesentlich weiter. Er tangiert auch das Prinzip des „Forderns und Förderns" unter Hartz IV, und zwar in dem Sinne, dass auch Erwerbslose nicht über ihre Zeit frei verfügen können sollen, des weiteren in der Frage um die Länge der Ausbildungszeit[22] oder in der Frage, ab wann man Rente erhält. Denn dem Kapital geht es darum, „die Gesamtheit der gesellschaftlichen Zeitordnungen der heteronomen Logik der Kapitalverwertung zu unterwerfen".[23] Carlo Vercellone benennt Projektmanagement, Druck durch Kunden und Zwang durch Prekarität als Elemente der Durchsetzung dieser erneuerten kapitalistischen Zeitordnung. Seinen Schluss daraus werden viele aus eigener Erfahrung unterschreiben können: „Das Kapital versucht, gratis zu profitieren, indem es Löhne, die auch die ... im offiziellen Arbeitsvertrag unerfasst bleibende Arbeitszeit berücksichtigen, verweigert".[23] Detlef Hartmann folgert daraus, dass die aktuellen sozialen Auseinandersetzungen nur im Kontext solcher „Formen der Knechtung, ihre[r] sozialtechnische[n] Erneuerung und Verfeinerung" zu verstehen sind.[24]

Anders gesagt: Der Kampf für unbezahlte Ausbildung und Bildung – sei es nun Kindergarten oder Hochschule –, der Kampf gegen eine Verkürzung der Rentenzeit, der Kampf für mehr Freizeit, das alles sind Elemente des Klassenkampfes. Die Bildungsproteste des Jahres 2009 sind dabei ebenso beachtenswert wie neue Kampfmethoden in bisher recht arbeitskampfarmen Branchen, wie etwa der „Scheißstreik" im Bereich der persönlichen Assistenz.[25] Ebenso wie die Überziehung einer Pause, das Schwänzen eines Seminars genauso klassenkämpferische Elemente haben können wie ein Streik.

Oftmals finden diese Klassenkämpfe individualisiert statt. Dabei, und das ist eine zentrale Idee des Syndikalismus, hätten sie kollektiv mehr Chancen auf Erfolg. „[D]ie Menschen können arbeiten, wenn sie sich zusammentun & so können sie auch trödeln", berichtete der Bauer Robert Loder über seine Untergebenen schon zwischen 1610 und 1620.[26] Das muss und soll nicht immer die soziale Revolution von jetzt auf gleich sein, der Kampf um die tägliche Verbesserung ist ebenso relevant:

„Wenn wir ... die Wahl zu treffen haben zwischen acht Stunden Arbeitszeit und zehn Stunden Arbeit, ... so entscheiden wir uns natürlich für die acht Stunden und den besten Lohn. Wohl wissen wir, dass damit an der Existenz der Lohnsklaverei nichts geändert wird, der wir auch weiterhin unterworfen sind. Aber wir haben unsere Entscheidung unter der Erwägung getroffen, dass zwei Stunden weniger Sklaverei ... eine Errungenschaft sind, die kein vernünftiger Mensch zu unterschätzen weiß".[27] Oder, wie es die FAU 80 Jahre später ausdrückte: Ob fünf Minuten mehr Pause oder Weltrevolution – Wir kriegen nur, wofür wir kämpfen!

Teodor Webin

Anmerkungen

[1] Marx, *Lohn, Preis, Profit*, MEW Bd. 16, S. 144.
[2] Marx, *Das Kapital*, MEW Bd. 23, S. 109.
[3] Vgl. Thompson, „Zeit, Arbeitsdisziplin und Industriekapitalismus", in Holloway & Thompson, *Blauer Montag*, S. 19-72.
[4] Caffentzis, George, „Der Marxismus nach dem Untergang des Goldes", in: Van der Linden & Roth (Hg.), *Über Marx hinaus*, Berlin/Hamburg 2009, S. 467.
[5] Thompson, S. 52 u. 62.
[6] Ebd., S. 57.
[7] Ebd. Thompson merkt zudem an, dass „das Zeitgefühl der Mutter von kleinen Kindern [...] unvollkommen [ist] und [...] auf andere menschliche Gezeiten [achtet]. Sie hat sich bislang noch nicht vollständig aus den Konventionen der ‚vorindustriellen' Gesellschaft herausbewegt"; S. 48.
[8] Vgl. Marx, MEW Bd. 23. S. 765.
[9] Thompson, S. 63.
[10] Siehe dazu: Halfbrodt, *Achtstundentag und Erster Mai*, Bielefeld 1997.
[11] 1996 wurde die „Steinkühlerpause" auf die Fließbandarbeit beschränkt. 2004 sprachen die Arbeitgeber der Metall-Industrie von der „baden-württembergischen Krankheit". Vgl. Beck, „1973 – Steinkühlerpause erstreikt", www.labournet.de/diskussion/arbeitsalltag/az/steinkuehlerpause.html.
[12] Unter Widerständigkeit verstehe ich dabei keineswegs nur den bewussten Widerstand gegen kapitalistische Ausbeutung, sondern auch die Widerständigkeit, die das Kapitalverhältnis impliziert: Das Kapital muss sich immer mit lebendiger Arbeit ‚rumschlagen, die neu diszipliniert und zugerichtet werden muss.
[13] Roth, *Die globale Krise*, Hamburg 2009, S. 160. Den Begriff der „Basisinnovation" entlehnt Roth von Kondratieff, „Die langen Wellen der Konjunktur", in: *Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik*, Nr. 3 (1926), S. 573-609.
[14] Roth, S. 164. Roth beschreibt die MTM als „Ermittlung so genannter Kleinstzeiten".
[15] Und schon gar nicht, ob dies auch der billigste ist und wie viel Geld die betreute Person überhaupt hat. Richtig bizarr wird es dann, wenn die Fallmanagerin der ARGE den Einkauf bei Lidl oder Aldi empfiehlt, diese aber so weit weg sind, dass der Discounter für die Pflegekraft nicht in der vorgegebenen Zeit zu erreichen ist.
[16] Vercellone, *Vom Massenarbeiter zur kognitiven Arbeit*, in: Van der Linden & Roth, S. 530.
[17] Roth, S. 165.
[18] Hartmann, *Revolutionäre Subjektivität, die Grenze des Kapitalismus*, in: Van der Linden/Roth, S. 219. Zur Kritik am Ansatz Hartmanns vgl. die Buchbesprechung „Selbstunternehmerische Aktivierung", in: *Wildcat*, Nr. 86 (Frühling 2010), S. 73-6.
[19] Vgl. dazu: Bildungssyndikat Münster, „Bildungspolitik vom Runden Tisch. Intelligentes Humankapitalmanagement zum Wohle aller", *Interhelpo*, Nr. 10 (2001). Zu finden auf www.fau.org/ortsgruppen/muenster.
[20] Hartmann, S. 236.
[21] Vgl. ebd., S. 246.
[22] Z.B. durch die Einführung von Langzeitstudiengebühren. Die SPD brüstet sich im Wahlkampf nach wie vor gerne damit, Studiengebühren abschaffen zu wollen und vergisst dabei, dass sie sie in mehreren Bundesländern eingeführt hat. Die „Langzeitstudiengebühren", also die sanktionierte Begrenzung der Ausbildungszeit, gelten – zumindest für die SPD – schon gar nicht mehr als Bezahlung für Bildung.
[23] Vercellone, S. 550.
[24] Hartmann, S. 250.
[25] Siehe die Homepage www.jenseits-des-helfersyndroms.de. Vom 27. April bis zum 27. Mai 2009 versendeten Beschäftigte aus der ambulanten Pflege und der persönlichen Assistenz Kotröhrchen an politisch und ökonomisch Verantwortliche. Siehe auch das Interview mit einem Aktivisten, in der *Wildcat*, Nr. 86 (Frühling 2010), S.50f.
[26] Thompson, S. 45.
[27] Rocker, *Der Kampf ums tägliche Brot*, Berlin 1924, S. 41.

Gewaltfreier Graswurzel-Anarchismus in der Direkten Aktion

Unser Autor Anarr stellt zwei im Graswurzel Verlag erschiene Bücher vor, die die intellektuellen und praktischen Grundlagen eines gewaltfreien Anarchismus vorstellen, diskutieren und propagieren. Die DA als verlängerter Arm der Graswurzel? Natürlich nicht, und die in den beiden Artikeln vertretenen Ansichten spiegeln auch nicht die Meinungen der gesamten DA-Schlussredaktion wider. Doch interessant sind die Veröffentlichungen ohne Frage, weshalb sie auch berechtigter Weise ihren Weg auf die Kulturseiten gefunden haben.

Révolté

Ein Buch über die Aktualität von Camus' „Der Mensch in der Revolte"

Albert Camus ist kein Unbekannter. An würdigenden Worten für sein literarisches Werk lassen es selbst bürgerliche Zeitungen nicht fehlen. Selten jedoch stehen dabei Camus' libertär-gewaltfreie Anschauungen im Mittelpunkt des Interesses. Ganz zu schweigen von seiner Nähe zum Anarchosyndikalismus. Ist der politische Camus etwa uninteressant? – Mitnichten! Im Verlag Graswurzelrevolution erschien unlängst ein Tagungsband, der sich dieser Frage eingehend widmet.

Kulisse

Zentraler Gegenstand der Tagung, die 1991 im Ostteil Berlins stattfand, war die Frage nach der Aktualität von Camus' philosophischem Vermächtnis. Seine libertären Grundauffassungen waren nicht nur in das weithin verbreitete literarische Werk eingeflossen, sondern bündelten sich vor allem in seinem politischen Essay „Der Mensch in der Revolte" von 1951. Mit den Beiträgen der Tagung, die mit dem vorliegenden Band nach knapp zwanzig Jahren erstmals einem größeren Publikum zugänglich werden, wird Camus' Philosophie nahezu lebendig. Sie bewegt sich hier in einem ganz besonderen Spannungsfeld, wird unter dem Eindruck jüngster epochaler Ereignisse betrachtet. Die mit großen Hoffnungen eingeläutete, doch nur mit zarten Vorstellungen eines „dritten Weges" einhergehende, so genannte „Wende" in der DDR, der Aufbruch von 1989, der schon im Frühjahr 1990 wieder ein jähes Ende nahm, hatte die Idee einer Gesellschaftsordnung jenseits von Staatskapitalismus – auch bekannt als „Realsozialismus" – und Kapitalismus für einen kurzen Moment in der Geschichte wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Schon Camus hatte Ideologien und Heilsbringern jeglicher Couleur eine klare Absage erteilt. Ein möglicher Weg wäre allein auf der Grundlage sozialen Handelns, menschlicher Solidarität und Moral zu entdecken gewesen. Die Schrift Camus', „Der Mensch in der Revolte", hätte demnach auch in dieser Zeit wichtiger Impuls sein können. Der Autor selbst war dem Anarchosyndikalismus sowie jeglichen Formen basisdemokratischer Organisierung in der Gesellschaft zugewandt.

Vielschichtig

Seine schneidende Auseinandersetzung mit dem Marxismus, die Klinge, die er darüber mit berühmten Zeitgenossen wie Sartre kreuzte, wird in dem Tagungsband ebenso beleuchtet wie die Auffassung über Gewalt und Moral, individuellen und staatlichen Terror. Camus, der die Anwendung von Gewalt ablehnte, verurteilte nicht einfach. Er ging den Motiven nach, wie in dem Beitrag über russischen Terrorismus eindrucksvoll herausgeschält wird. Einflüsse wie die Nietzsches oder der „alten Griechen" auf sein Denken, auf die Entwicklung seiner Philosophie, aber auch seine Haltung zu Hegel, Marx und Lenin formen im Band erst das Bild des Schriftstellers und Philosophen Camus in all seiner Vielschichtigkeit. Herausgekommen ist deshalb ein schönes, vor allem aber anregend zu lesendes Buch, das einen mit Leichtigkeit eintauchen lässt, Camus nahe bringt, am Ende gar den Hunger nach mehr nicht mehr zu stillen weiß, sondern erst recht Appetit macht.

Das Buch würde vielleicht nicht diesen Reiz ausstrahlen, wenn die Beiträge eine homogene Wirkung entfalten würden. Das Aroma entsteht gerade erst dadurch, dass Camus' Auffassungen auch kontrovers dargelegt werden. Einiges an den getroffenen Aussagen der RednerInnen regt zu krassem Widerspruch an, egal, ob es sich um fragliche Demokratieverständnisse, den problematischen, da längst von Rechts besetzten Totalitarismusbegriff oder aber – einer marxistischen Lesart geschuldeten – Verteidigung von Hegel, Marx und Lenin gegen Camus handelt. Aber genau das macht das Salz in der Suppe aus.

Fraglos anregend

Ein Manko hat das Buch jedoch, auf das die Herausgeberin selbst hinweist: Denn man erfährt wenig über den Inhalt der Diskussionen auf der Tagung. Noch viel weniger aber über die rund 100 TeilnehmerInnen selbst. Die Hinweise der Herausgeberin und der am Ende abgedruckte zeitgenössische Zeitungsartikel bleiben in Andeutungen stecken. Das ist bedauerlich, wäre es doch gerade aufgrund des zeitlichen Kontextes („nach dem Mauerfall"), in dass das ansonsten zeitlos lesbare Buch bewusst gestellt wurde, nicht unerheblich zu wissen, aus welcher Motivation heraus sich die Gäste tatsächlich einfanden. Ging es ihnen vornehmlich um ein literarisches Interesse an Camus oder wehte durch die Tagung tatsächlich der Geist des Aufbruchs, der so genannten „Wende"? Die war zum Tagungszeitpunkt seit einem Jahr Geschichte. Die Frage nach dem „Wie weiter?" wurde von der Mehrheit der Menschen in der ehemaligen DDR nur noch individuell und längst aus nackter Existenzangst heraus beantwortet. Auch wenn man diese Trennung heute nicht mehr aufmachen will und kann: In der DDR existierten zwei völlig unterschiedliche Milieus. Deshalb: Saßen auf der Tagung auch ArbeiterInnen oder doch nur wieder Angehörige der einst privilegierten Intelligenz, also akademischer Berufe?

Nichtsdestotrotz: Auch wenn das Buch die Beantwortung dieser entscheidenden Frage offen lässt: Seinem Reiz tut das keinen Abbruch. Eine äußerst empfehlenswerte Lektüre!

Anarr

Brigitte Sändig (Hg.)
„Ich revoltiere, also sind wir." Nach dem Mauerfall: Diskussion um Albert Camus' „Der Mensch in der Revolte"
Verlag Graswurzelrevolution
2009
Pb, 192 Seiten
ISBN 978-3-939045-10-6
14,90 Euro

Abkehr von der Gewaltfaszination

Eine gelungene Einführung in den gewaltfreien Anarchismus

Derartiges suchte man bisher vergeblich: Zeitgemäße Grundlagentexte, die es LeserInnen ermöglichen, einen direkten Zugang zur Ideenwelt und Praxis des gewaltfreien Anarchismus zu finden. Dieser entwickelte in den frühen 1970er Jahren in Deutschland nicht nur enorme Anziehungskraft, sondern fand seine organisatorische Entsprechung ebenso in einer Vielzahl von Zusammenschlüssen, den Gewaltfreien Aktionsgruppen, wie in der Herausgabe einer Zeitung, der „Graswurzelrevolution" (GWR). Mit „Ein weltweiter Aufbruch!" wurde diese Lücke nun vom gleichnamigen Verlag geschlossen.

Einflüsse und Aktionsfelder

Zentrale Ausgangspunkte des gewaltfreien Anarchismus bildeten der Antimilitarismus und der Feminismus sowie die Anti-Atom-Bewegung. Auch der klassische Anarchosyndikalismus, vor allem in seiner antimilitaristischen Tradition, hatte maßgeblichen Einfluss. Ökologie, Antirassismus, die Bezugnahme auf soziale Bewegungen im Trikont, Formen alternativen Lebens, libertäre Pädagogik, der Kampf gegen moderne Biotechnologien, staatliche Überwachungstechniken und Repression sind nur als weitere Beispiele zu nennen.

Gesamtgesellschaftlich

Was sich sonst erst aus der Lektüre einer Vielzahl historischer und zeitgenössischer Veröffentlichungen, in erster Linie aber aus der gewaltfrei-libertären Monatszeitung „Graswurzelrevolution" erschließt, hat Johann Bauer im Interview sowie der Auswahl an Grundlagentexten zu bündeln vermocht. Der sozial-anarchistische, gesamtgesellschaftliche Ansatz tritt darin ebenso klar zutage wie die begründete Annahme von der Notwendigkeit der Übereinstimmung von Ziel und Mitteln.

Die Waffen nieder!

Neben einem Interview mit Johann Bauer, das 2007 in der GWR erschien und eigens für den Neuabdruck überarbeitet wurde, sind hier zwei frühe Texte der Bewegung versammelt, die in ihren Grundzügen nichts an Aktualität verloren haben. Im Gegenteil: „Was heißt Graswurzelrevolution?" von 1974 wird getragen von der allgemeinen Aufbruchsstimmung, lebt, hat auch heute nichts von seiner geradezu mitreißend wirkenden Ausstrahlungskraft verloren. „Feldzüge für ein sauberes Deutschland", die politischen Erklärungen Gewaltfreier Aktionsgruppen in der BRD zu Terrorismus und Repression am Beispiel der „Mescalero"-Affäre 1977, beschäftigt sich dagegen mit jeglichen Formen von Gewalt – und erteilt ihnen eine klare Absage.

Einlassen und begreifen

Das Vorurteil, das den Antimilitarismus gewaltfreier AnarchistInnen mit bürgerlichem Pazifismus verwechselt, wird dabei genauso ausgeräumt wie die Fehlannahme [vom Autor als solche betitelt, Anm. d. Redaktion], gewaltsame Umstürze hätten etwas mit sozialer Revolution zu tun. Revolution geht durch die Köpfe, nicht durch die Mündung von Gewehren. Sie rückt dort sogar in weite Ferne. Warum sich derartige Revolutionsvorstellungen trotzdem so hartnäckig halten, wird ebenso dargelegt wie etwaige Rahmenumstände, die zu derartigen Fehlannahmen verleiten. Die Argumente des gewaltfreien Anarchismus sind alles andere als naiv, sondern wohlüberlegt und radikal zu Ende gedacht. Vermutlich sind sie sogar radikaler als andere Vorstellungen.

Nussknacker

Wie sich Formen von Herrschaft selbst in antiautoritär-emanzipatorischen Gruppen ausprägen können, wird anhand von Bauers Beschreibungen von Diskussions- und Entscheidungsstrukturen deutlich. Das gleiche gilt für die Entschlüsselung so mancher Richtungsdebatte: Schon bei den historischen sozialen Bewegungen sei zu beobachten, wie AktivistInnen versuchten, von der Politik zu leben. Debatten darüber, dass Gruppen zu heterogen seien, würden deshalb bis heute gerade auch von Leuten angefangen, „die sich ohnehin verabschieden wollen und nur noch an den Gründen basteln." Bleibt man allein als Einpunktbewegung stehen, „wird man schnell zu einer Gruppierung, die sich an andere Verbände, Parteien usw. bloß anlehnen kann."

Entmystifizierend

Die Positionen des gewaltfreien Anarchismus sind „in vielen Fragen so eindeutig wie überhaupt möglich; sie liegen nur oft quer zu den Vorurteilen und bequemen Annahmen anderer, wenn nicht sogar ein aktiver Wille zum Missverstehen vorherrscht, wie es in der ‚Gewaltfrage' häufig der Fall ist." (Bauer) Die Graswurzelbewegung beantwortet die revolutionäre Frage eindeutig auf anarchosyndikalistische Weise, denn „nur der industrielle Antimilitarismus und direkte gewaltfreie Aktionen können verhindern, dass die Revolution im Blut erstickt." Für den Ablösungsprozess von der Gewaltfaszination hat dieses Buch auf jeden Fall das Potential, so manche harte Nuss im Kopf zu knacken.

Anarr

Johann Bauer
Ein weltweiter Aufbruch! Gespräch über den gewaltfreien Anarchismus der Siebzigerjahre. Mit Grundsatztexten u.a. zur Kritik der RAF und zur Göttinger „Mescalero"-Affäre.
Verlag Graswurzelrevolution, Nettersheim 2009
Pb, 120 Seiten
ISBN 978-3-939045-12-0
12 Euro

„Die Qual erlahme an meinem Stolz“

Schilleraufführung „Die Räuber“ verschafft BremerInnen Gehör

Jeder denkt an seinen eigenen Arsch.*

* aus *Die Räuber* nach Friedrich Schiller mit Texten von 30 Bremerinnen und Bremern

TheaterBremen

Am 27.02.2010 wurde im Bremer Goethetheater Schillers „Die Räuber“ aufgeführt. Es handelte sich bei der Aufführung nicht um eine reine Reproduktion des Vorbilds, sondern um eine moderne Fassung: Im Vorfeld befragte die Dramaturgin Gesine Schmidt (Berlin) etwa 30 BremerInnen aus sozialen Bewegungen und verschnitt deren staatskritische Aussagen und Lebenserfahrungen mit dem Textoriginal.

Neben der wohl ersten Nennung der „Freien Arbeiter und Arbeiterinnen Union“ auf einer renommierten Theaterbühne hatte das Stück noch weitere Überraschungen für die Zuschauer übrig:

„Wir sagen, wir brauchen keine Funktionäre, weil Funktionäre machen den Willen der Arbeiter kaputt, sieht man ja bei ver.di.“

Großartige Situationskomik in Bremen

Gerade zu dieser Zeit macht ein selbstorganisiertes Arbeiterkomitee in Bremen und Bremerhaven von sich und seinem Widerstand gegen ver.di und die SPD von sich reden, denen mehr als die Hälfte des Hafenbetriebsvereins gehört.

Genau diese Vorstandsmitglieder saßen kraft ihres Ticketabonnements in den Reihen der Zuschauer...

Am Ende des Stücks – bei Schiller noch bieder konservativ gehalten – wird durch den Protagonisten des Stücks, Franz Moor, der jugendliche Amokläufer aus Emsdetten zitiert:

„Ich will Rache“

Schon in Heinrich Manns „Im Schlaraffenland“ (1900) wird ein Theaterstück aufgeführt, das einen ähnlichen Plot aufweist, und dieses Stück über den Freiheitskampf „der Proletarier“ heißt „Rache!“.

Vergleicht man die literarische Arbeit Manns mit der realen Situation der Aufführung in Bremen, stellt man fest: Die reiche Schicht der Zuschauer reagiert in „Rache!“ ähnlich wie im Falle „Die Räuber“ – sie applaudiert, während auf der Bühne ihr Regime beendet wird.

Vielleicht ist das der neue deutsche Hochmut, die reiche Arroganz, oder einfach die unsensible Wahrnehmung von Menschen, die ihr Leben auf der Ausbeutung anderer begründen.

Mit dem Satz „Provokation funktioniert nicht“ gibt sich das Urteil des Bremer „Weser-Kurier“ die gleiche Blöße wie das unempfängliche Publikum – man hält zusammen in der Oberschicht, auch wenn dies Unvermögen und bewusste Wahrnehmungsstörung bedeutet.

Revolutionärer Ausblick

Strukturell hebt sich die Bremer Fassung vom Original durch einen abgeänderten Ausgang ab. Ursprünglich liefert sich der sozialrevolutionäre Protagonist Karl Moor der Justiz aus, und der Widerstand der Räuber wird, wenn nicht vollständig gebrochen, so doch in die Bedeutungslosigkeit verbannt. Der Regisseur Volker Lösch hebt dagegen dieses Mal die sozialrevolutionäre Komponente hervor und gibt ihr eine Zukunftschance: Gegen Ende stehen die wütenden Räuber auf der Bühne und stellen sich vor, wo ihr Aufstand sie hinführen soll, wobei der in den 68ern verhaftete Vater Moor erschossen wird, als den Räubern klar wird, dass dieser sich mit seinem gescheiterten, kompromissgelenkten Schicksal abgefunden hat.

Abgerundet mit Zitaten von B. Traven, Berichten von Lebenssituationen aus den ärmeren Vierteln Bremens und einer bunten und angemessen aggressiven Darstellung, gelingt Volker Lösch und Gesine Schmidt zusammen mit ihrem Team eine fortschrittliche Darstellung der Schiller'schen „Räuber“, indem sie die Bremer Räuber der Jetztzeit auf der Theaterbühne zu Wort kommen lassen.

Marcel Faust (FAU Bremen)

Termine:
27. | 28. April 2010
07. | 11. | 13. Mai 2010
06. Juni 2010

www.theaterbremen.de

KULTURGUERILLA

Im Kampf

Ich stehe vor einem Haufen
feiger, linkskonservativer
Mode-Ches,
die mit geballter Faust und
Rotsternfahnen vor ihrem
Feind stehen und weinen.
Paralysiert von der
Schlangengestalt des Staates,
hypnotisiert von den Augen
der Demokratie
und fasziniert von den spitzen
Zähnen des Kapitalismus.
Sie wissen, dass sie sich
bewegen müssen um zu
handeln,
aber denken, dass sie
gebissen werden, wenn sie's
probieren.
Die Zwickmühle verinnerlicht
und ihr Leben lang gespürt.
Sie bibbern vor Angst, Aug' in
Aug' mit dem Kobrakopf,
aber haben noch nicht
erkannt, dass sie diejenigen
mit der Flöte sind.

Georg Krants

Peter Hein: „1789 hat der Welt besser getan als 1989“

Fehlfarben haben mit ihrem aktuellen Album „Glücksmaschinen“ einen erfrischend-punkigen und wütenden Soundtrack zur Zeit hinbekommen. Mit Peter Hein sprachen wir über seine Vorlieben und Befindlichkeiten

FEHLFARBEN
GLÜCKSMASCHINEN

Gibt es heute in Düsseldorf noch eine Punk-Szene wie vor dreißig Jahren?

Weiß ich nicht. Ich gehörte zu dieser Szene ja nur bis 1978. Mittagspause, die Band, in der ich vor den Fehlfarben spielte, war ja schon kein Punk mehr...

Was hat Punk für dich damals bedeutet?

Ganz am Anfang einfach nur wie bei den meisten: geile Mucke mit schrägem Aussehen, Eltern ärgern, Leute blöd gucken lassen. Natürlich umfasste es bald noch mehr: sich Gedanken über die Zustände zu machen. Nicht, dass man zum Denker geworden wäre. Es ging darum, Missstände zu erkennen und anzuprangern oder sich zumindest über sie lustig zu machen sowie Grenzen auszureizen. Ganz entscheidend war die Musik, nämlich die richtige! In dieser Hinsicht war ich diktatorisch bis größenwahnsinnig...

Welches war denn die richtige Musik?

Das ging 1976/77 von den Damned über die Clash bis zu den Jam. Halt das richtige klassische Drei-Akkord-Geschrammel. Das war genial. Nach dieser Phase, die ja nur knapp ein Jahr dauerte, kamen elektronische Bands wie Cabaret Voltaire oder Human League. Die waren irgendwie immer noch Punk, aber absolut kein Punk mehr, auch wenn sie immer noch so dastanden. Das war eher Kunst aus einer Zeit, die man nicht kannte. Dann in Lederjacke Jazz- oder Chanson-Platten kaufen, z.B. von Jacques Brel. Oder die Sachen vom Modern Jazz Quartett. Das konnte man auch keinem vorspielen, aber das war klasse!

„Glücksmaschinen“ als Soundtrack zur aktuellen, wirtschaftlich-gesellschaftlichen Situation, die noch verschärfter ist als vor zwanzig, dreißig Jahren....

Ja, unsere Platten waren und sind immer als Soundtrack zur Zeit gedacht. Das wird nur nicht so wahrgenommen. Nicht nur der Klang ist wichtig, sondern auch immer die Wörter...

In euren neuen Songs ist eine unheimliche Wut, die du jetzt im Gespräch so gar nicht ,rüber bringst, nicht von der Stimme her, aber vom Ausdruck, da ist ein wütendes Singen...

Ja, bei den Sachen, bei denen es sich anbietet. Vom Gewollten ist es, da muss ich mal ganz weit ausholen, seit jeher so gewesen. Auch als ich noch in Bands spielte, mit denen ich nichts aufgenommen habe.

Eine normale Platte von uns, hätten wir sie selbst produziert, enthielte sicherlich noch drei weitere, halt ruhigere Stücke, auf denen ich nicht so schreien würde. Aber unser Produzent Moses Schneider war für eine Verknappung. Er hat gesagt, das reiche, wir machen jetzt nicht weiter. Man schreit ja nicht den ganzen Tag ,rum, oder!?

Diese Frage bezog sich ja auf die Intensität des Wollens und Sagens, vor dem Hintergrund der von den Situationisten aufgeworfenen Frage, wie man ohne Revolution über die Runden kommt. Dieses Bedürfnis, einfach aufzuschreien....

Es ist nicht jetzt mehr gewollt als sonst.... Von der Intention gewollt war das bei den Fehlfarben nicht immer. Bei Family Five haben wir das gemacht, alle immer alles lauter, aber gleichzeitig. So ist klassischer Punk-Rock. Das bringt's nicht.

Aber dieses Aufschreien, dieses drauf los Meckern, einfach, ja, Scheiße Scheiße nennen, mehr ist es ja nicht wirklich. Ich biete ja nicht groß etwas an. Ich sag ja nur, da ist die Kacke am Dampfen. Das ist ja schlimm genug, dass es nicht mehr viele Bands machen. Mich erstaunt es, dass man mit so wenig so weit kommt. Das war beim Punk-Rock schon immer so. Wir haben nur blöd ausgesehen, und sind fast verprügelt worden.....

Es ist erschreckend, deshalb mache ich das, sonst könnte ich nur Lyrik schreiben. Wir haben natürlich auf Platten in der Vergangenheit auch besonnen-besinnliche Stücke drauf, da sind Beziehungskisten-Problemstücke drauf, wo auch nicht geschrien wird, wo auch mal halbwegs gejammert wird .... Das hat sich jetzt einfach nicht ergeben...

Aber lyrisch sind deine Songs doch, wütend-lyrisch!

Ja, ja..... Das lyrische Protestlied und das politische Liebeslied, das sind meine beiden Grundthemen. Mehr kann ich nicht.

Immerhin, das kannst du gut!

Eben. Eben das. Deshalb habe ich mich nicht um das dritte Lied gekümmert. Beim dritten, dem lustigen Sportlied, bin ich gescheitert. Auch die lustigen Sportlieder sind bei mir immer Protestsportlieder, und die gehen schon. Man kann sich als Fußballfan durchaus lustig machen und den Feind anprangern.

Kommen wir noch mal zur CD „Knietief im Dispo“. Da ist ja der Song „Die Internationale“ drauf. Das ist doch ein politisches Statement, mal zu überlegen, wie man gegen kapitalistische Zustände revoltieren kann...

Ja, und vor allem, dass im überhöhten Gehalt bestimmter Herrschaften ein gewisses Risiko abgegolten wird. Da ist natürlich immer eine leichte Satire dabei. 1789 war einfach besser als 1989 und hat der Welt besser getan. Das kann ich jetzt nicht theoretisch groß untergraben. So sehe ich das.

Wahrscheinlich nicht nur du?!

Aber wahrscheinlich nicht allzu viele.

Das ist ja das Dilemma.

Das ist ja eh das Dilemma.

Jorinde Reznikoff / Klaus-Peter Flügel

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.

FAU★IAA

Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Mehr als nur Streik und Aussperrung

Des letzten Rätsels Lösung: Arbeitskampf. Die kollektive Auseinandersetzung hat viele Facetten

In Deutschland wird der Arbeitskampf traditionell als Tarifauseinandersetzung gedacht. In diesem Rahmen treten die gewerkschaftlichen Vertreter des Arbeitskampfes einerseits extrem verbalradikal auf, indem sie zum Beispiel behaupten, nicht unter bestimmte Forderungen zu gehen, oder dadurch dass sie mit „französischen Zuständen“ drohen. Andererseits wird selbst der klassische Streik, das „Rausgehen“ bis zum letzten Moment hinausgezögert und wenn möglich gar ganz vermieden. Das Ganze ist der Ideologie geschuldet, wonach ein offener Arbeitskampf nur die „ultima ratio“ und eben nicht das naheliegendste Mittel der Arbeiterschaft wäre. Auf der anderen Seite können auch die Bosse und ihre Verbände einen Arbeitskampf führen. In den „heißen Phasen“ ist ihr gerichtlich anerkanntes Instrument die sogenannte Aussperrung.

Jenseits von Verhandlung, Schlichtung, Streik und Aussperrung gibt es jedoch zahlreiche weitere Methoden des Arbeitskampfes. So verstehen sich die Bosse sehr gut darauf, das Kampfterrain kurzerhand zu verlegen: raus aus dem Betrieb, hinein in die Gerichte. Oftmals hagelt es förmlich Klagen vor den verschiedensten Gerichten und auch einstweilige Verfügungen mit den wahnwitzigsten Inhalten sind ihr Begehr. Den kämpfenden Belegschaften und ihren Organisationen soll und wird so nur allzu oft eine langwierige und kräftezehrende Spiegelfechterei vor angeblich neutralen Gerichten und auf Grundlage ebensolcher Gesetze aufgezwungen. Weitere Mittel, um klassische Arbeitskampfmaßnahmen der ArbeiterInnen zu sabotieren, sind zum Beispiel die Befristung von Verträgen, mit der Gefahr, dass diese vor, während oder nach einem Arbeitskampf einfach nicht verlängert werden, oder auch die Gestaltung des Dienstplanes und die (Nicht-)Zuweisung von Schichten.

Zum Glück ist die Arbeiterschaft aber nicht machtlos. So können sowohl die in Gewerkschaften organisierten als auch die sog. unorganisierten Beschäftigten auf einen weit größeren Fundus an Maßnahmen zurückgreifen, als gemeinhin angenommen wird. Einige dieser Maßnahmen sind so spektakulär, dass sie es bis in die Mainstream-Medien schaffen. Dazu gehört zum Beispiel das sog. „Bossnapping“, das wir aus Frankreich kennen. Andere Maßnahmen scheinen weniger spektakulär, sind in Zeiten sich verschärfender Auseinandersetzungen aber vielleicht insgesamt richtungsweisend. In diese Kategorie fallen zum Beispiel eine Reihe von Betriebsbesetzungen, die es in den letzten Jahren wieder verstärkt in Europa und sogar Deutschland gegeben hat. Betriebsbesetzungen verhindern zum Beispiel den Einsatz von Streikbrechern, und sie bieten sogar die Perspektive einer selbstorganisierten Produktion. Kämpferische Gewerkschaften setzen auch schon mal auf Boykott. „Dienst nach Vorschrift“ und „Bummeln“ sind ebenfalls Taktiken sowohl des alltäglichen betrieblichen Guerillakampfes als auch im „heißen Arbeitskampf“. All diese Maßnahmen werden besonders dann ergriffen, einzeln oder in Kombination, wenn ein offener Streik nur wenig Aussichten auf Erfolg hat. So kann das gezielte Bummeln, kollektiv angewendet, einen erheblichen Druck auf den Boss ausüben, ohne dass er dabei Einzelnen etwas vorwerfen könnte.

In den 1980/90er Jahren rieten die „glücklichen Arbeitslosen“ ihren lohnarbeitenden KollegInnen in einer Broschüre, dass sie „Lieber krank feiern als gesund schuften“ sollten. Leider wurde dieser Rat in Deutschland wohl noch nie kollektiv und systematisch eingesetzt. Nicht nur, dass die Gewerkschaft damit von der Zahlung des Streikgeldes befreit wäre, da ja der Boss im Krankheitsfall die Löhne weiterzahlen muss; damit entstehen dem Boss sogar zusätzliche Kosten, da er ja für die Zeit neue Leute als Vertretung einstellen muss.

In diesem Sinne: „Wenn sie nur so tun als würden sie uns bezahlen, tun wir nur so als würden wir arbeiten!“

Rudolf Mühland

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 65

Waagerecht

1. Gesamtheit der prekär Arbeitenden – ein neues „revolutionäres Subjekt“? 5. Hausgerätewerk in Berlin-Spandau; hier fand 2006 die wohl längste Betriebsbesetzung in der Geschichte der BRD statt <Abk.> 6. Generation ~: Titel eines Buchs von Florian Illies, das die tendenziell „unpolitische“ Generation beschreibt, die in den 1980ern in der BRD aufwuchs 9. Zeitalter 10. behaglich, gemütlich 14. maoistische Guerilla in Peru der 1980er und 90er Jahre: Leuchtender ~ 16. zähe, meist schwarze Flüssigkeit, die bei der Destillation von Kohle und Holz entsteht 18. Person, die keine eigene Meinung hat oder bereit ist, jeden Scheiß mitzumachen: ~-Sager 19. Angehöriger eines französischen Herrschergeschlechts 20. männliches Pendant zur Barbie-Puppe, das ebenfalls ein tradiertes Rollenbild zementiert 22. westlichste Stadt Thüringens, lag früher im Sperrgebiet der innerdeutschen Grenze 25. Netzwerk politischer Trommelgruppen, die Demonstrationen oder direkte Aktionen unterstützen <Abk.> 26. deutscher Rapper und Produzent aus Reutlingen 28. Symbol auf dem Bildschirm, Piktogramm 29. Sammlung altnordischer Dichtung 30. zwischen einem Achtel und einem Zehntel 33. leichter Streit 35. in Rezepten häufig verwendete Mengenabkürzung 36. Kondom <umgangssprachlich> 37. Kfz-Kennzeichen für Siegen 38. gehörlos, gefühllos 41. besonders häufig in stressigen Berufen vorkommende Ohrgeräusche, Hörsturz 42. mehrfache Verlängerung des niedrigsten Aufenthaltsstatus in der BRD, ohne dass die Person ein Bleiberecht erhält 46. schlecht, schwach 47. Sinnbild für die beschränkte Horizonte eines Menschen oder einer Gruppe 49. scherzhaft für ÖkoaktivistIn 50. was bei Krankheit eines Beschäftigten selbstverständlich sein sollte, wird von den Herrschenden immer wieder gerne angetastet.

Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss“ geschrieben.

Senkrecht

1. Ausdruck, mit dem sich Herbert Wehner einst über seinen schwäbischen SPD-Parteigenossen Erhard Eppler lustig machte; scherzhafte Bezeichnung für militante ProtestantInnen, v.a. PietistInnen 2. Proudhon meinte: ~ ist Diebstahl 3. Einzelunternehmen, das von einem Arbeitslosen gegründet worden ist, der für diese Existenzgründung einen Zuschuss erhält/erhielt (läuft seit 2006 aus) 4. Umkehrung eines alten Spruchs über einen geregelten Lebenswandel und gute Ernährung: Bleibe im Land und wehre dich ~ 5. Kreditinstitut zur Abwicklung sog. notleidender Kredite sanierungsbedürftiger Banken in der aktuellen kapitalistischen Krise <engl.> 7. englische Universitätsstadt 8. Streben nach einer dezentralisierten Gesellschaft mit weitgehender Eigenständigkeit der einzelnen Basisorganisationen, Kommunen usw.; perverserweise berufen sich darauf auch etliche Staaten (bspw. die BRD) 11. persönliches Fürwort 12. ungarisch für „neu“, z.B. Neu-Pest (jetzt Stadtteil von Budapest) = ~pest 13. KollaborateurIn (nach dem norwegischen Faschistenführer ~ genannt) 14. chem. Zeichen für Blei 15. positive Elektrode 17. was von der Fee bleibt, wenn sie den Kopf verliert 21. Motto, unter dem 1956-57 der DGB eine Kampagne zur Einführung der 5-Tage-Woche startete: Samstags gehört ~ mir 23. beliebte „Wurfwaffe“ auf Demos 24. kurz für Seifenopfer 27. Ärger, Missstimmung (wozu es in dieser Gesellschaft täglich Anlass gibt) 29. gleichgesinnt, einer Meinung 31. Tier im Logo der Anarchosyndikalistischen Initiative (Serbien) 32. engl. für „Anführer“ 34. türkischer Vorname, bedeutet etwa morgendliche Brise 38. Landeskürzel für Tunesien 39. unter Umständen <Abk.> 40. unausgefüllt, aber unterschrieben (Scheck usw.) 41. zur Verdauungsförderung: Nach dem Essen sollst du ruhen oder tausend Schritte ~ 42. kommunistische Politikerin (mit rätekommunistischen Anwandlungen), die für die Rechte der Prostituierten kämpfte (1883-1967), Nachname: Guttmann 43. super, geil 44. staatlich und/oder religiös sanktionierte Beziehungsform 45. Schüssel, kleine Wanne <ostmitteldeutsch> 46. wenn die schwarze Katze nicht gerade faucht, macht sie vielleicht auch mal „~“ 48. einheimisches Huftier 49. Abk. für eine der Zeitzonen in Europa.

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München).

GewinnerIn #198: T. Krug aus Biebertal

Auflösung # 64

```
FOURIER LAVA MÄDEL
L N   AS L T  G HY
A TEIG KAMMERJÄGER
CHEFDUZEN  L  I VA
H R SYMPATHIKUS E
MOND   SLO EA  ARM
A EFENDI MÖRTEL TU
NAH NAUSEA  ZV LRT
N M D A STOP AREAL
 UEXKÜLL EGAL LEGA
W R R  E   D V R N
AXT I LIQUIDIERUNG
S U SSO  N E N N E
GAMPE SINDELFINGEN
```

DA DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Holger Marcks

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 200: 11. Juni 2010